



Beschlussbuch

zur Juso-Landeskonferenz 2012

vom 28. und 29. April 2012
in Veitshöchheim

Inhalt

Arbeitsprogramm der Jusos Bayern 2012/13	4
Rechtspolitik, BürgerInnenrechte und Partizipation	13
Demokratie und Partizipation in Bayern verbessern	13
Resolution: Rechter Terror	19
Weil nicht sein kann, was nicht sein darf-Rechtsterrorismus und Rechtsextremismus in Deutschland	21
Nachbesserung des Asylrechts	28
Menschenwürdiger Umgang mit Flüchtlingen in den bayerischen Erstaufnahmestelle für AsylbewerberInnen	29
Wirtschaft und Finanzen	31
Die Probleme der Währungsunion und mögliche Lösungsansätze	31
Bildung.....	48
Schule des 21. Jahrhunderts	48
Kostenfreies Mittagessen für alle SchülerInnen	49
Öffentlich-Rechtliche Audio-, Video-, und Multimediainhalte zeitlich unbegrenzt im Internet zur Verfügung stellen	49
Vollständige Finanzierung der Schulwegbeförderung	50
Recht auf Bildung	51
Schulsozialarbeit und Offene Jugendarbeit: Kooperation statt Konkurrenz	52
Bundeswehr an den Schulen	53
Verband, Partei, Ehrenamt	54
Mitfahrgelegenheit zur Fahrtkostenabrechnung zulassen!	54
Barrierefreie Veranstaltungen der Jusos Bayern	54
Gleichstellung der Mitglieder der Rettungsdienste mit den Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren	55
Gesicht zeigen für die SPD auch im Wahlkampf.....	56
Gesundheit und Verbraucherschutz	57
Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung.....	57
Zukünftige Struktur des Gesundheitswesens	60
Präservativpflicht in pornographischen Bildmaterial	64

Kommunales, Verkehr, Leben	65
Gemeinnützige Wohnbauunternehmen und kommunalen Wohnungsbau besser fördern.....	65
 Resolutionen/Initiativ	 67
Internationaler Austausch nur mit Nicht-Regierungsorganisationen.....	67
„Hof ist bunt – 1. Mai 2012“	68
Unvereinbarkeit mit den Grauen Wölfen.....	69
Keine Zahlung von Bischofsgehältern durch den Staat	69
Sofortiger Stopp von Spekulationen auf Grundnahrungsmittel.....	70
 Überwiesene Anträge: G 3, A 5, G 4, D 1, D 2.....	 71
Nichtbefassung: E 6, E 9, Initiativ Unterfranken	71
Abgelehnt: E 8; A 12, E 5, E 13, A 3	71

1 **Arbeitsprogramm der Jusos Bayern 2012/13**

2 Im vergangenen Jahr sind wir mit unserem Ziel, die Arbeitsstrukturen der Jusos Bayern neu
3 aufzustellen, an einigen Punkten gut vorangekommen. Vor allem haben wir mit dem
4 Basiskongress ein Veranstaltungsformat etabliert, das auf große Resonanz gestoßen ist. Auch
5 das Seminarprogramm mit einem erweiterten Angebot und einem besseren Layout ist auf viele
6 positive Rückmeldungen gestoßen, die Seminaranmeldungen entwickeln sich langsam positiv.
7 Damit gelingt es auch wieder, mehr Genossinnen und Genossen in die Diskussionsprozesse im
8 Landesverband einzubeziehen.

9 Diesen Weg wollen wir 2012/13 fortsetzen. Für die Verankerung als sozialistischer,
10 feministischer und internationalistischer Richtungsverband innerhalb der SPD muss es uns
11 noch stärker gelingen, unsere Positionen breit im Verband zu diskutieren und viele an den
12 politischen Debatten teilhaben zu lassen. Und noch mehr als in den vergangenen Jahren muss
13 es auch gelingen, die Positionen in die Öffentlichkeit zu tragen.

14 Dies ist umso mehr notwendig, weil das Jahr 2012/13 auch davon geprägt sein wird, die
15 Wahljahre 2013 (Bundestag und Landtag) und 2014 (Kommunalwahl, Europawahl)
16 vorzubereiten. Es gilt, unsere Ansprüche an eine sozialdemokratisch geführte bayerische
17 Regierung zu formulieren und einerseits in die Partei, aber andererseits auch in die
18 Öffentlichkeit zu tragen. Es gilt, die Kampagne zur Landtags- und zur Bundestagswahl
19 vorzubereiten. Und es gilt, Jusos, die bei diesen Wahlen – und vor allem bei der Kommunalwahl
20 – kandidieren werden, inhaltlich „fit“ zu machen für die Auseinandersetzungen während den
21 Listenaufstellungen und dann im Wahlkampf selbst. Nur wenn die Jusos diese Anforderungen
22 erfüllen, kann es gelingen, einerseits den Wechsel in Bayern herbeizuführen und andererseits
23 auch viele Jusos in die Parlamente zu bringen, damit aus Mehrheitswechselln auch echte
24 Politikwechsel werden.

25 Dazu müssen wir unsere Strukturen weiter verbessern. Daneben werden wir aber auch
26 bewährtes fortführen: Auch 2013 wird es wieder einen „Basiskongress“ geben, mit einer
27 inhaltlichen Ausrichtung vor allem auf die bevorstehenden Wahlen. Wir werden die
28 Bildungsarbeit in der erreichten Qualität fortführen. Und wir werden unser
29 Publikationsangebot erweitern und unsere Positionen zuspitzen. Wir wollen die Arbeit der
30 Kommissionen stärken und gerade dort mehr GenossInnen für die Mitarbeit gewinnen.

31 Daneben bleibt es unsere Aufgabe, die Auseinandersetzung mit schwarz-gelb in Bayern wie im
32 Bund offensiv zu führen. Beide Wahlen sind noch lange nicht gewonnen, und gerade im Bund
33 kann es kein Ziel der Sozialdemokratie sein, die FDP als Juniorpartnerin in einer Regierung
34 Merkel abzulösen. Es gilt, für einen echten Wechsel zu kämpfen und entsprechend die Politik
35 von schwarz-gelb anzuprangern, die vor allem Klientelinteressen bedient – in der Finanz- und
36 Eurokrise insbesondere die der Finanzmärkte – und die soziale Spaltung nicht nur in
37 Deutschland, sondern europa- und weltweit immer weiter verschärft. Wir stellen dieser Politik
38 eine Alternative entgegen, die auf Vollbeschäftigung, guter Arbeit und einem den
39 Lebensstandard sichernden Sozialpolitik basiert. Für diese Politik gilt es Mehrheiten zu
40 erkämpfen, in und für die SPD. Auch dies wird ein Schwerpunkt der Arbeit 2012/13 sein.

41

42 **1. Bundespolitik: Die Auseinandersetzung mit schwarz-gelb führen und für die Erneuerung** 43 **der SPD kämpfen**

44 Die SPD hat sich auf dem letzten Bundesparteitag in einigen Punkten besser aufgestellt. Dies
45 gilt vor allem in der Steuerpolitik, wo die Forderung nach einem höheren Spitzensteuersatz und

1 nach Wiedereinführung der Vermögenssteuer festgeschrieben wurde. Auch in der
2 Arbeitsmarktpolitik sind mit Forderungen wie z.B. der Re-Regulierung der Leiharbeit
3 Fortschritte gegenüber dem Regierungshandeln der SPD 1998 bis 2009 erkennbar. Diesen Weg
4 gilt es nun fortzusetzen und vor allem in Regierungshandeln nach 2013 zu überführen.
5 Dazu bedarf es aber noch eines weiteren Erneuerungsprozesses der SPD. Denn es gibt noch
6 viele Themenfelder, bei denen die Positionen der SPD dringend weiterentwickelt werden
7 müssen. So ist das Thema „Bürgerversicherung“ weitgehend entkernt, zur Rentenpolitik hat die
8 SPD keine solide, an sozialpolitischen Erfordernissen orientierte Position. Innen- und
9 Rechtspolitik finden wie internationale politische Fragen kaum statt.
10 Dabei bietet schwarz-gelb genügend Ansatzpunkte, eine sozialdemokratische Alternative zur
11 gegenwärtigen Politik deutlich zu machen. In der Gleichstellungspolitik, der Internationalen
12 Politik, der Europapolitik, der Innen- und Rechtspolitik: Nirgendwo ist zu erkennen, dass
13 schwarz-gelb ein klares politisches Konzept verfolgt. Dort, wo Umrisse eines solchen Konzeptes
14 erkennbar werden – wie in der Politik gegenüber Griechenland – zeigt sich klar, dass die
15 neoliberalen Positionen des Staatsrückbaus bei CDU, CSU und FDP keineswegs überwunden
16 sind, sondern immer noch den Kern der Positionierung bilden, wenn auch oft mit sozialer
17 Rhetorik der Kanzlerin überdeckt. Schwarz-gelb verfolgt weiter das Ziel, den Sozialstaat
18 zurückzubauen, die Menschen auch in sozialer Schwäche sich selbst zu überlassen und
19 vorrangig die Interessen der Vermögenden und BezieherInnen hoher Einkommen zu bedienen.
20 Allerdings verfolgt schwarz-gelb diese Politik mit erstaunlicher handwerklicher Unfähigkeit.
21 Unser Ziel ist, schwarz-gelb 2013 durch eine sozialdemokratisch geführte Regierung abzulösen.
22 Wir streben nicht an, ab 2013 die große Koalition wieder aufleben zu lassen, schon gar nicht mit
23 der SPD als Juniorpartnerin. Deshalb muss die SPD deutlich machen, dass sie für eine linke
24 Regierungsmehrheit steht, auch unter Einschluss der Linkspartei.
25 Für einen sozialdemokratischen Wahlerfolg muss die inhaltliche Neuaufstellung der SPD
26 weitergehen. Die SPD muss den Mut aufbringen, klar Position zu beziehen, auch gegen den
27 Widerspruch der Neoliberalen und Konservativen. Eine Strategie, die versucht, ohne klare
28 Positionierung quasi „im Schlafwagen“ 2013 wieder an die Regierung zu kommen – im
29 Glauben, schwarz-gelb sei so schlecht, dass die Koalition automatisch abgewählt würde – wird
30 dramatisch scheitern und für die SPD den Verbleib in der Opposition bedeuten. Die CDU und
31 vor allem Angela Merkel sind für eine solche Strategie viel zu geschickt.
32

33 **2. Bayern: Für den Politikwechsel kämpfen**

34 Auch in Bayern muss es ab September 2013 eine neue Regierungsmehrheit unter Führung der
35 SPD geben. Mit Christian Ude wird die BayernSPD einen Spitzenkandidaten nominieren, der
36 diesen Führungsanspruch glaubwürdig verkörpert.
37 Zu dieser Personalentscheidung müssen aber auch die notwendigen Inhalte treten. Die SPD
38 muss deutlich machen, was sich in Bayern ändern muss. Die Ansätze sind dabei zahlreich: Eine
39 Bildungspolitik, die jeden zum erfolgreichen Abschluss führt, die Inklusion und
40 Chancengleichheit endlich verwirklicht; eine Wirtschaftspolitik, die alle Regionen in den Blick
41 nimmt und Arbeitsplätze dort schafft, wo die Menschen leben; eine Arbeitsmarktpolitik, die
42 Auswüchse wie Lohndumping, Leiharbeit und Werkverträge sowie die Prekarisierung von
43 Beschäftigung, gerader junger Menschen, wirksam bekämpft; eine Sozialpolitik, die allen
44 Menschen Teilhabe an der Gesellschaft ermöglicht und deshalb vor allem die Kommunen
45 stärkt; und noch vieles mehr.
46 Die bayerische SPD muss sich trauen, klar Position zu beziehen, die Unterschiede zu CSU und
47 FDP, aber auch zu Freien Wählern und Grünen, klar herauszustellen. Es gilt, aus einer Position

1 der eigenen Stärke heraus zu agieren und Themen zu setzen. Damit verträgt es sich nicht, zum
2 Beispiel beim Thema „Schuldenbremse“ Positionen nur deshalb aufzugeben, weil man glaubt,
3 die Position anderer Parteien sei in der Bevölkerung populärer. Eine Partei, die selbstbewusst
4 genug ist, die Regierung zu übernehmen, braucht keine Rücksicht auf die Befindlichkeiten
5 anderer Parteien zu nehmen.

6 In diesem Sinne werden wir uns als bayerische Jusos in die Programmfindung, die
7 Wahlkampfplanung und den Wahlkampf selbst intensiv einbringen. Wir wollen die Chance,
8 eine sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Bayern zu bilden, offensiv nutzen.
9

10 **3. Die Erneuerung der Jusos Bayern weiterführen**

11 **3.1 Basiskongress**

12 Wir werden Anfang 2013 wieder einen Basiskongress durchführen. Dabei hat sich das Konzept
13 bewährt, vor allem auf ein breites Workshopangebot zu setzen. Entsprechend werden auch im
14 Mittelpunkt des Basiskongresses 2013 Workshops zu einer breiten inhaltlichen Themenpalette
15 angeboten.

16 Der thematische Schwerpunkt des Kongresses wird auf der Landtagswahl 2013 liegen. Der
17 Basiskongress ist eine gute Möglichkeit, mit rechtzeitigem Vorlauf zur Wahl die Diskussion um
18 die Inhalte, mit denen die Jusos in den Wahlkampf gehen, zu führen und diese dann
19 anschließend in die Partei zu tragen. Neben den Inhalten wollen wir auch Aktionsideen auf
20 dem Kongress entwickeln und anschließend in die Wahlkampagne einfließen lassen.
21

22 **3.2 Zentrale Kampagne „Ein anderes Bayern ist möglich“**

23 Den inhaltlichen Schwerpunkt der Jusos Bayern im kommenden Jahr wird die Erarbeitung der
24 Wahlkampagne 2013 und der dafür notwendigen Positionen bilden. Dabei können wir auf die
25 Positionen aufbauen, die die Jusos in den vergangenen Jahren erarbeitet haben.

26 Dabei wird es nach derzeitigem Stand drei Schwerpunkte geben:

- 27 • **Arbeitsmarkt, Berufseinstieg und berufliche Ausbildung:** Gerade junge Menschen sind
28 überproportional von prekären und atypischen Beschäftigungsverhältnissen betroffen,
29 ihre Lebensbedingungen werden davon ganz wesentlich negativ beeinflusst. Deshalb
30 muss die Re-Regulierung des Arbeitsmarktes, das Bekämpfen von atypischer und
31 prekärer Beschäftigung ein wesentliches Ziel einer neuen bayerischen Landesregierung
32 werden. Wir wollen ausreichend Ausbildungsplätze schaffen, und zwar dort, wo junge
33 Menschen wohnen; dafür bleibt eine landesweite Ausbildungsplatzumlage (sofern
34 diese nicht bundesweit durchsetzbar ist) ein notwendiges Instrument. Daneben wollen
35 wir auch die Chancen junger Menschen nach der Ausbildung verbessern: Die häufig
36 ausbleibende Übernahme bildet derzeit ein wesentliches Problem für junge Menschen,
37 den Einstieg in den Arbeitsmarkt und eine sichere Beschäftigung zu finden.
- 38 • **Bildungspolitik:** In der Bildungspolitik sind die Probleme bekannt: In Bayern hängt der
39 Bildungserfolg vor allem vom Geldbeutel der Eltern ab; unter dem Deckmantel der
40 Begabtenförderung wird eine Bildungspolitik betrieben, die vor allem auf die
41 Reproduktion der bestehenden Einkommenselite angelegt ist. Dieser Politik wollen wir
42 ein Bildungskonzept entgegensetzen, dass auf gleiche Möglichkeiten für alle und die
43 Umsetzung der Inklusion setzt. Wesentliche Elemente sind eine echte
44 Gemeinschaftsschule, die das mehrgliedrige Schulsystem ablöst, eine Ganztagschule,
45 die ausreichend Raum für die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern
46 bietet und damit Nachhilfe überflüssig macht; die Abschaffung der Studiengebühren,

1 eine Reform der Hochschulbildung mit dem Ziel, mehr Zugänge zu den Hochschulen zu
2 eröffnen und statt der derzeitigen Schul- wieder eine wissenschaftliche Bildung
3 anzubieten; dazu sind die Bachelor-Master-Strukturen grundlegend zu überarbeiten.

- 4 • Demokratie, Partizipation und Transparenz politischer Entscheidungen: Gerade unter
5 jungen Menschen (aber nicht nur dort) gibt es eine ferne zur Parteipolitik. Es herrscht
6 der (bei weitem nicht immer zutreffende) Eindruck, dass Parlamente und Regierungen
7 Entscheidungen fernab von der Lebensrealität und weitgehend unbeeinflusst von der
8 Sachkompetenz treffen (die Netzpolitik ist hier ein, aber nicht das einzige Beispiel). Wir
9 wollen deshalb herausarbeiten, dass sich mit sozialdemokratischer Regierungsführung
10 auch ein anderes Verständnis von Demokratie verbinden: Einbezug von BürgerInnen in
11 die Entscheidungsfindung, Transparenz bei politischen Entscheidungen, offene
12 Diskussionskultur und die Bereitschaft, Anregungen aufzugreifen. Wir wollen Konzepte
13 erarbeiten, wie mehr BürgerInnenbeteiligung möglich ist, ohne andererseits die schon
14 ungleiche, vor allem auch vom sozialen Status abhängende Beteiligung an politischen
15 Entscheidungsprozessen weiter zu verschärfen. Unser Ziel ist nicht ein Land, in dem sich
16 die Gruppe durchsetzt, die am meisten Geld und Einfluss für ihre Ziele mobilisieren
17 kann.

18 Wir werden die inhaltliche Arbeit an diesen drei Themenfeldern und insgesamt an der
19 Kampagne zur Landtagswahl zusammenfassen zu einer zentralen Kampagne mit dem
20 Arbeitstitel „Ein anderes Bayern ist möglich“. Ziel ist es, Veranstaltungen zu organisieren und
21 inhaltlich ansprechende Publikationen zu erarbeiten, die unsere Positionen klar herausstellen.
22 Die Umsetzung werden wir in einer Arbeitsgruppe angehen, die, vorrangig (aber nicht
23 ausschließlich) aus dem Landesvorstand besetzt den Landtagswahlkampf inhaltlich
24 vorbereitet.

26 **3.3 Bildungsarbeit**

27 Bei der Bildungsarbeit werden wir mit den in den letzten Jahren erarbeiteten Strukturen
28 weiterarbeiten. Wir werden das Seminarprogramm wieder in einer Arbeitsgruppe erarbeiten,
29 die Themenvorschläge sammelt, strukturiert und daraus eine Beschlussvorlage für den
30 Landesvorstand erarbeitet. Dabei wollen wir das Erarbeiten und damit auch das Erscheinen des
31 Seminarprogramms allerdings nach vorne ziehen: Ziel ist, dass der Landesvorstand noch
32 deutlich vor der Sommerpause über das neue Seminarprogramm beschließt, so dass die
33 gelayoutete Fassung nach den Sommerferien erscheinen kann und damit tatsächlich ein Jahr
34 Seminararbeit, bis Sommer 2013, abdeckt. Es sollen wieder Funki-Schulungen angeboten
35 werden. Es soll eine Funki-Schulung zum Thema Parteiorganisation, Wahlstatut, etc. und eine
36 frauen- bzw. gleichstellungspolitische Schulung geben.

37 Notwendig ist aber, den Kreis der TeamerInnen auszuweiten und vor allem Genossinnen und
38 Genossen aus den Bezirken stärker einzubinden. Die Teamenden-Quali im vergangenen Jahr
39 war dazu ein guter Ansatz, diese werden wir daher 2012 wieder anbieten. Daneben wollen wir
40 die Bezirke schon in die Erstellung des Seminarprogramms stärker einbeziehen und dazu
41 auffordern, Seminarvorschläge und die Bereitschaft, das Seminar zu leiten, miteinander zu
42 verbinden – verbunden mit Qualifizierungsangeboten und Unterstützung durch die erfahrenen
43 TeamerInnen des Landesverbandes. Und wir werden auch darum bitten, dass sich
44 InteressentInnen an der Mitarbeit in der Bildungsarbeit melden und diese in die
45 Seminarplanung und -durchführung einbeziehen.

47 **3.4 Kommissionen**

1 Wir werden die Arbeit der Kommissionen neu strukturieren. Die bisherige Arbeitsform mit
2 geplant monatlichen, eintägigen Kommissionssitzungen hat erkennbar bei den meisten
3 Kommissionen nicht funktioniert. Dies liegt auch daran, dass Termine oft verschoben, abgesagt
4 oder sehr kurzfristig eingeladen werden, weshalb Genossinnen und Genossen, die an der
5 Mitarbeit interessiert wären, an den Terminen nicht teilnehmen können. Die eigentlich für die
6 Kommissionen eingeplanten Termine werden überwiegend nicht eingehalten. Die
7 Kommissionen finden so oft mit schwacher und stark wechselnder Beteiligung statt, so dass
8 eine kontinuierliche inhaltliche Arbeit nicht möglich ist.

9 Die Kommissionen werden künftig ca. 3 Mal im Jahr an Kommissionswochenenden zweitägig
10 tagen, wobei alle Kommissionen parallel terminiert werden. An diesen
11 Kommissionswochenenden finden parallel keine Seminare statt. Die
12 Kommissionswochenenden werden im Seminarprogramm gesondert ausgewiesen und somit
13 frühzeitig beworben.

14 Die Termine der Kommissionswochenenden sind verbindlich, abweichende Tagungstermine
15 wird es nur geben, wenn dies für die Vorbereitung besonderer Aktionen vom Landesvorstand
16 ausdrücklich beschlossen wird. Die verbindliche Terminierung ermöglicht es interessierten
17 Genossinnen und Genossen, die Termine im Voraus einzuplanen. Die mehrtägige Tagung soll
18 es ermöglichen, intensiver an den einzelnen Themen zu arbeiten und damit eine bessere
19 Ergebnissicherung und einen tiefergehenden Austausch in der Kommission zu ermöglichen.
20 Die Kommissionen werden an diesen Wochenenden Freitagabend und den ganzen Samstag
21 tagen; Freitag- oder Samstagabend kann alternativ eine Diskussionsveranstaltung für alle
22 TeilnehmerInnen des Kommissionswochenendes stattfinden. Am Sonntag schließt sich die
23 Sitzung der Frauenkommission an.

24 Für die inhaltliche Arbeit zwischen den Kommissionsitzungen sollen E-Mail, Internet und bei
25 Bedarf auch Telefonkonferenzen genutzt werden, so dass der Austausch kontinuierlich
26 stattfindet (vgl. auch Abschnitt 3.7).

27 Die Mitarbeit in den Kommissionen wird vor dem ersten Kommissionswochenende
28 verbandsweit beworben, alle Interessierten sollen mitarbeiten können. Die Bezirke werden
29 aufgefordert, je einen Vertreter oder eine Vertreterin für jede Kommission zu benennen.

30 Im Rahmen der beschriebenen neuen Arbeitsstrukturen richtet der Landesverband die
31 nachfolgend aufgeführten Kommissionen mit den jeweiligen Arbeitsschwerpunkten ein:

- 32 • Kommission Innenpolitik, Rechtspolitik und Demokratie: Die neu zu gründende
33 Kommission „Innenpolitik, Rechtspolitik und Demokratie“ soll die vielfältige Arbeit der
34 Jusos Bayern zu diesem Themenbereich bündeln. Die Projektgruppe
35 Rechtsextremismus/Antifa ist als zentraler Bestandteil der Kommission weiterhin für
36 die inhaltliche Arbeit und organisatorische Vernetzung der gegen Rechts Aktiven
37 zuständig und kann bei Bedarf auch außerhalb der Kommissionswochenende tagen.
38 Der inhaltliche Schwerpunkt der Arbeit der Kommission soll bis Herbst zunächst auf
39 dem Thema Reform/Abschaffung des Verfassungsschutz liegen. Einen weiteren
40 Schwerpunkt bildet der Bereich Datenschutz und Netzpolitik. Zusammen mit dem LKT
41 soll die Broschüre zu studentischen Verbindungen/Burschenschaften neu aufgelegt
42 werden. In Verbindung mit der Umweltkommission ist ein Tagesseminar
43 „Ökologithemen und die extreme Rechte“ vorgesehen.
- 44 • Kommission Internationales und Europa: Der Arbeitskreis Internationales wird sich
45 2012/2013 um internationale Begegnungen der Jusos Bayern kümmern und die
46 inhaltliche Arbeit mit Kommissionswochenenden und Seminaren vorantreiben.
 - 47 ○ Internationale Maßnahmen

1 Vom 16.-25. Juni besucht eine Delegation der Jusos Bayern unsere Genossinnen
2 und Genossen in Israel und Palästina. Der Besuch wird in Kooperation mit dem
3 Willy-Brandt-Center Jerusalem organisiert. Der AK Internationales hat ein
4 abwechslungsreiches Programm geplant, mit dem Schwerpunkt auf sozialer
5 Spaltung und gesellschaftlichen Konfliktlinien in Israel. Vom 25.-27. Mai findet
6 wieder eine Alpeninternationale statt, diesmal in Tirol. Gemeinsam mit den
7 beteiligten Partnerorganisationen (Jusos Tirol, SJÖ Oberösterreich, Jusos
8 Schweiz) werden wir uns ein Wochenende über unsere politische Grundsätze
9 und Schwerpunktthemen austauschen sowie über die zukünftige Ausrichtung
10 der Alpinern beraten. Beim Festival der ECOSY (13.-20. Juli in Kroatien) werden
11 auch bayerische Genossinnen und Genossen teilnehmen. Der AK I koordiniert
12 die Delegation und kümmert sich um die mit dem Bundesverband und anderen
13 Gliederungen zu regelnden organisatorischen Dinge.

14 ○ Seminare:

15 Aus den Reihen des AK I wird ein Seminar zum Sozialismus des 21. Jahrhunderts
16 in Lateinamerika durchgeführt. Zudem werden wir erstmals ein
17 Grundlagenseminar zur internationalen Politik bei den Jusos durchführen.

18 ○ Inhaltliche Schwerpunkte:

19 In den Kommissionssitzungen wollen wir uns intensiv mit dem großen Bereich
20 der Entwicklungszusammenarbeit beschäftigen. Der Grundlagenbeschluss des
21 letzten Bundeskongresses dient dabei als Ausgangspunkt. Zudem wollen im
22 Anschluss an unsere Debatte über Militärbündnisse, Militäreinsätze und die
23 NATO die Diskussion zur "responsibility to protect" und zu peacekeeping-
24 Einsätzen aufnehmen.

- 25 ● Kommission Umwelt- und Energiepolitik: Die Kommission hat für das
26 Seminarprogramm 2012/13 bereits zwei Seminare geplant. Gemeinsam mit der
27 Kommission Rechtsextremismus zum Thema "Braune Ökos". Des Weiteren kam beim
28 Basiskongress der Wunsch auf, das Thema Kernenergie im Bezug auf die Endlager- und
29 Rückbaufrage anzugehen. Auch hier ist bereits ein Grobkonzept und Ansprechpartner
30 vorhanden. Wie bisher wird die Umweltkommission auch Wünsche und Anregungen
31 der Basis aufnehmen und versuchen, diese kurzfristig umzusetzen. Weitere Themen der
32 Kommission werden Lärmemissionen und Verkehr und „Infrastruktur überall, aber bitte
33 nicht bei mir!“ sein. Hier wird die Umweltkommission wieder verstärkt mit
34 Bündnispartnern zusammenarbeiten und so weiter für eine vertrauensvolle
35 Zusammenarbeit mit parteiexternen Gruppierungen sorgen. Einen besonderen
36 Schwerpunkt wird auch das Thema Materialien einnehmen. Bereits geplant ist eine
37 Fachbroschüre zum Thema „Dezentrale Energiewende“. Hier werden neben den
38 beschlossenen Positionen auch eine fundierte Argumentation zu den Aspekten
39 „Pro/Contra zentrale Energiebereitstellung (desertec, offshore)“, „Was sind die
40 Gefahren, falls es nicht gemacht wird“, „Auswirkungen auf die Natur (weniger
41 Höchstspannungstrassen, Landschaftsversiegelung etc.)“ und „Kommunale
42 Stadtwerke, staatliche Förderung“.
- 43 ● Kommission Wirtschafts- und Sozialpolitik: Die Kommission wird sich im nächsten Jahr
44 schwerpunktmäßig mit dem Themenkomplex „Finanz- und Eurokrise“ befassen,
45 außerdem mit den Anforderungen und Ansprüche der Jusos Bayern an die bayerische
46 Wirtschaft (Fortanschreibung des Papiers „Wirtschaft in Bayern – Garantie für Bayerns
47 Zukunft“) und der Betrachtung von alternativen Wirtschaftssystemen, u.a.

1 „Gemeinwohlökonomie“. Im sozialpolitischen Bereich wird die Kommission die Arbeit
2 der bisherigen sozialpolitischen Kommission im Bereich „Soziale Sicherung“ und
3 „Armut & Verteilungsgerechtigkeit“ weiterführen. In der konkreten Planung befindlich
4 ist eine neue Broschüre, die die Beschlüsse der LaKo 2011 zum Thema Rente aufbereitet.
5 Daneben wird die Kommission Anfang Juni ein Wochenendseminar durchführen, das
6 ausführlich die Verteilungsfrage in Deutschland beleuchtet und einen Blick auf
7 Exklusion und Armutsentwicklung richtet. Darüber hinaus werden in der Kommission
8 auch aktuelle Geschehnisse, Papiere und Anträge der SPD zu Parteitag und von
9 Mitgliedern der Kommission eingebrachte Themen bearbeitet.

- 10 • Um die Belange junger ArbeitnehmerInnen und Azubis kümmern sich vor allem die
11 Jungen ArbeitnehmerInnen Bayern (JAB)
- 12 • Die Arbeit im Themenfeld Bildungspolitik wird weiterhin vor allem durch die Juso-
13 SchülerInnen und die Juso-Hochschulgruppen geleistet.

14 **3.5 Frauenkommission**

15 Die Frauenkommission bleibt als autonome Struktur bestehen, die selbstständig über ihre
16 Inhalte und ihre Arbeitsweise entscheidet.

17 Unser Ziel ist es, dass die Frauenkommission ab 2012/13 wieder aktiv arbeitet. Die
18 Frauenseminare des vergangenen Jahres haben gezeigt, dass Interesse an einer autonomen
19 Frauenstruktur im Verband vorhanden ist. Mit einer Konferenz zur Wiederbelebung der
20 Frauenkommission, zu der alle Juso-Frauen eingeladen werden (MAVIS-Verteiler) werden wir
21 noch vor der Sommerpause die Arbeit der Kommission wieder anstoßen. Diese Konferenz wird
22 auch eine Kommissionsleitung bestimmen.

23 **3.6 Zielgruppenorganisationen**

24 Für die Arbeit im Bereich der Schülerinnen und Schüler sowie an den Hochschulen werden
25 weiterhin die Juso-SchülerInnen Bayern und die Juso-Hochschulgruppen als teilautonome
26 Organisationen zuständig sein. Ihre Arbeitsschwerpunkte im kommenden Jahr lauten:

- 27 • Juso-SchülerInnen: Auch 2012 wollen sich die Jusos-SchülerInnen Bayern wieder mit der
28 Bildungspolitik in Bayern befassen. Zurzeit befindet sich das Bildungssystem im
29 Freistaat in einem desolaten Zustand. Wie durch unterschiedliche Studien mit
30 alarmierenden Ergebnissen bestätigt wurde, besteht dringender Handlungsbedarf das
31 verkrustete System zu reformieren. Insbesondere bei Aspekten wie der Inklusion, der
32 Chancengleichheit und der Förderung der Ganztages- und Gesamtschule hinkt der
33 Freistaat bedeutend hinterher. Nirgendwo in Deutschland hängt schulischer Erfolg so
34 sehr vom Bildungsstand und Geldbeutel der Eltern ab wie in Bayern. Zur dringend
35 notwendigen Verbesserung dieser Situation wollen die Jusos-SchülerInnen
36 Denkanstöße und Konzepte liefern.

37 Praktisch kann das durch den Gedankenaustausch mit Bildungspolitikern und
38 Einrichtungen wie der Arbeitsgemeinschaft für Bildung geschehen. Zur Bündelung von
39 Meinungen und Ideen werden die Jusos-SchülerInnen Bayern daher auch 2012
40 regelmäßige Treffen und ein Seminar organisieren. Die Arbeit steht dabei unter dem
41 Jahresmotto "Tour durch Bayern", das die Diversität und Vielfältigkeit Bayerns betont.
42 Das Schreiben von Anträgen und die damit direkte Einflussmöglichkeit auf Beschlüsse
43 von Jusos und SPD soll auch 2012 noch verstärkt werden. Dabei soll der Schwerpunkt
44 vor allem auf das Thema "Bildungspolitik" gelegt werden. Gerade in diesem Bereich
45 können Schülerinnen und Schüler wichtige Hinweise und Denkanstöße liefern.

1 Zur Information über die Arbeit der Jusos-SchülerInnen Bayern soll auch 2012 eine
2 Zeitschrift nach dem Vorbild des Magazins „Pulse“ des Vorjahres erscheinen.

- 3 • Juso-Hochschulgruppen: Die Juso Hochschulgruppen Bayern werden im kommenden
4 Jahr weiter an ihren Positionen zu hochschulpolitischen Fragen arbeiten. Ziel ist es, im
5 Hinblick auf die Landtagswahlen 2013 einen Katalog mit Forderungen zu erarbeiten und
6 sich mit diesem intensiv in die Debatten zum Wahlkampfprogramm der BayernSPD
7 einzubringen.

8 Da Bayern eines der beiden letzten Bundesländer ist, die Studiengebühren erheben,
9 fordern wir weiterhin die Abschaffung der Studiengebühren und eine Ausfinanzierung
10 der Hochschulen. Außerdem wird Bayern bald das letzte Bundesland ohne Verfasste
11 Studierendenschaft sein, weswegen die Frage der studentischen Mitbestimmung ein
12 großes Thema bleiben wird. Neben diesen beiden Themen sollen auch viele weitere
13 diskutiert werden. Die Ausarbeitung der Positionen und Forderungen soll bei den
14 Landeskoordinierungstreffen geschehen, von denen es im Sommer noch mehrere
15 geben wird. Diese bieten nebenbei den Hochschulgruppen auch die Möglichkeit zu
16 einer noch intensiveren Vernetzung.

17 Das Seminar zum Thema „Hochschule der Zukunft“ im letzten Herbst war ein großer
18 Erfolg. Ein Seminar dieser Art soll deswegen auch im kommenden Jahr stattfinden.

19 An einer besseren Vernetzung soll auch weiterhin gearbeitet werden, da im Hinblick
20 auf die Hochschulwahlen im Sommer und auf die Neumitgliederwerbung vor allem im
21 Herbst ein guter Austausch unter den einzelnen Hochschulgruppen und auf
22 Landesebene von Vorteil ist. Für die Vorbereitung auf die Hochschulwahlkämpfe wird
23 es ein Tagesseminar zum Thema Wahlkampfführung geben. Ebenso wichtig sind die
24 Kontakte zur Landtagsfraktion und zur Arbeitsgemeinschaft für Bildung, die auch im
25 kommenden Jahr gepflegt werden.

26 27 **3.7 Strukturen an das 21. Jahrhundert anpassen – virtuelle Mitarbeit ermöglichen**

28 Der Landesverband ist in seiner Arbeitsweise sehr präsenzorientiert. Leider haben sich aber die
29 Gesellschaft und damit die Bedingungen, unter denen politische Partizipation organisiert
30 werden muss, seit den 70er Jahren des letzten Jahrhunderts grundlegend geändert. Brüchige
31 Erwerbsbiographien, zeitintensiveres Studium dank Bologna-Reform und höhere Mobilität, die
32 im Arbeitsleben gefordert wird, machen es vielen Genossinnen und Genossen nicht mehr
33 möglich, für zwei Stunden Sitzung das doppelte oder dreifache an Fahrzeit aufzuwenden oder
34 überhaupt zu Präsenzsitzungen zu erscheinen. Das Ergebnis sind eine geringere Teilnahme an
35 Sitzungen und Konferenzen und eine wenig konstante Mitarbeit in Kommissionen und
36 anderen Gremien.

37 Allerdings bieten sich mittlerweile viele Möglichkeiten, Zusammenarbeit ergänzend zu oder
38 jenseits von Präsenzsitzungen zu organisieren. Hier können wir uns durchaus in der virtuellen
39 Kultur der Piraten bedienen. Online-Übertragungen von Parteitag sind mittlerweile auch in
40 der SPD Standard und werden gut angenommen, Video- oder Telefonkonferenzen sind
41 mittlerweile auch etabliert und andere Angebote wie Wikis oder Etherpads sind allen
42 zugänglich.

43 Der Juso Landesvorstand erarbeitet bis zur nächsten Landeskonferenz ein Konzept, wie die
44 Mitarbeit bei den Jusos auf den virtuellen Raum ausgedehnt werden kann. Dabei soll auf
45 Erfahrungen der Partei und anderer Gliederungen zurückgegriffen werden und gut
46 funktionierende Beispiele sollen zur Orientierung dienen. Beteiligung ermöglichen,

1 Transparenz schaffen und konstante Mitarbeit jenseits von Präsenzsitzungen schaffen, das
2 sind die wesentlichen Ziele.

3

4 **3.8 Öffentlichkeitsarbeit**

5 Im vergangenen Jahr hat sich die Medienpräsenz der Jusos Bayern deutlich erhöht. Dies ist
6 sicherlich auch der erhöhten Aufmerksamkeit für die BayernSPD insgesamt durch die
7 Spitzenkandidatur von Christian Ude geschuldet, aber auch einer kontinuierlicheren und
8 zugespitzteren Pressearbeit. Auf diese Vorarbeit wollen wir aufbauen und die Medienpräsenz
9 der bayerischen Jusos noch verstärken, auch durch eine weitere Intensivierung der
10 Pressearbeit.

11 Noch vor der Sommerpause 2012 soll die Homepage der Jusos Bayern technisch und inhaltlich
12 überarbeitet neu starten. Daneben werden wir den Facebook-Auftritt weiterhin nutzen.

13 Wir werden 2012 unser Publikationsangebot, auch mit Blick auf die Wahlkämpfe 2013/14,
14 grundlegend überarbeiten. Dazu gehört die Entwicklung eines Grunddesigns, so dass die
15 Veröffentlichungen der Jusos Bayern einheitliche Merkmale aufweisen und zu den Materialien
16 des Juso-Bundesverbandes graphisch kompatibel sind. Auch aus inhaltlicher Sicht besteht der
17 Bedarf, viele Publikationen neu aufzulegen, außerdem müssen für den Landtagswahlkampf
18 auch Publikationen neu erarbeitet werden. Ziel ist es, nicht nur „Werbebroschüren“, sondern
19 inhaltlich fundierte Publikationen zu erarbeiten, die auch nach den Wahlkämpfen für die Juso-
20 Arbeit eingesetzt werden können.

21

22 **3.9 Kontakt mit BündnispartnerInnen**

23 Wir werden 2012 die Kontakte mit anderen Organisationen, insbesondere den
24 Jugendorganisationen in Bayern, intensivieren. Dazu werden wir regelmäßig das Gespräch mit
25 den Organisationen suchen. Wichtig ist uns dabei, dass dies keine Wahlkampf-
26 Instrumentalisierung bedeutet, sondern dem Ziel dient, Positionen aus diesen Organisationen
27 aufzugreifen und in die Meinungsbildung bei den Jusos Bayern einfließen zu lassen.

28

29 **4. Vernetzung der KommunalpolitikerInnen, Vorbereitung der Kommunalwahlen**

30 Bei den Kommunalwahlen 2014 werden viele Jusos für Mandate in Gemeinde-, Stadt- und
31 Kreisräten kandidieren. Unser Ziel ist dabei, dass Jusos nicht nur als „ListenfüllerInnen“ genutzt
32 werden, während die vorderen Plätze von denjenigen besetzt bleiben, die sich schon seit Jahren
33 für „unersetzlich“ halten.

34 Dafür müssen die Genossinnen und Genossen, die kandidieren wollen, aber auch inhaltlich fit
35 für die notwendigen Auseinandersetzungen und für das Werben um persönliche Stimmen im
36 Wahlkampf sein. Dabei kann der Juso-Landesvorstand nur einen Teil der Qualifizierung leisten:
37 Die konkreten politischen Fragestellungen, die sich in der jeweiligen Kommune gerade stellen,
38 sind natürlich nicht landesweit einheitlich. Der Juso-Landesvorstand wird daher, in
39 Abstimmung mit der BayernSPD und der bayerischen SGK (und unter Einbeziehung weiterer
40 Qualifizierungsangebote wie z.B. SOFIA) ein Angebot machen, das eine Qualifizierung in
41 Grundlagen kommunalpolitischen Handelns bietet (z.B. Grundlagen der Haushaltsführung, des
42 Planungsrechts, Sitzungsabläufe). Daneben ist es unser Ziel, ein Netzwerk aufzubauen, in dem
43 sich aktive KommunalpolitikerInnen mit und ohne Mandat austauschen und auch Lösungen
44 für konkrete politische Fragen suchen können.

45

46 Den Auftakt zu dieser Vernetzung wird ein kommunalpolitischer Kongress der Jusos Bayern
47 noch vor der Sommerpause sein.

Rechtspolitik, BürgerInnenrechte und Partizipation

Beschlusnummer: A 1

1 Demokratie und Partizipation in Bayern verbessern

2 In Bayern erleben wir in letzter Zeit wieder häufiger, dass sich BürgerInnen für Demokratie und
3 gegen Rechts engagieren. Wir unterstützen jede demokratische Willensäußerung und jedes
4 Aktivwerden des Einzelnen für demokratische, freiheitliche Werte. Umso bedauerlicher finden
5 wir es, dass gerade in Bayern diese demokratischen Äußerungen und Aktivitäten bekämpft
6 bzw. eingeschränkt werden. So unterliegen demokratiekonforme Demonstrationen der
7 Anzeigepflicht und Auflagen, so gibt es kein Streikrecht für SchülerInnen, StudentInnen und
8 Beamte, so unterliegen Schülerzeitungen nach wie vor der Zensur, so gibt es keine verfasste
9 Studierendenschaft, so werden nach wie vor DemonstrantInnen wegen teilweiser
10 fadenscheiniger Tatsachen verfolgt, wie etwa Verletzung von Demonstrationsauflagen bzw.
11 Beleidigung und Widerstand gegen Polizeibeamte. Auch ist es das bayerische
12 Innenministerium, das seit Jahren versucht, den Verein a.i.d.a. in ein linksextremistisches Licht
13 zu rücken, obwohl dieser Verein maßgeblich zur Bündelung von Informationen über
14 neokonservative, rechte und faschistische Gruppierungen beiträgt, über deren Aktivitäten
15 berichtet und somit wichtige Hinweise für diejenigen Personen liefert, die sich gegen
16 Rassismus, gegen Nationalsozialismus und gegen Geschichtsrevision einsetzen.
17 Wir Jusos wünschen uns für diese Bereiche mehr Freiheit für die Bürgerinnen und Bürger. Dem
18 aktiven Einsatz für die Demokratie, für Freiheit und Toleranz dürfen keine Steine in den Weg
19 gelegt werden, denn nur durch den Beitrag des Einzelnen kann sich eine demokratische
20 Gemeinschaft bilden.
21 Wir Jusos wünschen uns eine größere Aufmerksamkeit für die Belange und Bedürfnisse
22 derjenigen, die für sich selbst in dieser Gemeinschaft kein Gehör verschaffen können. Dies
23 betrifft insbesondere MigrantInnen und Jugendliche - wir müssen uns für sie stark machen,
24 denn eine Gemeinschaft zeigt dann Größe, wenn sie sich für die Schwächsten einsetzt und sie
25 stark macht.

26 1. BürgerInnenbeteiligung allgemein

27 Bürger-/Volksentscheide

28 Viele Länder in der arabischen Welt kämpfen seit Monaten unter anderem um das Recht, ihre
29 Regierungen nach demokratischen Regeln wählen zu dürfen. In Deutschland hingegen
30 machen immer weniger Wahlberechtigte von diesem wertvollen Recht Gebrauch – bei der
31 Bundestagswahl 2009 wurde mit 70,8 % ein neuer Tiefstand der Wahlbeteiligung erreicht.
32 Dieses Fernbleiben der BürgerInnen von den Wahlurnen ist unserer Meinung nach nicht einem
33 Desinteresse gegenüber der Politik zuzuschreiben, sondern dem Umstand, dass viele Menschen
34 in dieser Beteiligungsform keine Einflussmöglichkeit auf politische Prozesse erkennen. Dass es
35 in Deutschland ein reges Interesse an politischen Themen gibt und viele Menschen Probleme
36 unseres politischen Systems erkennen und diese lösen wollen, zeigt etwa die Beteiligung vieler
37 BürgerInnen an den Demonstrationen gegen die Macht der Finanzwirtschaft und das
38 Engagement in den verschiedensten Bürgerinitiativen.

39 Für uns Jusos bedeutet Demokratie und Teilhabe mehr als Wahlrecht. Für uns Jusos bedeutet
40 Demokratie die Beteiligung der Menschen an der Ausgestaltung ihres Lebensraumes und nicht

1 nur die Benennung von VertreterInnen, die dann für die Dauer der Legislaturperiode hinter
2 verschlossenen Türen agieren. Das ist weder der Sinn einer repräsentativen Demokratie noch
3 bringt es ihr einen Nutzen.

4 **Auf allen Ebenen – Bund, Land, Stadt und Gemeinde – fordern wir deshalb, notwendige**
5 **Maßnahmen umzusetzen, die eine Bürgerbeteiligung an politischen Entscheidungsprozessen**
6 **frühzeitig und umfassend ermöglichen.** Der Staat steht hier in der Verantwortung, die
7 Rahmenbedingungen für die politische Teilhabe zivilgesellschaftlicher Gruppen, aber auch
8 einzelner BürgerInnen zu schaffen. So sind die Regelungen zu Bürger- und Volksentscheiden,
9 etwa die Dauer sowie die Orte, in denen die Unterschrift geleistet werden kann,
10 teilnahmefreundlicher zu gestalten. Die Eintragsfrist bei Volksbegehren soll von 2 Wochen
11 auf, wie ursprünglich im Landeswahlgesetz von 1946 vorgesehen war, 4 Wochen verlängert
12 werden. Volksentscheide auf Bundesebene lehnen wir ab.

13 14 **BürgerInnenhaushalt**

15 Der Idee eines BürgerInnenhaushalts stehen wir mit Skepsis gegenüber. Oft dient ein solcher
16 Haushalt nur als Feigenblatt. Wenn es berechtigte Forderungen von Seiten der Bürgerschaft
17 gibt, wird für die Realisierung dieser Wünsche auf den Bürgerhaushalt verwiesen. Außerdem
18 wird der Haushalt selbst meist von Leuten aufgestellt, die sowieso schon zu den Begüterten
19 gehören, da diese Gesellschaftsschichten meist über mehr Zeit und Wissen darüber verfügen,
20 wie man geschickt agiert, um seine Interessen durchzusetzen. Statt eines
21 BürgerInnenhaushalts wünschen wir uns die Ausdehnung von Bürgerbegehren auch auf
22 haushaltspolitisch relevante Entscheidungen. Daneben soll die Einbeziehung von
23 Bürgerwünschen durch Bürgerbefragungen ermöglicht werden.

24 25 **Einbezug vor Ort**

26 Für den Einbezug der BürgerInnen vor Ort in den Gemeinden gibt es die Möglichkeit der
27 Bürgerversammlung. Die Einberufung einer Bürgerversammlung kann von einer
28 vorgeschriebenen Prozentzahl der Gemeindeglieder selbst nur einmal jährlich beantragt
29 werden – zu weiteren Bürgerversammlungen kann es dann nur auf Verlangen des
30 Gemeinderats kommen. An dieser Stelle fordern wir, die Begrenzung bezüglich der
31 Beantragung einer Bürgerversammlung durch die Gemeindeglieder aufzuheben und keine
32 Vorgaben über Höchstzahlen gesetzlich zu regeln. Durch die Vorgabe, dass der Antrag auf eine
33 Bürgerversammlung einer gewissen prozentualen Unterstützung von den
34 GemeindegliederInnen bedarf (5 v.H. in Gemeinden unter 10.000 Einwohnern / 2,5 v.H. in
35 Gemeinden über 10.000 Einwohnern), wird gewährleistet, dass das Interesse der BürgerInnen
36 an der Bürgerversammlung besteht und dass es Sachverhalte vorzubringen und zu diskutieren
37 gibt, die als relevant erachtet werden. Mit der Regelung, dass dies nur einmal pro Jahr möglich
38 sein soll, wird eine weitere Beteiligung der GemeindegliederInnen verhindert. Wir fordern
39 deshalb die **Streichung von Art. 18 Abs. 2 Satz 4 der Bayerischen Gemeindeordnung.**

40 Des Weiteren muss die Beteiligung vor Ort mindestens in Englisch und einer zusätzlichen
41 weiteren Sprache als Deutsch, abhängig von der Zusammensetzung der Bevölkerung in der
42 jeweiligen Kommune, angeboten werden. Gerade die „Behördensprache“ als eine Fachsprache
43 weist zahlreiche Terminologien auf, was eine hohe Verständnishürde darstellt. Wo sich bereits
44 Muttersprachler schwer tun, ist es für Nicht-Muttersprachler oft noch schwieriger. Um auch
45 diejenigen GemeindegliederInnen in die Diskussionen vor Ort einzubeziehen, die Deutsch als
46 Zweitsprache sprechen, sind die jeweiligen Vorschläge z.B. für Bauvorhaben **in einer weiteren**
47 **Sprache übersetzt** auszulegen.

1

2 **2. Bessere Beteiligung von MigrantInnen**

3 Die Bedürfnisse von zugewanderten MitbürgerInnen und ihre Teilhabe an der Gesellschaft
4 wurden vor allem in Bayern über Jahrzehnte sträflich vernachlässigt. Dabei war es vor allem ein
5 probates Wahlkampfmittel der konservativen Parteien, Ängste und Vorurteile gegenüber
6 Minderheiten zu schüren und mit dumpfen Parolen über Ausländerkriminalität und das
7 Erschleichen von Sozialleistungen auf Stimmenfang zu gehen. Positive und anerkennende
8 Worte über die unzähligen Leistungen derer, die als "Gast"-ArbeiterInnen den Wohlstand dieser
9 Gesellschaft maßgeblich mit aufgebaut haben, suchte man vergebens. Die Verbesserung der
10 Teilhabemöglichkeiten der in Bayern lebenden MigrantInnen an unserer Gesellschaft ist mit
11 Sicherheit eine zentrale Aufgabe. Zu Recht fordert Kenan Kolat, Vorsitzender der türkischen
12 Gemeinde Deutschlands, den Begriff der "Integration" um den der "Partizipation" zu ergänzen.
13 Menschen, die sich für ein Leben in Deutschland entscheiden, müssen sich ihre eigene
14 kulturelle Identität bewahren dürfen und trotzdem als gleichberechtigte Mitglieder der
15 Gesellschaft gelten. Die oft zitierten "Parallelgesellschaften" entstehen nur dort, wo
16 Wohnraum für Zugewanderte lediglich in Randbezirken und "sozialen Brennpunkten" zur
17 Verfügung gestellt wird und wo am Arbeitsplatz, im Verein und der Nachbarschaft
18 unterschiedliche Maßstäbe aufgrund der Hautfarbe oder Staatsangehörigkeit gelten. Kurz
19 gesagt entstehen diese Gesellschaften durch das Gefühl, in dieser Gesellschaft nicht
20 willkommen zu sein. Um jedoch die Teilhabe aller hier lebenden Menschen in einer
21 Gesellschaft zu verwirklichen, in der Vielfalt als Bereicherung verstanden wird, fordern wir
22 folgende Maßnahmen:

23

24 **2.1 Wahlrecht reformieren**

25 Ein wichtiger Baustein für die Partizipation vor Ort ist die aktive Teilhabe aller Bürgerinnen und
26 Bürger, die in einer Kommune leben. Die Teilhabe darf jedoch nicht auf Vereinsarbeit und
27 ehrenamtliches Engagement im kulturellen Bereich beschränkt sein, sondern muss auch das
28 Wahlrecht mit einschließen. Nur durch die Einbeziehung aller in einer Kommune lebenden
29 Menschen, gleich welcher Herkunft und Staatsbürgerschaft, kann die Identifikation aller
30 BürgerInnen mit ihren gewählten VertreterInnen gestärkt werden. Als Vorbild können hier die
31 Regelungen vieler anderer Staaten der Europäischen Union (Belgien, Irland, Dänemark)
32 herangezogen werden, welche das kommunale Wahlrecht für Drittstaatenangehörige bereits
33 seit einigen Jahren verwirklicht haben. Eine entsprechende **Änderung des Art. 28 Abs. 1 S. 3 GG**
34 ist herbeizuführen. Als ebenso positives Beispiel dient die betriebliche Mitbestimmung, in der
35 sowohl das aktive als auch das passive Wahlrecht für MigrantInnen gewährleistet ist.
36 Langfristig fordern wir die Entkoppelung **der Wahlberechtigung von der Staatsbürgerschaft**
37 auch für Wahlen auf Landes- und Bundesebene und die entsprechende Anpassung des
38 Bundeswahlgesetzes. Kriterien wie der dauerhafte Wohnsitz und die damit verbundene stetige
39 Zugehörigkeit zu einer Gebietskörperschaft sind für die Ausübung des Wahlrechts
40 entscheidender als die bloße Staatsbürgerschaft.

41

42 **2.2. Bildung und Ausbildung**

43 Einer der Schlüssel zur Partizipation in einer Gesellschaft ist die Bildung. Im Bezug auf
44 Staatsbürger mit Migrationshintergrund gibt es hierbei die verschiedensten Aufgaben, um
45 Bildungspolitik effektiver zu gestalten.

46

47 **2.2.1 MigrantInnen**

1 Die soziale Auslese beginnt im bayerischen Bildungssystem besonders früh. Mangelnde
2 Sprachkenntnisse bei Kindern mit zugewanderten Eltern wirken sich dabei als zusätzlicher
3 Hinderungsfaktor für ein erfolgreiches Durchlaufen des Schulsystems aus. Anstatt jedoch mit
4 verfrühten Sprachtests Druck auf Kinder auszuüben, muss die **individuelle Förderung** in den
5 Vordergrund rücken. Hierfür sind ausreichend Lehrkräfte zur Verfügung zu stellen. Außerdem
6 fordern wir min. ein verpflichtendes Kindergartenjahr sowie die Einführung einer verbindlichen
7 Ganztagschule, die selbstverständlich als Gemeinschaftsschule auszugestalten ist. Im Rahmen
8 der Bewerbung **für Ausbildungs- und Studienplätze ist auf ein anonymisiertes**
9 **Bewerbungsverfahren** hinzuwirken.

10 *2.2.2 AsylbewerberInnen*

11 Gerade für Menschen im Asylverfahren ergeben sich bestimmte Schwierigkeiten, die zu den
12 Problemen von MigrantInnen hinzukommen. So ist die Erwachsenenbildung für Flüchtlinge
13 schlichtweg nicht gewährleistet. Deutschkurse werden vom Staat unter der Begründung nicht
14 angeboten, dass AsylbewerberInnen möglichst bald wieder in ihre Heimatländer zurückkehren
15 sollen, ihr Aufenthalt in Deutschland also per se ein vorübergehender sei. Lediglich private
16 Träger (Caritas, AWO, Diakonie, Der Paritätische) bieten auf freiwilliger Basis und im Rahmen
17 ihrer Möglichkeiten Kurse für erwachsene AsylbewerberInnen an, um ihnen das Leben in
18 Deutschland zu erleichtern. Wir fordern eine Verbesserung der arbeitsrechtlichen Situation,
19 **sowie umfassende staatliche (Weiter-)Bildungsmaßnahmen**, die nicht nur Sprachkurse
20 sondern auch gezielte berufliche Weiterbildung umfasst, wo ein Bedarf seitens der Flüchtlinge
21 besteht. Dabei können entweder die staatlichen Zuschüsse zu den bestehenden Einrichtungen
22 erhöht oder die Angebote im VHS-Bereich erweitert werden. Die Finanzierung der Maßnahmen
23 muss durch Steuermittel erfolgen.

24 Das Problem ergibt sich in abgeschwächter Form auch für Jugendliche im Asylverfahren. Bisher
25 werden sie altersgruppengemäß beschult und in die regulären Klassensysteme eingegliedert,
26 jedoch nach Pflichtschulzeit (gerechnet wird das 16. Lebensjahr) ausgeschult. Im Anschluss
27 daran gibt es häufig nur noch die Möglichkeit, privat organisierte Schulen zu besuchen, wobei
28 eine Finanzierung häufig durch den europäischen Sozialfonds gewährleistet wird. Wir fordern
29 jedoch den Freistaat auf, auch **jungen AsylbewerberInnen eine vollumfängliche Schulbildung**
30 **im Regelschulsystem zu ermöglichen, nötigenfalls mit vorherigen Alphabetisierungs- und**
31 **Sprachkursen**. Es ist kein Grund ersichtlich, warum junge Menschen im Asylverfahren in diesem
32 Land ihrer Zukunftschancen beraubt werden sollen.

34 **2.3 Anerkennung ausländischer Abschlüsse**

35 Ebenfalls ist die Anerkennung im Ausland erworbener Ausbildungsabschlüsse integraler
36 Bestandteil einer verbesserten Teilhabe. MigrantInnen und ausländischen MitbürgerInnen
37 muss die Möglichkeit offen stehen, einem Beruf nachzugehen, in dem sie ausgebildet wurden.
38 Mit dem neuen Anerkennungsgesetz, dessen Kernregelungen am 1. April 2012 in Kraft getreten
39 ist, wurde nur ein erster Schritt zur Novellierung der rund 60 Berufsgesetze und Verordnungen
40 auf Bundesebene für die Anerkennung von Ausbildungs- und Studienabschlüssen in Angriff
41 genommen und ein zentrales Berufsqualifikations-fest-stellungsgesetz geschaffen. Allerdings
42 liegt darin auch die Schwäche, da die berufsrechtlichen Regelungen der Länder in deren
43 Zuständigkeitsbereich (z.B. ErzieherInnen, IngenieurInnen, LehrerInnen) von der Neuregelung
44 nicht betroffen sind. Wir fordern daher, auch auf bayerischer Ebene die entsprechenden
45 Maßnahmen einzuleiten, um unverzüglich einen **Rechtsanspruch auf eine individuelle**
46 **Gleichwertigkeitsprüfung** zu generieren.

1 **2.4. MigrantInnen an die Macht:**

2 Die SPD ist nach wie vor die Partei, die den größten Zuspruch unter MigrantInnen und
3 Menschen mit Migrationshintergrund genießt. Leider gibt es jedoch noch zu wenige
4 MandatsträgerInnen und SpitzenfunktionärInnen mit Migrationshintergrund innerhalb der
5 SPD, wodurch der Zuspruch für die SPD innerhalb dieser Bevölkerungsschicht abnimmt. Dass
6 aber auch die SPD nicht vor rassistischer Hetze unter ihren Mitgliedern gefeit ist, haben uns die
7 vergangenen Jahre gelehrt. Durch die kollektive Beleidigung ganzer Gesellschaftsschichten
8 unter dem Vorwand, Probleme offen anzusprechen, ist viel Vertrauen in die Sozialdemokratie
9 verloren gegangen. MigrantInnen und Menschen mit Migrationshintergrund sind für uns keine
10 Bürger zweiter Klasse und müssen sich auf die geschlossene Solidarität und Unterstützung der
11 SPD verlassen können. Die SPD folgt seit jeher einem internationalen Dogma gemeinsamer
12 politischer Ziele und darf nicht schrittweise zur Partei mit vorwiegend nationalen Interessen
13 werden. Um die Partei noch stärker für MigrantInnen zu öffnen fordern wir keine starren
14 Quoten, da diese hier nicht in ähnlicher Weise weiterhelfen können, wie sie es bei der
15 strukturellen Benachteiligung von Frauen tun. Vielmehr muss die Arbeit mit den
16 entsprechenden Verbänden im vorpolitischen Raum intensiviert werden, regelmäßige
17 Koordinierungstreffen auf oberster und mittlerer Parteiebene organisiert werden. **Vorstände**
18 **und Listen der SPD müssen viel stärker für Menschen mit Migrationshintergrund geöffnet**
19 **werden**, um dieser Bevölkerungsgruppe ein institutionalisiertes Sprachrohr innerhalb der SPD
20 zu geben und ihre Belange ernst zu nehmen. Die integrativ wichtige Arbeit von Mitbürgern mit
21 Migrationshintergrund innerhalb der Partei muss gegenüber populistischen Äußerungen
22 immer wieder verteidigt werden.

24 **3. Beteiligung von Kindern und Jugendlichen**

25 Kinder und Jugendliche werden in die politischen Entscheidungsprozesse immer noch viel zu
26 wenig einbezogen. Dass damit ein Desinteresse an politischen Themen einhergeht, ist
27 nachvollziehbar. Partizipation muss es auch für Kinder und Jugendliche geben, sie müssen
28 Verantwortung übernehmen dürfen und ihre Vorschläge und Ideen sollen in politische
29 Entscheidungsprozesse einfließen. In jeder Generation ändern sich die Wünsche, Ängste und
30 Umstände - erwachsene PolitikerInnen mit Kinder- und Jugendpolitik zu beauftragen heißt
31 noch lange nicht, dass damit die Lebenswirklichkeit der Kinder und Jugendlichen auch
32 tatsächlich vertreten ist. An dieser Stelle ist mehr Mitsprache für Kinder und Jugendliche
33 einzufordern, damit sie ihre Meinungen und Interessen äußern können. Aber es ist auch eine
34 höhere Präsenz junger Menschen in politischer Verantwortung zu fordern. Jugendliche sind
35 derzeit auf der politischen Bühne kaum vertreten. Auch dies kann zu Distanz gegenüber Politik
36 und Politikern unter Jugendlichen führen, die sich nicht adäquat vertreten fühlen. Wir Jusos
37 wollen, dass die Jugend auf dem politischen Parkett mit auftritt und fordern deshalb
38 **Listenplätze für Jusos für Landtags- und Bundestagswahlen**. Für die Kommunalwahlen fordern
39 wir bei der Aufstellung der Kreistags- bzw. Stadtratslisten in jedem 5er Block mindestens einen
40 oder (alternativ) in jedem 10er Block mindestens zwei Plätze für KandidatInnen der
41 Jungsozialisten bzw. für KandidatInnen unter 35 Jahren zur Verfügung zu stellen. Die
42 Kreisvorstände werden außerdem aufgefordert, die Ortsvereine anzuhalten, bei der Erstellung
43 der Gemeinderatslisten gleichermaßen zu verfahren.“
44 Zudem ist die direkte Beteiligung Jugendlicher an Entscheidungsprozessen, in denen sie also
45 ein Stimmrecht haben, notwendig. Junge Menschen nehmen ständig Verantwortung wahr -
46 gegenüber ihren Geschwistern, im Sportverein oder Klassenverbund. Für die Ausgrenzung
47 Jugendlicher, wenn es um politische Verantwortung geht, werden meist Vorurteile angeführt

1 und unbegründete Ängste geschürt, etwa, dass sich Jugendliche für politische Kernthemen
2 nicht interessieren und sich in ihrer Wahlentscheidung an bestimmten "Randthemen"
3 orientieren würden. Dies trifft aber auch für erwachsene WählerInnen zu. Oder dass sich
4 Jugendliche noch zu sehr von anderen beeinflussen lassen oder dazu neigen, extreme Parteien
5 zu wählen - aber auch dies ist erwachsenen WählerInnen zuzuschreiben und ändert sich nicht
6 automatisch mit dem 18. Geburtstag. Wir Jusos fordern deshalb, das **Wahlalter für Wahlen auf**
7 **allen Ebenen auf 14 Jahre** herabzusetzen, denn die frühe Zuweisung von Verantwortung und
8 Beteiligungsmöglichkeiten fördert diese beiden Aspekte mehr als Ausgrenzung und Erklärung
9 von Unmündigkeit.

10 Um Kinder und Jugendliche stärker in Entscheidungs- und Verhandlungsprozesse
11 einzubeziehen, muss die Informationsvermittlung zu ihnen hin neu gestaltet werden. Das
12 Auslegen von Planungsunterlagen bei Bauvorhaben etwa ist zur Informationsvermittlung für
13 Kinder nicht adressatengerecht. Da Kinder und Jugendliche das Internet immer häufiger und
14 selbstverständlich als Informations- und Kommunikationsmedium verwenden, kann hier
15 wichtige Kontaktarbeit geleistet werden. Dort, wo es sinnvoll ist (in größeren Städten oder für
16 Landkreise) sollten, ähnlich wie es die Stadt Bielefeld mit der Website
17 <http://www.kinderrathaus.de/> macht, **Kinderwebsites eingerichtet und gepflegt werden**, auf
18 denen über die kommunalen Einrichtungen informiert wird und auf denen Filme und Podcasts
19 zu politischen Vorhaben vorgestellt werden. Auf diese Weise kann stärker gewährleistet
20 werden, dass Kinder und Jugendliche Informationsdefizite ausgleichen können.

21 Ein weiteres Mittel die Informationsdefizite der Jugendlichen aus zu gleichen ist die politische
22 Bildungsarbeit an den Schulen in Bayern aus zu bauen. Diese kommt oft viel zu kurz und wenn
23 kommt sie auch viel zu spät. Jugendliche sollten schon politische Aufklärung ab der Unterstufe
24 genießen und nicht erst ab dem Sozialkundeunterricht in der 10.Klasse. Besonders um eine
25 Herabsetzung des Wahlalters durch zu setzen sollten die Jugendlichen früh sich ihrer
26 politischen Mitbestimmungsmöglichkeiten bewusst werden.

27 Um die Partizipation von Kindern und Jugendlichen zu erhöhen, fordern wir die Schaffung
28 entsprechender Vorgaben und Maßnahmen, um **adäquate direkte Beteiligungsformen für**
29 **Kinder und Jugendliche an politischen Entscheidungsprozessen in Kommunen** flächendeckend
30 aufzubauen und zu verbreiten. Diese Kinder- und Jugendbeteiligungsformen sollen mit
31 entsprechenden personellen und finanziellen Ressourcen sowie mit Beschluss- und
32 Abstimmungsrechten ausgestattet werden, um eine qualitative Arbeit leisten und effektive
33 Einflussnahme gewährleisten zu können. Es muss darüber nachgedacht werden, wie ähnliche
34 Beteiligungsformen für Kinder und Jugendliche auch auf Landes-, Bundes-, und Europaebene
35 möglich sein können. Als personelle Ressource schlagen wir feste AnsprechpartnerInnen in den
36 Rathäusern vor, an die sich Kinder und Jugendliche in allen Belangen wenden können. Dies
37 müsste durch entsprechende Informationsvermittlungsmaßnahmen, etwa durch Besuch in
38 den Schulen, regelmäßig bekannt gegeben werden. Außerdem sollen Kommunalparlamente
39 mind. zweimal im Jahr **ein Kinder-/Jugendforum** veranstalten, in dem Kinder und Jugendliche
40 Anträge stellen können, für die gewählte KommunalpolitikerInnen Patenschaften
41 übernehmen.

Beschlusnummer: A 2

AdressatInnen: SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion“

1 **Resolution: Rechter Terror**

2 Die Enthüllungen über die Hintergründe der Taten der rechten Terrorgruppe
3 „Nationalsozialistischer Untergrund“ (NSU) haben uns tief erschüttert. Über mehr als ein
4 Jahrzehnt konnten die TäterInnen unbehelligt von staatlichen Stellen mindestens zehn Morde,
5 zwei Bombenanschläge und über ein dutzend Banküberfälle begehen. Unentdeckt konnten sie
6 in Bayern fünf Menschen ermorden, obwohl die Aufklärungsrate bei Mord oder Totschlag
7 normalerweise zwischen 95% und 98% liegt. Die Opfer dieser Gewalttaten und ihre
8 Angehörigen wurden teilweise von Sicherheitsbehörden und den Medien sogar noch zusätzlich
9 öffentlich diffamiert, indem der Hintergrund der Taten im Bereich der „Ausländerkriminalität“
10 gesucht, den Opfern Verwicklungen in kriminelle Machenschaften vorgeworfen und die Taten
11 als „Döner-Morde“ bezeichnet wurden. Ein rassistisch motivierter, rechtsterroristischer
12 Hintergrund wurde allenfalls am Rande in Erwägung gezogen.

13 Noch nach den rechtsextrem motivierten Anschlägen in Norwegen im letzten Sommer
14 schlossen deutsche Sicherheitsbehörden und InnenpolitikerInnen eine mögliche Bedrohung
15 durch Rechtsterrorismus aus. Dabei war eigentlich seit den Aktivitäten der Wehrsportgruppe
16 Hoffmann und dem Anschlag auf das Oktoberfest 1980, spätestens aber nach dem
17 Bekanntwerden der Anschlagspläne auf die Grundsteinlegung für das Jüdische
18 Gemeindezentrum in München für alle, die es sehen wollten, klar, dass es auch in Deutschland
19 nicht unerhebliches Potential für rechten Terror gibt. Allein nach der Wiedervereinigung
20 forderten rechte Übergriffe auf AsylbewerberInnen, MigrantInnen, Obdachlose, Punks und
21 andere Gruppen nach Schätzung zivilgesellschaftlicher Initiativen zwischen 150 und 180 Tote.
22 Regelmäßig zeigen auch Waffenfunde, über welche Arsenale rechtsextreme Personen und
23 Gruppen teilweise sogar legal verfügen.

24

25 **Aufklären**

26

27 Die Mordserie muss mit allem Nachdruck lückenlos aufgeklärt und alle UnterstützerInnen zur
28 Rechenschaft gezogen werden. Bisläng gibt es in dieser Hinsicht in Bayern keine
29 Ermittlungserfolge. Es ist weiterhin unklar, ob die Zelle in Bayern MitwisserInnen,
30 KundschafterInnen oder sonstige UnterstützerInnen hatte. Wir fordern daher die volle
31 Kooperation der bayerischen Behörden mit den im Bund und in anderen Bundesländern
32 eingerichteten Untersuchungsorganen. Die Staatsregierung muss alles in ihre Macht Stehende
33 tun, um das Versagen der bayerischen Sicherheitsorgane umfassend aufzuarbeiten. Die muss
34 öffentlich geschehen und darf nicht etwa auf die geheimen Sitzungen des Parlamentarischen
35 Kontrollgremiums beschränkt sein. Da die Staatsregierung weiterhin an ihrer Blockadehaltung
36 festhält, fordern wir die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses durch den bayerischen
37 Landtag.

38

39 **Gedenken, helfen und unterstützen**

40

41 Die Opfer der Terrorzelle dürfen nicht in Vergessenheit geraten. Das Gedenken muss dauerhaft
42 sein. So schnell wie möglich sind an den Tatorten Gedenktafeln oder andere Formen

1 dauerhaften öffentlichen Gedenkens zu errichten. Wir fordern zudem die Einrichtung einer
2 permanenten Gedenkstätte für alle Opfer rechter Gewalt an prominenter Stelle.
3 Bei der Gedenkfeier in Berlin wurde deutlich, wie groß die Belastung für die Familien und
4 Freunde der Opfer war. Das Ausmaß des Leids der Angehörigen der Opfer muss öffentlich
5 Anerkennung finden. Die Entschuldigungen der Bundeskanzlerin des und bayerischen
6 Innenministers sind aber nur ein erster Schritt. Die Angehörigen müssen materiell wie ideell
7 unterstützt werden. Die bisherige geleisteten Zahlungen werden den großen Belastungen
8 nicht gerecht, zumal in mindestens einem Fall die Zahlung mit Sozialleistungen verrechnet
9 wurde. Wir fordern eine deutliche Erhöhung der finanziellen Hilfen.
10 Ein Rückzug, ein Verstecken, ein Auswandern der Angehörigen wäre sicher ein weiterer Erfolg
11 für die TäterInnen. Daher müssen die Angehörigen darin bestärkt werden, sich in die
12 öffentliche Debatten einzumischen.

13

14 **Reformieren oder Abschaffen?**

15

16 Wir fordern auch eine grundsätzliche Diskussion über die Aufgaben, Struktur und Arbeit von
17 polizeilichem Staatsschutz und Verfassungsschutz. Gerade im Fall des Inlandsgeheimdienstes
18 Verfassungsschutz hat sich erneut und mit mörderischer Konsequenz gezeigt, dass dieses
19 Geschöpf des Kalten Krieges auf dem rechten Auge im besten Fall sehr unscharf sieht. Die
20 bereits bekanntgewordenen Verstrickungen verschiedener Verfassungsschutzämter in die
21 rechte Szene, und der grundsätzliche obrigkeitsstaatliche Charakter dieser Organisationen, die
22 kaum demokratischer Kontrolle unterworfen sind, lassen berechtigte Zweifel daran
23 aufkommen, ob diese Behörde für den Schutz von Grundrechten und Demokratie wirklich
24 geeignet sind. Daher muss ergebnisoffen diskutiert werden, ob es überhaupt möglich ist diese
25 Behörden grundlegend zu reformieren oder ob es nicht sogar sinnvoller wäre sie in ihrer
26 jetzigen Form abzuschaffen. Dabei muss jedoch klar sein, dass am Trennungsgebot von
27 polizeilicher und geheimdienstlicher Arbeit nicht gerüttelt werden darf und dass die
28 demokratische Kontrolle der Arbeit der Sicherheitsbehörden grundsätzlich dringend gestärkt
29 werden muss.

30 **Nazis bekämpfen – Repression alleine reicht nicht**

31

32 Die Forderung nach dem Verbot der NPD ist schon seit vielen Jahren fast schon zum Reflex
33 nach rechten Übergriffen geworden. Oft wird dies als eine Maßnahme dargestellt, die praktisch
34 alle Probleme mit Rechtsextremismus löst. Die verfassungsrechtlichen Hürden für ein
35 Parteienverbot sind zu recht hoch. Ein erneutes Scheitern eines NPD-Verbotsverfahrens wäre
36 fatal, da es der NPD und den von ihr vertretenen Positionen in manchen Augen quasi
37 höchstrichterliche Legitimation erteilen würde. Das Verbot der NPD kann bestenfalls ein kleiner
38 Teil einer umfassenderen Strategie gegen Rechts sein. Denn durch ein NPD-Verbot
39 verschwinden weder die in ihr organisierten Rechtsextremen noch Kameradschaften,
40 Autonome Nationalisten, Burschenschaften, die Vertreter der "Neuen Rechten", oder
41 rechtspopulistische und islamophobe Gruppen. Schon gar nicht verschwinden die rassistischen,
42 antisemitischen, sozialdarwinistischen und autoritären Einstellungen, die nicht nur in diesen
43 Kreisen sondern weit bis in die Mitte der Gesellschaft Verbreitung haben, wie die "Mitte"-
44 Studien der Friedrich-Ebert Stiftung und die "Deutsche Zustände"-Studien des Soziologen
45 Wilhelm Heitmeyer zur Verbreitung "gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit" zeigen.

46

47 **Engagement gegen Rechts anerkennen, schützen und fördern statt diffamieren**

1
2 Natürlich müssen alle gebotenen rechtsstaatlichen Mittel zur Bekämpfung der extremen
3 Rechten genützt und von rechten TäterInnen begangene Straftaten mit Nachdruck geahndet
4 werden. Es wäre jedoch grundlegend falsch, sich einseitig auf repressive Mittel zu verlassen, da
5 es mindestens genauso wichtig ist, dass sich möglichst viele BürgerInnen aktiv und langfristig
6 für Demokratie und Menschenrechte einsetzen und rechtem Gedankengut im Alltag und auf
7 der Strasse entschlossen entgegenreten. Dieses Engagement muss von staatlicher Seite
8 anerkannt und unterstützt werden anstatt z.B. durch die Extremismusklausel diskreditiert
9 und unter Generalverdacht gestellt zu werden. Bei vielen Protesten gegen rechte Aktivitäten
10 wurde friedliches Engagement gegen Rechts immer wieder durch die Sicherheitsbehörden
11 massiv erschwert, diffamiert und teilweise sogar kriminalisiert. Zudem kam es in den letzten
12 Monaten verstärkt zu Bedrohungen und tatsächlichen Übergriffen aus der extremen Rechten
13 gegen engagierte DemokratInnen.
14 Für uns Jusos ist das Eintreten gegen Faschismus, Rassismus und andere Formen
15 gruppenbezogene Menschenfeindlichkeit, für Demokratie und Menschenrechte zentraler
16 Bestandteil unseres Selbstverständnisses. Wir erklären uns daher mit allen solidarisch, die
17 friedlich Nazis entgegenreten und diese unsere Ziele teilen.
18 In diesem Zusammenhang fordern wir auch die Staatsregierung auf die Beobachtung der
19 Antifaschistischen Informations-, Dokumentations- und Archivstelle München e.V. (A.i.d.a.)
20 sowie der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes – Bund der Antifaschisten (VVN-BdA)
21 durch das Landesamt für Verfassungsschutz einzustellen. Beide Organisationen leisten seit
22 Langem wichtige Arbeit im Kampf gegen Rechtsextremismus. Aus den
23 Verfassungsschutzberichten 2009, 2010 und 2011 sind beide unverzüglich zu streichen
24 Wir fordern eine aktive staatliche Unterstützung für zivilgesellschaftliche und kommunale
25 Initiativen gegen Rechts sowie eine Ausweitung der schulischen und außerschulischen
26 Bildungsangebote in diesem Bereich. Der Freistaat Bayern bleibt hierbei sowohl finanziell wie
27 ideell weit hinter anderen Bundesländern zurück. Es fehlt an einer umfassenden Strategie im
28 Kampf gegen die extreme Rechte. Wir fordern daher ein bayerisches Landesprogramm gegen
29 Rechtsextremismus, für Demokratie und Weltoffenheit, das langfristige finanzielle und
30 politische Rahmenbedingungen für das Engagement gegen Rechts schafft und in dessen
31 Entwicklung und Umsetzung in diesem Bereich aktive zivilgesellschaftliche Akteure
32 maßgeblich mit einbezogen werden.

Beschlusnummer A 4

AdressatIn: SPD Landesparteitag

Weil nicht sein kann, was nicht sein darf-Rechtsterrorismus und Rechtsextremismus in Deutschland

Die Taten der Zwickauer Terrorzelle erschüttern Deutschland

36 Am 04. November 2011 werden in Eisenach zwei 34 und 38 Jahre alte Männer leblos in einem
37 fast völlig ausgebrannten Wohnmobil aufgefunden. Beide weisen einen Kopfschuss auf. In

1 Zwickau setzt eine 36-Jährige ihre Wohnung in Brand. Was zunächst nach dem Plot für einen
2 neuen Fernsehthriller klingt, war der Beginn einer Reihe schockierender Erkenntnisse – und
3 vielleicht auch eines der größten Skandale in der Ermittlungsarbeit der Sicherheitsbehörden.
4 Schnell wurde bekannt, dass es sich bei den drei Personen um Uwe Mundlos, Uwe Böhnhardt
5 und Beate Zschäpe gehandelt hat. Die drei bildeten den Kern des Terrornetzwerkes
6 „Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)“. Das Terrortrio hat seit 2000 eine blutige Spur
7 durch Deutschland gezogen, kaltblütig Menschen ermordet, und mindestens 14 Banküberfälle
8 verübt.

9 So soll das Trio im September 2000 den Blumenverkäufer Enver S. (38) in Nürnberg erschossen
10 haben. Im Juni wurde der in einer Änderungsschneiderei arbeitende Abdurrahim Ö. (48)
11 umgebracht – ebenfalls in Nürnberg. Im gleichen Monat wurde in einem Hamburger Markt der
12 30-jährige Süleyman T. (30) erschossen. Im August 2001 starb Habil K. (38) in einem Münchner
13 Gemüseladen. Nach drei Jahren vermeintlicher Ruhe wurde in Rostock erneut ein Opfer
14 erschossen, der 24-jährige Yunu T. Im Juni 2005 wurde mit Ismail Y. (50) bereits der dritte
15 Mensch in Nürnberg umgebracht. Wenige Tage später fiel in München Theodor B. den
16 Morden zum Opfer. Auch der Mord an der Heilbronner Polizistin Michèle K. im April 2007 wird
17 dem Trio zur Last gelegt.

18 Die schockierende Bilanz: Zehn Menschen wurden umgebracht. Neun davon verfügten über
19 einen Migrationshintergrund. Bei acht Opfern war dies ein türkisches, bei einem ein
20 griechisches. Eines der Mordopfer war Inhaber eines Dönerladens.

21 Mit diesen Erkenntnissen hat sich im öffentlichen Bewusstsein einiges verändert:

22 So wurde erstens deutlich, dass es sich bei den sog. „Döner-Morden“ nicht um
23 milieugebundene Gewalttaten handelt, die möglicherweise im Zusammenhang mit
24 organisierter Kriminalität stehen, sondern um rassistisch motivierte Morde. Genau dieser
25 Eindruck wurde jedoch, insbesondere auch von den Medien, mit dem Begriff der „Döner-
26 Morde“ erweckt. Damit wurde nicht nur die Dramatik dieser Gewalttaten geschönt und die
27 Opfer im Grunde genommen selbst zu Beschuldigten degradiert, sondern auch das Bild des
28 kriminellen Mitbürgers mit Migrationshintergrund bestätigt. Auch der Name der
29 Sonderkommission der Polizei, welche mit der Aufklärung der drei in Nürnberg begangenen
30 Morde befasst war, lässt diesen Eindruck gezielt entstehen. Sie heißt – auch heute nach dem
31 Bekanntwerden der wahren Motivation hinter den Gewalttaten – immer noch „SoKo
32 Bosphorus“.

33 Die zweite Erkenntnis, die man aus der Mordserie ziehen muss, ist die Tatsache, dass es in
34 Deutschland organisierte Formen rechtsextremistischer Gewalt gibt. Damit wurde eine neue
35 Qualität im Bereich des Extremismus erreicht – zumindest, wenn man den Aussagen der
36 politisch Verantwortlichen Glauben schenkt.

37 Noch im Juli 2011, nach den Anschlägen des norwegischen Rechtsextremisten Anders Behring
38 Breivik, der zunächst eine Bombe in der Hauptstadt Oslo zündete und dabei sieben Menschen
39 tötete, bevor er ein Zeltlager der norwegischen Jungsozialisten auf der Insel Utoya stürmte und
40 kaltblütig 69 Jugendliche ermordete, versicherte Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich es
41 gebe keinerlei Anzeichen für rechtsextremistischen Terror in Deutschland. Dies musste
42 Friedrich kein halbes Jahr später jedoch revidieren. Am 13. November 2011 gab der Minister eine

1 neue Einschätzung bekannt: „Es sieht so aus (...), als ob wir es tatsächlich mit einer neuen Form
2 des rechtsextremistischen Terrorismus zu tun haben“, hieß es nun fast schon kleinlaut. Auch
3 Kanzlerin Merkel zeigte sich angesichts der Mordserie der Zwickauer Zelle zunächst überrascht
4 und reagierte sehr zurückhaltend. Auf dem CDU-Bundesparteitag in Leipzig sagte sie, dass die
5 Vorgänge Strukturen erkennen ließen, „die wir uns so nicht vorgestellt haben. Deshalb heißt
6 es, immer wieder wachsam sein, gegen jede Form von Extremismus. In diesem Fall
7 wahrscheinlich auf Extremismus von der rechten Seite.“

8 Scheinbar haben Friedrich und Merkel vergessen, dass das Phänomen rechtsextremistisch
9 motivierten Terrorismus in Deutschland nicht neu ist. Die Mordserie der Zwickauer Terrorzelle
10 ist nicht das erste Ereignis dieser Art in der bundesdeutschen Geschichte.

11 **Rechtsterroristische Gewalttaten in der Bundesrepublik**

12 Am 26. September 1980 wurden bei einem rechtsextremistisch motivierten Bombenanschlag
13 auf dem Münchner Oktoberfest 13 Menschen getötet und mehr als zweihundert weitere
14 Personen zum Teil schwer verletzt. Der aus Donaueschingen stammende Täter, Gundolf Köhler,
15 der bei dem Anschlag selbst ums Leben kam, wurde von den Behörden als rechtsextremer
16 Einzeltäter eingestuft – und dass obwohl die Staatsanwaltschaft Verbindungen zwischen
17 Köhler und der „Wehrsportgruppe Hoffmann“, einem Zusammenschluss von Neonazis,
18 feststellen konnte. Bereits ein Jahr zuvor, im Mai 1979, wurden im sog. „Bückerburger Prozess“
19 erstmals Rechtsextremisten der „Aktionsfront Nationaler Sozialisten“ und der
20 „Wehrsportgruppe Hoffmann“ wegen Mitgliedschaft in einer kriminellen Vereinigung zu
21 mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Ihnen wurden unter anderem mehrere Raubüberfälle,
22 Volksverhetzung, Aufstachelung zum Rassenhass und diverse Gewalttaten zur Last gelegt. Das
23 Bundesinnenministerium verbot daraufhin im Januar 1980 die „Wehrsportgruppe Hoffmann“,
24 im November 1983 die „Aktionsfront Nationaler Sozialisten / Nationale Aktivisten“ und im
25 Januar 1982 die „Volkssozialistische Bewegung Deutschlands / Partei der Arbeit (VSBD/PdA)“.
26 Letztere sorgte für Schlagzeilen als Frank Schubert, Mitglied der VSBD, am Heiligabend 1980 in
27 Koblenz und Böttstein zwei Menschen erschoss, zwei Polizeibeamten verletzte und sich
28 schließlich selbst tötete. Am 20. Oktober 1981 kam es in München im Vorfeld eines geplanten
29 Banküberfalls zu einer Schießerei zwischen Mitgliedern der VSBD und der Polizei, in deren Ver-
30 lauf zwei Neonazis erschossen wurden.

31 Am 24. Juni 1982 tötete der Neonazi Helmut Oxner in Nürnberg bei einem Amoklauf drei
32 Menschen und verletzte drei weitere.

33 Im Januar 1984 steckte die „Gruppe Ludwig“ eine Münchner Bar in Brand. Einige Monate später
34 erlag die 20-jährige Bedienung Corinna Tatarotti ihren schweren Verbrennungen. Insgesamt
35 sollen zwischen 1977 und 1984 mehr als zehn Anschläge in Deutschland und Norditalien auf das
36 Konto der terroristischen „Gruppe Ludwig“ gehen. Die Bekenner schreiben der Gruppe ließen
37 dabei auf einen rechtsextremistischen und religiös-fundamentalistischen Hintergrund
38 schließen.

39 Am 16. Dezember 1988 verübte ein 19-jähriger Anhänger der „Nationalistischen Front“ einen
40 Brandanschlag auf ein überwiegend von Türken bewohntes Haus in Schwandorf. Dabei kamen
41 vier Menschen ums Leben. Das Motiv des Täters war Ausländerhass.

1 2003 konnte ein Anschlag auf die Münchner Synagoge verhindert werden. Für den Tag der
2 Grundsteinlegung am 09. November, dem Jahrestag der Reichspogromnacht, planten
3 Mitglieder der „Schutzgruppe“ der „Kameradschaft Süd“ um den 35-jährigen Martin Wiese
4 einen Sprengstoffanschlag. Im Zusammenhang mit den Anschlagplänen wurden insgesamt
5 acht Männer und Frauen zu mehrjährigen Haftstrafen verurteilt. Im Jahr 2005 wurde die
6 „Schutzgruppe“ als terroristische Vereinigung verboten. Ebenso die „Hilfsorganisation für
7 nationale politische Gefangene und deren Angehörige“, die seit dem Ende der 70er Jahre
8 rechtsextreme Terroristen unterstützte, welche inhaftiert worden waren.

9 **Todesopfer rechtsextremistischer Gewalt**

10 Trotz der genannten Ereignisse ist die Existenz von Rechtsterrorismus in Deutschland nie
11 dauerhaft bzw. in seiner vollen Tragweite und Gefährlichkeit in das Bewusstsein der politisch
12 Verantwortlichen, aber auch der Gesellschaft, gelangt. Gewalttaten wurden und werden
13 häufig als Taten Einzelner abgetan bzw. es wird erst gar kein rechtsextremistischer
14 Hintergrund erkannt. Anders ist es auch nicht zu erklären, dass eine erschreckend hohe
15 Differenz zwischen den offiziellen Opferzahlen rechtsextremer Gewalt und den
16 Rechercheergebnissen verschiedener Institutionen und Medien herrscht. Die Bundesregierung
17 benennt auf Basis der Polizeilichen Kriminalstatistik im Zeitraum von der deutschen
18 Wiedervereinigung bis 2009 insgesamt 47 Todesopfer rechtsextremer Gewalt, wohin gegen
19 eine (inoffizielle) Liste der Amadeu-Antonio-Stiftung für die Zeitspanne von 1990 bis 2011 182
20 Opfer benennt. Auch die Zahlen, welche der „Berliner Tagesspiegel“ und die „Frankfurter
21 Rundschau“ im Jahr 2000 in einem Bericht über Todesopfer rechtsextremer Gewalt in
22 Deutschland vorlegten, wiesen eine deutliche Diskrepanz zu den offiziellen Todeszahlen auf.

23 **Waffenfunde in der rechtsextremen Szene**

24 Mindestens genauso schockierend wie die Vielzahl von Opfern rechter Gewalt sind die
25 Waffenfunde, welche Jahr für Jahr bei Durchsuchungen und Razzien in der rechtsextremen
26 Szene sichergestellt werden. So teilt die Bundesregierung in ihrer Antwort vom 06. April 2009
27 auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE (Ds. 16/12329) mit, dass in den Jahren 2007 und
28 2008 insgesamt 667 Waffenfunde aus dem „Phänomenbereich der politisch motivierten
29 Kriminalität – rechts“ gemeldet worden sind, darunter vier Faustfeuerwaffen, eine Langwaffe,
30 zwei Kriegswaffen und 69 Spreng- und Brandvorrichtungen. Dass es sich dabei nicht (nur) um
31 Sammlerstücke handeln dürfte, zeigt die Tatsache, dass das Bundeskriminalamt 2007/2008
32 insgesamt 56 Brandanschläge und einen Sprengstoffanschlag durch mutmaßliche
33 Rechtsextremisten registriert hat. „Ziele dieser Anschläge waren unter anderem
34 Asylbewerberheime, Gaststätten/Imbisse von ausländischen Mitbürgern, Wohnungen und
35 Treffpunkte politischer Gegner“, so die Bundesregierung weiter. Zudem stellte die
36 Bundesregierung in ihrer Antwort fest, dass „für einen Teil der rechtsextremistischen Szene [...]“
37 „paramilitärische Wehrsportübungen“ von Belang [sind].“ Dennoch kommt die Regierung zu
38 dem Ergebnis: „Ungeachtet einer grundsätzlich gegebenen Affinität zu Waffen ist ein Trend
39 zur Bewaffnung innerhalb der rechtsextremistischen Szene nicht erkennbar.“

40 Auch hier stellt sich die Frage, ob diese Einschätzung nicht in gefährlicher, ja geradezu
41 fahrlässiger Weise, an der Realität vorbei ging, ob die Regierung nicht aus politischem Kalkül
42 heraus, die Augen vor der – zugegebenermaßen – unbequemen Wahrheit verschloss. So teilte
43 die Bundesregierung auf eine erneute Anfrage der Fraktion DIE LINKE mit, dass die Zahl der

1 sichergestellten Waffen in den Jahren 2009 und 2010 auf über achthundert angestiegen ist.
2 Vor allem die Anzahl der Schusswaffen hat sich dabei deutlich erhöht. So beschlagnahmten die
3 Behörden in den beiden Jahren insgesamt 16 Langwaffen, 15 Faustfeuerwaffen und acht
4 Waffen, die unter das Kriegswaffenkontrollgesetz fallen, darunter auch Maschinengewehre
5 und Handgranaten. Auch bei der Zwickauer Terrorzelle wurden zahlreiche Waffen
6 sichergestellt. So fand die Polizei bei Uwe Böhnhardt und Uwe Mundlos eine der gestohlenen
7 Dienstwaffen aus dem Heilbronner Polizistenmord. In der ausgebrannten Wohnung, welche
8 Beate Zschäpe gemeinsam mit Mundlos und Böhnhardt bewohnte, stellte die Polizei zudem
9 neun weitere Faustfeuerwaffen, eine Maschinenpistole und ein Gewehr sicher.

10 **Was wussten die Behörden?**

11 Nach und nach werden neue Erkenntnisse im Zusammenhang mit der Zwickauer Terrorzelle
12 bekannt. Inzwischen hat die Bundesanwaltschaft fünf mutmaßliche Unterstützer im Umfeld
13 des „Nationalsozialistischen Untergrunds“ festnehmen lassen – zuletzt in Düsseldorf den 31-
14 jährigen Carsten S. Ihm wird zur Last gelegt, dass er Beihilfe zu sechs vollendeten und einem
15 versuchten Mord geleistet habe, indem er der Terrorzelle eine Schusswaffe und Munition
16 verschafft und über Mittelsmänner dem NSU zugeführt haben soll.

17 Mit jeder neuen Erkenntnis über das Netzwerk der rechtsextremen Terroristen, welche enge
18 Kontakte zu Organisationen wie dem „Thüringer Heimatschutz“, der „Fränkischen
19 Aktionsfront“, der „Weißen Bruderschaft Erzgebirge“ oder der „Brigade Ost“ unterhielten,
20 gewinnen neue Fragen zunehmend an Brisanz: Was wusste der Verfassungsschutz? Hätte man
21 die Morde des NSU verhindern können? Wie konnte es zu den bekanntgewordenen
22 Ermittlungsspannen kommen?

23 Am 21. November 2011 räumte Heinz Fromm, Präsident des Bundesamtes für
24 Verfassungsschutz (BfV) in einer Sondersitzung des Innenausschusses eine schwere Niederlage
25 der Sicherheitsbehörden ein. Der Vorsitzende des Ausschusses, Wolfgang Bosbach (CDU),
26 erklärte, dass er „eine solche Fülle von Fehleinschätzungen und unterbliebenen Handlungen
27 noch nicht erlebt“ habe. Sechs Tage später führte Fromm die Fehleinschätzungen seines Amtes
28 detaillierter aus. Vor dem Jugendkongress des Zentralrates der Juden in Deutschland erklärte
29 er: „Wir haben die jetzt bekannt gewordenen Täter nicht wirklich verstanden. Wir haben die
30 Dimension ihres Hasses ebenso unterschätzt wie ihren Willen zur Tat. Die Ermordung von
31 Menschen aus dem einzigen Grund, weil sie als „fremdländisch“ empfunden werden, passt in
32 die Gedankenwelt der rassistischen Täter. Das wussten wir. Und wir konnten uns das als
33 Bombenanschlag oder als Brandstiftung vorstellen, aber nicht als eine kaltblütige Exekution.
34 Dabei hätte man es durchaus besser wissen können: Schließlich kennen wir die historischen
35 Vorbilder dieser Leute“.

36 Das Zwickauer Terrortrio war bereits in den 90-er Jahren polizeibekannt. So sollen die drei
37 Rechtsextremisten im Dezember 1996 mehrere Briefbombenattrappen mit Begleitschreiben an
38 die Polizeidirektion Jena, die Stadtverwaltung Jena und die „Thüringer Landeszeitung“ versandt
39 haben. In den Schreiben wurden der thüringische Innenminister und Ignatz Bubis, der damalige
40 Vorsitzende des Zentralrates der Juden, bedroht. Am 26. Januar 1998 wurde bei
41 Durchsuchungen bei Mundlos, Böhnhardt und Zschäpe „diverse pyrotechnische Gegenstände“,
42 „diverse chemische Substanzen“ sowie „Rohrstücke und vorbereitete Rohrbomben“
43 sichergestellt. Darüber hinaus auch Kabel, Farben, Knetmasse – und zwei Kilogramm TNT. Ein

1 Strafverfahren im Zusammenhang mit dem Versand der Briefbombenattrappen wurde jedoch
2 nach §170 (2) StPO eingestellt. In den Ermittlungsunterlagen gegen Uwe Böhnhardt, Uwe
3 Mundlos und Beate Zschäpe wegen des Verdachts von Straftaten nach §126 StGB (Störung des
4 öffentlichen Friedens durch Androhung von Straftaten), §311 StGB a.F. (Vorbereitung eines
5 Explosivverbrechens) und §86a StGB (Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger
6 Organisationen) kamen die Behörden zu folgendem Ergebnis (nachzulesen in der Antwort der
7 Bundesregierung auf eine Kleine Anfrage der Fraktion DIE LINKE auf Ds. 17/8292): Bei den
8 besagten Straftaten handele es sich „um mehrere Einzelverfahren mit einem Täter-
9 /Verdächtigenkreis mit wechselnder Teilnehmerzahl und wechselnder Täterbeteiligung“. Die
10 drei Tatverdächtigen wurden der „Kameradschaft Jena“ innerhalb des „Thüringer
11 Heimatschutzes (THS)“ zugeordnet, welcher jedoch „ein Geflecht mehrerer kaum strukturierter
12 Kameradschaften“ sei. Daraus zogen die Ermittlungsbehörden folgende Schlüsse: „Nach
13 Auffassung der zuständigen Staatsanwaltschaft handelt sich bei den Hauptverdächtigen Uwe
14 Böhnhardt, Uwe Mundlos und Beate Zschäpe um Einzeltäter, die die Straftaten weder für, noch
15 im Namen der beiden Gruppierungen (Anmerkung: „Thüringer Heimatschutz“ und „Anti-
16 Antifa-Ostthüringen“) oder einer eigens gegründeten Gruppierung begangen haben. Auch das
17 Bundesamt für Verfassungsschutz konnte zum damaligen Zeitpunkt keine organisierte
18 terroristische Struktur erkennen. So hieß es in einer Einschätzung zur Hausdurchsuchung vom
19 26.01.1998: „Obwohl ein Teil der Angehörigen des THS bereits durch Gewalttaten aufgefallen
20 ist, liegen keine Hinweise vor, nach denen diese Gruppierung systematisch Gewalttaten plant
21 oder vorbereitet. Es ist daher – vorbehaltlich der weiteren Ermittlungen – davon auszugehen,
22 dass die drei Tatverdächtigen unabhängig vom THS agierten.“ Auch das BfV ging also (wieder
23 einmal) von Einzeltätern aus, eine Einschätzung, welche sich als grundlegend falsch
24 herausstellen sollte. Im gleichen Jahr tauchte das Trio unter, zwei Jahre später brachte es sein
25 erstes Opfer um.

26 Ungeachtet der Fehleinschätzungen der Behörden und weiterer Pannen stellt sich die Frage,
27 wie es sein konnte, dass die drei Rechtsterroristen über zehn Jahre untertauchen und weiter
28 morden konnten. Und das, obwohl sie sich in einer Szene bewegten, welche von V-Leuten der
29 Verfassungsschutzbehörden durchsetzt ist, welche für ihre Tätigkeit in den vergangenen
30 Jahren Millionenbeträge erhielten. Hier muss zwangsläufig der Eindruck entstehen, dass das
31 System der V-Leute versagt hat bzw. der Staat im schlimmsten Falle die Aktivitäten der
32 rechtsextremen Szene sogar noch alimentiert hat.

33 **Reaktion der Verantwortlichen**

34 Mit dem Bekanntwerden der Mordserie des NSU reagierten politisch Verantwortliche und
35 Medien nach dem altbekannten Schema: Plötzlich waren Rechtsextremismus und rechte
36 Gewalt in aller Munde. Das Thema sicherte den Medien hohe Einschaltquoten bzw.
37 Auflagenzahlen und die Politik überschlug sich, angesichts der Medienresonanz und der
38 internationalen Beachtung, mit dem Versprechen der lückenlosen Aufklärung. Gleichzeitig
39 zeigte sich ein inzwischen manifestierter Beißreflex: Wie immer, wenn Gewalttaten mit
40 rechtsextremen Hintergrund publik werden, wird umgehend ein Verbot der NPD gefordert.
41 Inwieweit die Partei tatsächlich mit den Morden in Verbindung gebracht werden kann, ist in
42 diesem Moment eher nebensächlich. Es entstand zwischenzeitlich der Eindruck, dass mit der
43 forcierten Diskussion um ein erneutes NPD-Verbotsverfahren der Fokus der öffentlichen
44 Wahrnehmung gezielt auf ein anderes Thema geleitet werden sollte, um der unbequemen
45 Frage nach der Verantwortung bzw. den Versäumnissen einzelner Behörden, und hier

1 insbesondere des Verfassungsschutzes, aus dem Weg zu gehen, zumindest aber Zeit zu
2 gewinnen, um den Vorgang untersuchen zu können.

3 So hat die Amtsleitung des BfV am 14. November 2011 eine „Lageorientierte
4 Sonderorganisation“ ins Leben gerufen, welche sich der fachlichen Aufarbeitung der Vorgänge
5 widmen soll. Darüber hinaus wurde im Dezember 2011 das „Gemeinsame Abwehrzentrum
6 Rechtsextremismus“ (GAR) als Plattform für die Zusammenarbeit verschiedener
7 Sicherheitsbehörden mit der BfV-Komponente „Nachrichtendienstliche Informations- und
8 Analysestelle Rechtsextremismus“ (NIAS-R) eingerichtet. Das BfV und das Bundeskriminalamt
9 haben zusätzlich eine „Koordinierte Internetauswertung Rechtsextremismus“ (KIAR) installiert.

10 Die Bundesregierung hat zudem auf geplante Mittelkürzungen im Bereich des
11 zivilgesellschaftlichen Engagements gegen Rechtsextremismus verzichtet.

12 Auf politischer Ebene hat am 26. Januar 2012 ein Parlamentarischer Untersuchungsausschuss
13 unter Vorsitz von Sebastian Edathy die Arbeit aufgenommen. Der Ausschuss soll klären,
14 welches Unterstützernetzwerk das Terrortrio hatte, ob Hinweise auf internationale
15 Verbindungen des NSU vorlagen, welche Rolle die V-Leute für die Sicherheitsbehörden spielten,
16 wie die Terrorzelle an Waffen gelangen konnte und ob bei den Behörden ggf. vorhandenes
17 Beweismaterial vernichtet worden ist, wie die Medien immer wieder berichten.

18 **Forderungen**

- 19 • Angesichts der gravierenden Ermittlungsspannen und Versäumnisse der
20 Sicherheitsbehörden begrüßen wir die Einrichtung des Untersuchungsausschusses und
21 fordern eine lückenlose Aufklärung der Vorfälle im Zusammenhang mit der Mordserie
22 des NSU. Darüber hinaus soll in einer weiteren Bund-Länder-Kommission aufgeklärt
23 werden, welche Informationen auf Länderebene gewonnen wurden, wie sie bewertet
24 worden sind und welche Daten zwischen den einzelnen Landesbehörden und den
25 Bundesbehörden ausgetauscht wurden.
- 26 • Wir fordern eine Abschaltung der aktiven V-Leute und eine Überprüfung des Personals
27 in den Behörden. Die Vorgänge um die Zwickauer Terrorzelle haben deutliche Mängel
28 des Einsatzes von V-Leuten gezeigt und stellen diese Praxis der Informationsgewinnung
29 per se in Frage. Darüber hinaus fordern wir eine Überprüfung aller Beschäftigten in den
30 Verfassungsschutzbehörden bzgl. einer rechtsextremistischen Einstellung.
- 31 • Die eklatante Fehleinschätzung der Gewaltbereitschaft rechtsextremer Aktivisten und
32 die Fehler bei der Ermittlungsarbeit machen eine grundlegende Neubeurteilung auch
33 vergangener Gewalttaten notwendig. Aus diesem Grund fordern wir die erneute
34 Überprüfung der Ermittlungsverfahren in den von der Amadeu-Antonio-Stiftung
35 benannten Fällen.
- 36 • Um künftig eine objektivere Bewertung rechtsextremistisch motivierter Gewalttaten
37 vornehmen zu können, sind detailliertere bundeseinheitliche Vorgaben für die
38 Kategorisierung erforderlich.
- 39 • Wir fordern eine strengere Kontrolle von polizeilich bekannten Rechtsextremisten, ins-
40 besondere hinsichtlich des Waffenbesitzes.
- 41 • Wir fordern die Extremismus- beziehungsweise Demokratieklausel auf der Stelle
42 abzuschaffen. Gesellschaftliches Engagement darf nicht durch einen konservativ
43 ideologischen Extremismusbegriff geschwächt werden. Wir fordern ein klares

- 1 Bekenntnis zum Antifaschismus.
- 2 • Wir fordern institutionelle statt projektbezogene Förderung der zivilgesellschaftlichen
- 3 Bündnisse, um politisches Kalkül bei der Vergabe von Mitteln an antifaschistische,
- 4 demokratische Initiativen zu vermeiden.

Beschlusnummer: A 9

5 Adressat: Landtagsfraktion des Bayrischen Landtags

6

Nachbesserung des Asylrechts

8 Der Bayerische Landtag möge beschließen, Art. 7 Abs. 5 S. 3 a.E. Bay DV Asyl („sie soll die

9 Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern.“) ersatzlos zu streichen.

10

11 Die Zustände in vielen Asylbewerberunterkünften sind menschenunwürdig und Ausdruck einer

12 verkehrten Asylpolitik. Das Abschreckungssystem gegen Flüchtlinge, das gesetzlich errichtet

13 wurde, hat zum Ziel die Lebensbedingungen von Flüchtlingen, die nach Deutschland kommen,

14 so unattraktiv wie möglich zu gestalten. Hierunter fallen die Lagerpflicht, das

15 Sachleistungsprinzip, das Arbeitsverbot oder die Residenzpflicht.

16 Die Bundesrepublik Deutschland ist bereits für ihre fehlgeleitete Flüchtlingspolitik scharf von

17 der „Sozialkommission der Vereinten Nationen“ gerügt worden.

18

19 Flüchtlinge erhalten unzureichende Sozialleistungen und eine mangelhafte medizinische und

20 therapeutische Versorgung. Die strikte Lagerpflicht für Flüchtlinge ist jedoch eine bayerische

21 Besonderheit. Nur wenige Bundesländer können bei dieser rigiden Ausgrenzung von

22 Flüchtlingen mithalten. Viele Flüchtlinge sind über Jahre hinweg ohne jegliche Perspektive

23 gezwungen, in Sammellagern unter erschreckenden Bedingungen zu leben. Diese Praxis, die

24 Flüchtlinge unter unwürdigsten Bedingungen kasernieren, soll gemäß der Bayerischen

25 Asyldurchführungsverordnung (DV Asyl) dazu beitragen „die Bereitschaft zur Rückkehr in das

26 Heimatland fördern“ (Art. 7 Abs. 5 S. 3 a.E.). Diese Menschen sollen in Deutschland so schlecht

27 behandelt werden, dass sie freiwillig und möglichst schnell wieder in ihre Heimatländer

28 aufbrechen wollen. Doch gerade dies ist bei vielen unmöglich. Es handelt sich nicht um

29 freiwillige Deutschlandbesucher, sondern um Menschen, die aus Furcht vor Tod oder Folter ihre

30 Heimat verlassen mussten.

31

32 Dem Staat fällt auch bei Flüchtlingen eine Schutzpflicht zu, zumal er diesen selbst die

33 Entscheidung darüber abnimmt, wie und wo diese leben wollen. Die Menschenrechte gelten

34 ebenso für Flüchtlinge. Daher muss der Staat auch seine Verantwortung für den Schutz der

35 Menschenwürde, von Ehe und Familie, Intimsphäre sowie körperlicher Unversehrtheit ernst

36 nehmen. Dieser Pflicht muss auch der Freistaat Bayern in Form seiner Verordnungen und

37 Gesetze nachkommen. Art. 7 Abs. 5 S. 3 a.E. Bay DV Asyl ist nicht mit diesen Schutzpflichten zu

38 vereinbaren und muss daher ersatzlos gestrichen werden.

39

40 Ein Staat mit der Geschichte und der historischen Verantwortung Deutschlands kann nicht so

41 unwürdig mit Menschen umgehen, die in ihren Heimatländern schlimmste Traumata erlitten

42 haben und aus ihrer Heimat fliehen mussten. Der Bayerische Landtag wird daher aufgefordert

43 Art. 7 Abs. 5 S. 3 a.E. Bay DV Asyl ersatzlos zu streichen.

1 Menschenwürdiger Umgang mit Flüchtlingen in den bayerischen 2 Erstaufnahmestelle für AsylbewerberInnen

3 Die Situation in den bayrischen Erstaufnahmestelle für AsylbewerberInnen ist alarmierend.
4 Menschenunwürdige Zustände werden bewusst erzeugt und toleriert, um eine Integration in
5 die Gesellschaft bereits von der Erstaufnahme an zu verhindern. Mangelnde Selbstbestimmung,
6 Isolation und ungewisse Aufenthaltsdauer bestimmen den Alltag von 10.149 Flüchtlingen in 126
7 bayrischen GU's (laut bayrischem Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung. Stand vom
8 29.02.2012). Dieser Umgang mit Menschen bedarf einer dringenden Änderung. Da sich die
9 Zuständigkeitsbereiche oft überschneiden, sollte die Verantwortlichkeit gewisser Instanzen
10 generell geklärt und von da ab eine Verweisung unmöglich gemacht werden.

11
12 Langfristig bekräftigen wir unsere Beschlusslage und fordern die Abschaffung des
13 Asylbewerberleistungsgesetz. Damit verbunden die Abschaffung des Sachleistungsprinzips, die
14 Abschaffung der Gemeinschaftsunterkünfte (GU), sowie die Abschaffung der Residenzpflicht
15 und die Abschaffung des grundsätzlichen Arbeitsverbots.

16
17 Deshalb fordern die Jusos Bayern kurzfristig von der Stadt und den Kommunen:

18
19 Die kostenlose Nutzung von öffentlichen Verkehrsmitteln für AsylbewerberInnen. Eine derartige
20 Nutzung bleibt Flüchtlingen, die auf ein monatliches Budget von 40,90 Euro angewiesen sind,
21 meist verwehrt. Hierfür bieten sich bereits bewährte Systeme, wie das „Semesterticket“ an, mit
22 dem nicht nur Verkehrsmittel, sondern auch kulturelle Veranstaltungen besucht werden
23 können.

24
25 Es darf keine Gebühr für die Stellung eines Antrages auf Verlassen des Bezirkes erhoben werden.

26
27 Auf Sachleistungen, wie vorbestimmte und immer gleiche „Essenspakete“ und Hygieneartikel,
28 sollte generell verzichtet und stattdessen ein Bargeldsystem eingeführt werden.

29
30 Außerdem muss eine sowohl medizinische als auch psychologische Versorgung gewährleistet
31 sein.

32
33 Die Zusammenarbeit und Unterstützung der haupt- und ehrenamtlichen Mitarbeiter seitens der
34 Behörden sollte intensiviert werden, vor allem beim Aufbau eines „Patensystems“.

35
36 Eine Ausweispflicht für Besucher beim Betreten der GU's muss abgeschafft werden. Die GU's
37 dürfen ausschließlich in Gebieten mit angemessener Infrastruktur angesiedelt werden, sodass
38 Behördengänge nicht zu einem unbezahl- und unüberwindbaren Hindernis werden.

39
40 Ein verbindlicher Sprachunterricht muss bei Aufnahme in eine GU gewährleistet sein.

41

1 Die maximale Aufenthaltsdauer in GU's darf drei Monate betragen. Danach müssen die
2 Flüchtlinge in dezentralen, staatlichen Unterkünften untergebracht werden und ein
3 Auszugsrecht in private Wohnungen besitzen.

4

5 Die Flüchtlinge müssen beim Auszug aus einer GU eine Arbeitserlaubnis erhalten und dies
6 unabhängig vom Anerkennungsstatus.

7

Wirtschaft und Finanzen

Beschlusnummer: B 4

AdressatInnen: SPD Landesparteitag

1

2 Die Probleme der Währungsunion und mögliche Lösungsansätze

3 1.) Die Entwicklung der EU und deren Gründe

4

5 In den letzten Wochen und Monaten gab es innerhalb der europäischen Währungsunion viele
6 negative Entwicklungen zu verzeichnen. Angefangen mit Griechenland und Irland, kamen auch
7 Portugal, Spanien und Italien in den Strudel vom Spekulant und es wird immer unsicherer,
8 ob diese Länder ihre Schulden weiterhin bedienen können. Selbst in stabilen Ländern wie
9 Belgien steigen die Zinsen und die Differenz zu den „sicheren“ deutschen Staatsanleihen.¹

10 Doch wieso gibt es in diesen Ländern solche Probleme, wo doch, als die EU gegründet worden
11 war, ein Stabilitäts- und Wachstumspakt ins Leben gerufen wurde, der die Stabilität des Euros
12 garantieren sollte. Dieser besagt, dass ein Land maximal 3 %, in Relation zum BIP, neue
13 Schulden aufnehmen durfte und die Schuldengrenze bei 60 % des BIP's liegen darf. Sonst
14 drohen den Ländern Sanktionen in Form von Geldstrafen. Auch wurde eine Transferunion
15 kategorisch ausgeschlossen. Es gab also keinerlei Gründe oder Gesetze, die ein
16 verantwortungsloses „über die Verhältnisse“ leben auch noch bestärkten, da ja Nachbarländer
17 einspringen, falls es schiefgehen würde. Es bestand zu keinem Zeitpunkt ein sogenanntes
18 „Moral Hazard“ Problem.

19 Und trotzdem stehen heute viele Länder vor dem Kollaps. Griechenland, Portugal und Irland
20 können sich zu vernünftigen Zinsen nicht mehr am Kapitalmarkt refinanzieren, Spanien steht
21 kurz davor. Doch warum hat dieser Stabilitätspakt scheinbar nicht funktioniert?

22 Viele Experten meinen, der Stabilitätspakt wurde nicht streng genug angewandt, und somit
23 hatten andere Länder Anreize über die Verhältnisse zu leben. Doch ist das richtig?

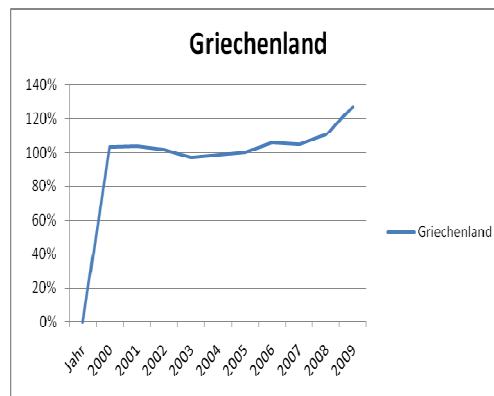
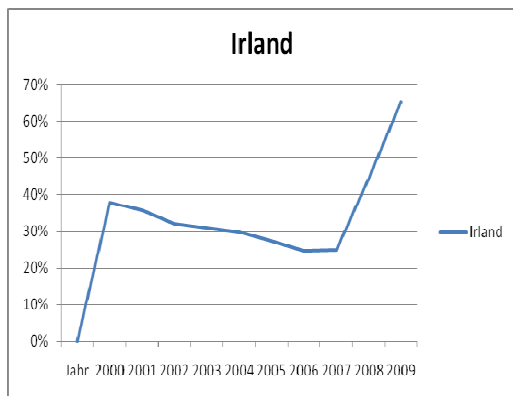
24 Betrachten wir mal die Länder Griechenland und Irland und deren Haushaltsentwicklungen.²

25

¹ <http://www.ftd.de/politik/europa/:dauerkrise-wie-belgien-zerbroeselt/50213541.html>

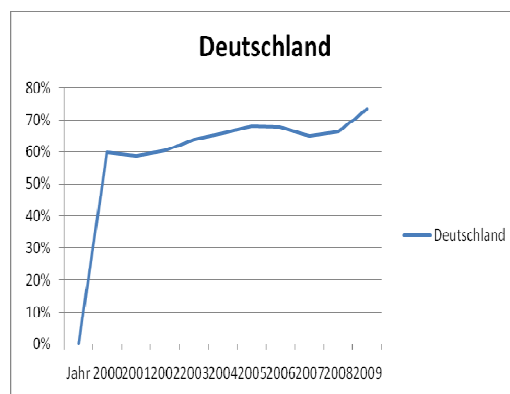
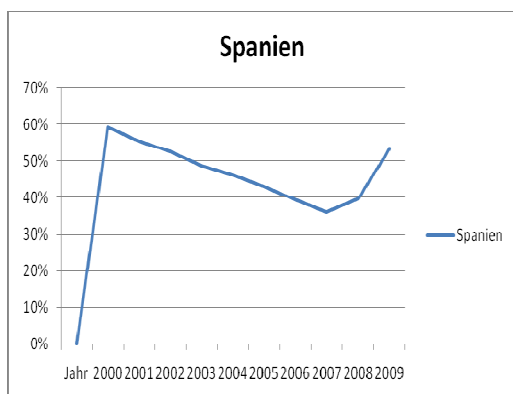
² Statistiken:

<http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&plugin=1&language=de&pcode=teina220>



1
2

3 Hier kann man zwei Sachen herauslesen: Als Griechenland in die EU eintrat, hat sich dessen
 4 Haushalt eher positiv als negativ entwickelt. Die Kriterien des Stabilitäts- und
 5 Wachstumspaktes wurde von Griechenland, auch dank sinkender Zinsen, auf alle Fälle erfüllt.
 6 In Irland ist die Entwicklung sogar viel positiver. Nicht nur, dass sie alle Kriterien erfüllt haben –
 7 sie konnten ihren Haushalt sogar nominal zurückführen, vor allem dank einer wirtschaftlich
 8 sehr positiven Entwicklung. Eine Gemeinsamkeit hatten sie aber: Nach dem Ausbruch der
 9 Finanzkrise sind deren Haushaltsschulden explodiert. Man hat hier private Schulden, vor allem
 10 die des Finanzsektors, sozialisiert, ohne dabei große konjunkturstabilisierende Maßnahmen,
 11 wie einen höheren staatlichen Konsum, verglichen wie in Deutschland, durchzuführen.
 12 Dieselbe Entwicklung gab es in Spanien, wie folgende Graphik zeigt:



13

14 Verglichen mit der deutschen Haushaltsentwicklung haben alle Länder eine weitaus positivere
 15 Performance hingelegt.

16 Um diese Entwicklung zu bewerten, muss man folgende Sachen zur Kenntnis nehmen.

- 17 • Die jetzt gefährdeten Länder haben vor der Finanzkrise besser abgeschnitten als
 18 Deutschland
- 19 • Zwar hat Griechenland das Kriterium von 60 % Haushaltsdefizit in Relation zum
 20 BIP jedes Jahr gebrochen, Deutschland's Schuldenstand stieg aber auch vor der
 21 Krise auf über 60 %. Dennoch gilt Deutschland heute als das stabilste Land
 22 innerhalb der EU.

23

1 Man kann nur zu einem Schluss kommen, dass dieser Währungs- und Stabilitätspakt nicht die
 2 erwünschte Wirkung erzielte. Die Frage lautet auch, wieso Deutschland um soviel stabiler gilt
 3 als die Länder Irland, Spanien oder auch Portugal, obwohl die Haushaltsentwicklung weitaus
 4 schlechter war als in den genannten Ländern. Die Zinsen sind weiterhin niedrig und auch die
 5 Wachstumsraten sind höher als in anderen Ländern der EU. Auch kann das Argument des „über
 6 die Verhältnisse“ leben, wie zum Beispiel es Wolfgang Schäuble immer wieder betont, nun
 7 wirklich nicht in Betracht gezogen werden. Es scheint so, als ob der alleinige Fokus auf die
 8 Haushalte von Volkswirtschaften nicht die gewünschten Resultate bringt. Die
 9 Haushaltsschulden alleine sagen nichts über die Verhältnisse einer Volkswirtschaft aus. Man
 10 muss, um eine Volkswirtschaft und deren Entwicklung besser bewerten zu können, auch
 11 Unternehmen und Privathaushalte in Betracht ziehen. Wenn dessen Verschuldung steigt und
 12 steigt, können sich sogenannte Blasen bilden (wie z.B. eine Immobilienblase wie in den USA
 13 oder auch in Spanien) und auch platzen (schneller Wertverfall, Schulden können nicht mehr
 14 bedient werden etc. pp.) und der Staat muss einschreiten um Schlimmeres zu verhindern.
 15 Genau dies ist in Spanien oder auch in Irland passiert. Während die Staaten sich in
 16 Wachstumszeiten konsolidieren konnten, häufte der Privatsektor Schulden auf, die sie im
 17 Ausland aufgenommen haben. Als das Wachstum nachlies, die Wettbewerbsfähigkeit sank
 18 (v.a. ggb. Staaten wie Deutschland die eine Politik der Lohnrückhaltung ausübten), zogen
 19 ausländische Gläubiger das Geld ab und stellten die Privathaushalte vor große Probleme. Der
 20 Staat musste eingreifen, viele Banken retten (wie zum Beispiel in Großbritannien) und
 21 wandelte private Schulden in Staatsschulden um. Die Folge war, dass die Haushaltsdefizite
 22 explodierten.³

23 Schauen wir uns mal die Leistungsbilanzsalden der EU Länder an um vielleicht hier einen
 24 besseren Blick für die Problematik zu kriegen.⁴

Jahre	Deutschland	Irland	Spanien	Griechenland	Portugal
	in % des BIPS	in % des BIPS	in % des BIPS	in % des BIPS	in % des BIPS
2000	-1,70%	-0,40%	-4,00%	-7,80%	-10,20%
2001	0,00%	-0,70%	-3,90%	-7,30%	-9,90%
2002	2,10%	-0,90%	-3,30%	-6,80%	-8,10%
2003	1,90%	0,00%	-3,50%	-6,60%	-6,10%
2004	4,70%	-0,60%	-5,30%	-5,90%	-7,60%
2005	5,10%	-3,50%	-7,40%	-7,40%	-9,50%
2006	6,50%	-3,50%	-9,00%	-11,30%	-10,00%

³ <http://www.nachdenkseiten.de/?p=8022>

⁴ Quelle: OECD - <http://www.oecd-ilibrary.org/sites/factbook-2010-en/03/01/05/index.html?contentType=/ns/StatisticalPublication,/ns/Chapter&itemId=/content/chapter/factbook-2010-24-en&containerItemId=/content/serial/18147364&accessItemIds=&mimeType=text/html>

2007	7,90%	-5,30%	-10,00%	-14,50%	-9,40%
2008	6,70%	-5,30%	-9,60%	-14,50%	-12,10%

1

2 Wie man hier deutlich sieht hat Deutschland seit 2002, als der Aufschwung innerhalb der EU
3 schon länger am Laufen war, große Leistungsbilanzüberschüsse angehäuft.⁵ Die
4 Leistungsbilanz zeigt die Güterströme auf, die ein Land mit dem Ausland tätigt. Ist diese Bilanz
5 positiv produziert ein Land mehr als es selber benötigt, exportiert mehr Waren und
6 Dienstleistungen als es importiert. Wenn diese Bilanz immer positiver wird, bedeutet dies
7 auch, dass es die Waren besser am Weltmarkt anbieten kann als seine Konkurrenten. Die
8 Wettbewerbsfähigkeit nahm in Deutschland also im Zeitablauf zu, während die
9 Wettbewerbsfähigkeit der anderen Länder deutlich abnahm, auch beim „keltischen Tiger“
10 Irland. Exportiert ein Land auf Dauer mehr Waren oder Dienstleistungen ins Ausland, als es
11 importiert baut sie eine riesige Forderungsposition gegenüber dem Ausland auf. Dies ist auch
12 Grund, warum deutsche Banken die Rettung Irlands so sehr gefordert haben, da sie viele Mrd.
13 an Forderungen gegenüber dem Land aufgebaut haben. Damit das Ausland diese Schulden
14 irgendwann mal bedienen kann, müsste es selber Leistungsbilanzüberschüsse erzielen.⁶ Dies
15 ist in den Ländern nicht passiert, auch heute haben die meisten Länder noch Defizite zu
16 verzeichnen, während Deutschland wohl wieder neue Rekordhöhen in der Leistungsbilanz
17 erzielen wird. Im Jahr 2000 sieht man, dass auch Deutschland noch Leistungsbilanzdefizite
18 verzeichnen musste. Jetzt stellt sich die Frage wie es Deutschland schaffen konnte, seine
19 Wettbewerbsfähigkeit seit dem zu verbessern. Zwei Indikatoren wären dafür
20 ausschlaggebend: Eine gesteigerte Produktivität oder die Lohnentwicklung. Für die
21 Leistungsfähigkeit einer Volkswirtschaft werden die Lohnstückkosten herangezogen, die die
22 Löhne in Relation zur Produktivität setzen. Diese Größe ist ein bedeutender Faktor um die
23 Wettbewerbsfähigkeit eines Landes innerhalb einer Währungsunion zu messen.

24 Kurz eine Erklärung zu den Lohnstückkosten. Hier werden Lohnkosten in Relation zur
25 Produktivität gesetzt. Höhere Lohnkosten bedeuten nicht automatisch eine schlechtere
26 Wettbewerbsfähigkeit, denn die Produktivität könnte dies ausgleichen. Deshalb sind die
27 Lohnstückkosten ein guter Indikator für die Leistungsfähigkeit. Nachfolgend ein kurzer
28 Überblick über deren Entwicklung:⁷

29

Jahre	Deutschland	Irland	Spanien	Portugal	Griechenland	Durchschnitt EU
2002	0,70%	0,10%	2,90%	3,30%	10,10%	2,50%
2003	0,90%	3,40%	2,90%	3,80%	1,50%	2,20%
2004	-0,40%	4,00%	2,50%	1,00%	2,20%	0,80%

⁵ IMK Report Nr. 53, August 2010

⁶ Vgl. Bofinger, Flassbeck oder Horn (Institut für Makroökonomik und Konjunkturforschung)

⁷ WKO: Wirtschaftskammer Österreichs.

2005	-1,00%	5,10%	3,20%	3,60%	3,70%	1,40%
2006	-1,60%	3,60%	3,40%	0,90%	2,40%	1,00%
2007	-0,10%	3,50%	4,00%	1,20%	3,60%	1,50%
2008	2,40%	5,90%	4,90%	3,20%	5,70%	3,60%
2009	5,10%	-0,60%	1,00%	3,50%	3,90%	4,00%
2010	-1,20%	-5,60%	-1,10%	-0,50%	-0,40%	-0,70%

1

2 Man sieht ganz deutlich, wie Deutschland ihre Lohnstückkosten im Vergleich zu den anderen
3 Ländern gesenkt hat. Nicht nur, dass die eigenen Lohnstückkosten gesenkt worden sind, die
4 anderen Länder konnten hier einen großen Zuwachs verzeichnen und verschlechterten somit
5 ihre Leistungsfähigkeit im Vergleich zu Deutschland erheblich. Das dadurch die
6 Exportüberschüsse Deutschlands nicht geringer, sondern größer werden überrascht nicht.

7 Durch diese Entwicklung erhöhte sich die Verschuldung der Länder gegenüber Deutschland
8 und anderen Ländern, die diese Politik verfolgt haben (z.B. auch Österreich / Niederlande).
9 Ohne eine Währungsunion könnten diese Länder ihre Währung, also den Außenwert des
10 Geldes, abwerten, damit sie die Produkte am Weltmarkt billiger anbieten könnten und somit
11 wäre die Leistungsfähigkeit wieder hergestellt. Dies ist aber im Euro-Raum nicht möglich.
12 Somit müsste die Lohnpolitik innerhalb dieses Raumes viel besser koordiniert werden, damit
13 ein Gefälle zwischen Ländern nicht entstehen kann. Oftmals wird eingeworfen, dass andere
14 Länder keine Produkte oder Dienstleistungen anbieten können(dass eben Deutschland mehr
15 importieren kann) um ihr Defizit senken zu können. Dies ist aber großer Schwachsinn und
16 würde zum Beispiel das Leistungsbilanzdefizit im Jahr 2000 nicht erklären. Denn welche
17 Produkte hat Deutschland 2001 auf einmal erfunden gehabt, die diese Exportüberschüsse
18 erklären könnten? Keine!

19 Eine andere Erklärung wäre die gesteigerte Produktivität in diesem Zeitraum. Das könnte die
20 Produktion so günstig gemacht haben, dass Deutschland diesen Wettbewerbsvorteil erzielen
21 konnten. Eine weitere Möglichkeit wäre, dass man an der Lohnschraube gedreht hat. Auch
22 dadurch kann man die Produktion, relativ gesehen zu den anderen Ländern, günstiger
23 gestalten. Auch hier hat das Institut für Makroökonomik und Konjunkturforschung in seinem
24 Report „Mit dem Export aus der Krise?“ diese zwei Bestandteile gegenüber gestellt. Man sieht
25 deutlich, dass die Arbeitsproduktivität je Stunde sich schlechter als in anderen EU Staaten
26 entwickelt hat. Dies kann also die günstige Produktion nicht erklären, eigentlich hätte
27 Deutschland dadurch eher ein Leistungsbilanzdefizit einfahren müssen. Doch die Entwicklung
28 des Effektivlohns zeigt deutlich, dass Deutschland hier eindeutig den anderen EU Partnern
29 hinterherhinkt. Die Entwicklung ist hier sehr besorgniserregend und erklärt auch wie
30 Deutschland ihre Lohnstückkosten senken konnte – durch eine reine Lohnzurückhaltung, die
31 auch politisch unter rot-grün gewollt war, da ja der hohe Lohn dafür schuld sei, dass es so viele
32 Arbeitslose in Deutschland gab, was natürlich nicht richtig ist.

1 Auch im Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland wurde der Grundsatz des
2 außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes festgelegt. Dies wurde aber in den letzten Jahren nicht
3 erreicht und sogar politische Maßnahmen ergriffen, die diese Diskrepanz noch gefördert
4 haben. Auch einige renommierte Politiker in der EU (Lagarde, Juncker u.a.) oder auch von
5 außerhalb (Geithner u.a.) haben dieses Problem erkannt und schon konkrete Vorschläge
6 gemacht, wie man dies begrenzen oder umkehren könnte. Geithner hat einen Zielkorridor
7 vorgeschlagen, in dem der Exportüberschuss nicht mehr als fünf Prozent des BIPs ausmachen
8 darf. Rainer Brüderle hat dies als planwirtschaftliches Denken bezeichnet und somit abgelehnt.
9 Welch' geistiges Kind Herr Brüderle ist und war ist seitdem nicht zu übersehen.

10

11

12 2.) Forderungen der Jusos Bayern

13

14 Im ersten Abschnitt wurde deutlich gezeigt, dass der Umstand der übermäßigen Steigerung der
15 Exporte nicht gesund ist. Dies konnte nur funktionieren, weil andere Länder ein großes
16 Lohnwachstum zu verzeichnen hatten und dementsprechend unsere Waren auch
17 abgenommen haben. Doch dies hat nicht gereicht. Sie haben sich systematisch bei den
18 deutschen Unternehmen und Banken verschuldet. Als die Blase platzte, konnte der
19 Schuldendienst nicht mehr gewährleistet werden und die Wirtschaft brach zusammen, auch
20 bei uns mit einem Minus von mehr als 5 Prozent des BIPs. Nur durch konjunkturstabilisierende
21 Maßnahmen konnte ein Ausufer der Arbeitslosigkeit verhindert werden.

22 Doch was ist zu tun? Wie kann man die Gleichgewichte in einer Währungsunion wieder
23 herstellen?

24 Es gibt mehrere Möglichkeiten dies zu erreichen. Entweder die Staatschefs sind sich einig, dass
25 einige Länder (wie zum Beispiel Griechenland) nicht wettbewerbsfähig genug sind und aus der
26 Währungsunion austreten müssen oder sollen, dann wird, unserer Meinung nach, der
27 Währungsraum über kurz oder lang zusammenbrechen, da das Vertrauen komplett verloren
28 gehen würde. (Das Gleichgewicht würde dann über eine Währungsabwertung wieder
29 hergestellt, welches allerdings mit einem Schuldenfiasko enden könnte) Ein anderes Szenario
30 wäre, dass die starken Länder (wie Deutschland) erkennen, dass für sie selber der
31 Währungsraum essentiell wichtig ist für die wirtschaftliche Entwicklung, man aber selber
32 keinen Millimeter von der eingeschlagenen Politiklinie abweichen will. Dann wäre die
33 Konsequenz eine Transferunion zu installieren um der hohen in den anderen Ländern zu
34 begrenzen.

35 Ein anderer Weg wäre die Politik besser abzustimmen und hier geht es gar nicht um die
36 Festlegung irgendwelcher Steuersätze, wobei zumindest wünschenswert wäre, wenn die
37 Unternehmen und das Kapital wesentlich stärker in die Verantwortung gezogen werden sollen
38 als bisher und das im gesamten Währungsraum. Es geht darum die wirtschaftliche
39 Entwicklung der einzelnen Länder zu beobachten und dann Schritte einzuleiten um
40 Ungleichgewichte zu verhindern. Die Leistungsbilanz dient hier als guter Indikator um
41 ungesunde Ungleichgewichte zu erkennen. Allerdings weiß man nie welche Gründe es dafür

1 gibt. In Deutschland ist es die zurückhaltende Lohnpolitik gewesen, auch die prekären und
2 leider von rot-grün geförderten Arbeitsverhältnisse waren und sind ein Grund.

3 In anderen Ländern kann es eine unverhältnismäßig hohe Sparquote sein oder eine ungesunde
4 Ungleichheit der Einkommen oder der Vermögen, was auch in Deutschland zu beobachten ist.
5 In den USA war der Grund ihres Leistungsbilanzdefizites eine sogar teilweise negative
6 Sparquote und ein Konsumrausch der Bevölkerung. Dieser ging auch von einem starken und
7 auf Ausbeutung ausgerichteten Finanzsektor aus, der versucht hat den Amerikanern so viele
8 Kreditkarten oder Kreditzusagen zu machen wie nur möglich um maximale
9 Gebühreneinnahmen zu verzeichnen.

10 Die Europäische Union hat in den letzten Wochen einen Kriterienkatalog aufgestellt, mit dem
11 die wirtschaftliche Entwicklung der Länder innerhalb der Währungsunion bewertet werden
12 soll. Die folgenden Punkte stehen hier vor allem im Vordergrund:

- 13 • Leistungsbilanzsaldo: Ein Defizit ab 4 % bzw. ein Überschuss ab 6 % im Verhältnis zum
14 BIP soll als gefährlich erachtet werden.
- 15 • Ein Nettoauslandsvermögen in Höhe von – 35 % des BIPs
- 16 • Lohnstückkosten (Veränderung gegenüber drei Jahren zuvor) in Höhe von 9 %.
- 17 • Verschuldung des Privatsektors in Höhe von 160% des BIPs
- 18 • Öffentliche Verschuldung in Höhe von 60 % des BIPs.
- 19 • Eine Arbeitslosenquote in Höhe von 10 %.
- 20 • Eine Kreditvergabe an den nicht-öffentlichen Sektor on Höhe von 15 % des BIPs.
- 21 • Ein Rückgang der Exportanteile in Höhe von 6 % des BIPs in den letzten fünf Jahren.⁸

22
23 Viele dieser Punkte erscheinen im ersten Blick sehr sinnvoll zu sein, die wirtschaftliche
24 Entwicklung zu beurteilen. Als wichtigsten Punkt wird hier das Leistungsbilanzsaldo
25 angesehen. Allerdings sieht man schon hier die erfolgreiche Lobbypolitik der deutschen
26 Bundesregierung. Wieso soll ein Defizit in Höhe von 4 % schädlicher sein als ein Überschuss von
27 6 %? Leistungsbilanzüberschüsse werden immer von Defizitländern getragen und umgekehrt.
28 Eine erfolgreiche Antikrisenpolitik ist mit diesen Vorgaben schon mal nicht zu erreichen.

29 Auch die Lohnstückkosten wären ein guter Indikator, aber auch hier liegt der Fokus auf einen
30 zu hohen Anstieg dieses Indikators. Deutschland hat die Lohnstückkosten erfolgreich die
31 letzten Jahre nach unten gedrückt und das vorgegebene Inflationsziel der EZB jedes Mal weit
32 verfehlt. Auch diese Politik ist schädlich, genauso wie eine übermäßige Lohnsteigerung, die zu
33 einer Einkommensinflation führt.

34 Als weiterer Punkt ist die 60 % Grenze der Staatsschulden anzusehen. Diese Grenze ist
35 willkürlich gesetzt und ohne Sinn und Verstand gewählt. Wie oben schon dargestellt, ist der
36 Verschuldungsgrad der öffentlichen Haushalte ein sehr schlechter Indikator um die
37 Krisenanfälligkeit eines Staates zu bewerten.

⁸ Vgl. auch <http://www.nachdenkseiten.de/?p=11748>

1 Der Katalog ist somit nur auf dem 1. Blick wirklich zu gebrauchen und hilft der EU keinen Schritt
2 weiter die Krisenanfälligkeit von Staaten zu reduzieren und die Währungsunion zu
3 stabilisieren.

4 **Konkrete Forderungen für den Weg aus der Krise:**

5 Ein Austritt von Griechenland wäre aus unserer Sicht ein denkbar schlechter Weg, da die
6 Auswirkungen trotz der Rettungsschirme nicht kalkulierbar wären. Dafür sind zu viele Länder
7 im Strudel um einen Austritt oder eine Staatspleite Griechenlands zu riskieren. Die aktuelle
8 Politik der Troika ist genauso abzulehnen. Das viel zu einseitige, auf Sparen ausgerichtete,
9 Programm schadet das Land und der EU mehr als es nützt. Hier ist die neoklassische Theorie
10 wunderbar zu erkennen. Der Staat ist zu fett, die Schulden des Staates schaden die ganze
11 Wirtschaft und das Sozialsystem ist viel zu aufgebläht und setzt keine Anreize sich
12 anzustrengen und zu arbeiten. Diese Ansicht können wir als Jungsozialisten nicht unterstützen.
13 Erstens weil sie eine fehlende Solidarität mit dem griechischen Volk zugrunde legt. Die
14 Vorwürfe der Kanzlerin gegenüber dem griechischen Volk sind nachweislich falsch, haben es
15 aber geschafft die Ressentiments in der deutschen Bevölkerung zu schnüren und die
16 Hilfspakete eher kritisch zu begutachten. Zweitens sind diese Sparpakete kontraproduktiv. Die
17 Wirtschaftskraft geht zurück, die Steuereinnahmen auch und danach ist die Verschuldung
18 höher als zuvor. Dieses Phänomen ist in mehreren Ländern schon zu beobachten gewesen, aber
19 gelernt hat der IWF daraus noch nicht. Der Washington consensus ist und bleibt leider das Maß
20 aller Dinge bei den Rettungsaktionen des IWFs. Die Bundesregierung stützt den Irrweg der
21 Troika, insbesondere durch den auf ihr Drängen beschlossenen „Europäischen Fiskalpakt“, der
22 die falsche Austeritätspolitik europaweit nochmals explizit festschreibt. Wir fordern die SPD-
23 Bundestagsfraktion und die SPD-regierten Landesregierungen auf, die Ratifizierung im
24 Bundestag bzw. Bundesrat abzulehnen.

25 Die aktuelle Krise muss in zwei Schritten angegangen werden. Kurzfristig müssen die
26 Krisenstaaten, wie Griechenland, Portugal oder Irland, geholfen werden, ohne wenn und aber.
27 Das aktuelle, immer währende Zögern muss endlich beendet werden. Gleichzeitig müssen
28 Schritte eingeleitet werden, um die Währungsunion stabiler zu gestalten, einen Rahmen
29 setzen, der für alle Länder gültig sein soll ohne aber die Demokratie in den einzelnen Ländern
30 zu schwächen, wie es die Troika schon erfolgreich in Griechenland umgesetzt hat.

31 **Kurzfristige Hilfe für die Krisenstaaten**

32 Durch die Finanzkrise mussten die Staaten in Europa sehr viele Schulden auf sich nehmen, um
33 den kompletten Absturz der Wirtschaft zu verhindern. Durch das Zögern Merkels und Co und
34 durch die Spekulanten haben viele Länder immer größere Probleme sich zu refinanzieren. Auch
35 wenn die Risikoprämien in den letzten Wochen zurückgegangen sind, hat das Risiko
36 keineswegs abgenommen. Ein Grund dafür war der riesige Tender in Höhe von knapp 300 Mrd.
37 €, den die EZB für die Privatbanken zur Verfügung gestellt hat. Ein großer Teil davon ging an die
38 Staaten. Auch hier gilt: Auf den ersten Blick ist diese Entwicklung begrüßenswert. Die
39 Zinsbelastung stellt die wirkliche Belastung eines Staates dar. Ein Rückgang der Risikoprämien
40 senkt somit auch die finanzielle Last der Staatsfinanzen. Jedoch ist dieses Programm eher eine
41 kurzfristige Subventionspolitik für Geschäftsbanken, die sich zu günstigen Konditionen Geld
42 leihen und es für weitaus mehr Zinsen an die Staaten weiter verleihen. Darauf abgeleitet wäre
43 der erste Schritt für die weitere Stabilität:

- 1 • Die Refinanzierung der Krisenländer endlich sicherzustellen: Weil die Krisenländer auf
2 absehbare Zeit von einer kontinuierlichen Refinanzierung über die Finanzmärkte
3 abgeschnitten sind und immer neue Spekulationen die Anleihemärkte beeinflussen,
4 müssen die Mitgliedsländer der Euro-Zone die Refinanzierung der Staatsanleihen aller
5 Mitgliedsstaaten gemeinsam übernehmen und diese gemeinsam und dauerhaft
6 garantieren. Dazu ist ein Finanzinstitut für Staatsanleihen (Eurobonds) zu schaffen, das
7 als Europäischer Währungsfonds oder als Kreditbank für europäische Staatsanleihen die
8 Refinanzierung der Eurostaaten übernimmt, sofern Marktturbulenzen diese nicht
9 zulassen. Dieses Institut ist – wie der beabsichtigte „Europäische
10 Stabilitätsmechanismus“ (ESM) – mit Eigenkapital auszustatten und refinanziert sich
11 über den Kapitalmarkt wie auch fallweise über die Europäische Zentralbank. Denkbar
12 ist auch, dass die EZB in Krisenzeiten die Schulden der Staaten nicht über indirekte
13 Wege, sondern über den direkten Kauf auf dem Primärmarkt finanziert.

14
15 Diese Forderung ist nicht neu, wird sie aber von neoklassischen Ökonomen abgelehnt, da sie
16 die Inflation scheinbar anheizen würde. Dass dies nicht stimmt, zeigen derzeit die vereinigten
17 Staaten. Auch hier finanziert die Notenbank einen Teil der Staatsfinanzen, dennoch hielt sich
18 die Inflation in Grenzen. Die EZB oder jede andere Notenbank hat Instrumente um die
19 überschüssige Liquidität im Wirtschaftsraum wieder einzudämmen. Allerdings ist es kurzfristig
20 wichtig die Schulden der Staaten nicht über den Kapitalmarkt zu refinanzieren, sondern über
21 die Notenbank, falls die geforderten Zinsen zu hoch sind. Da die Notenbank über das Privileg
22 verfügt Geld drucken zu können, muss sie als letzte Instanz auftreten um diese Entwicklung zu
23 bremsen. Zu hohe Zinsen schaden die Staaten und bringen sie mehr in Bredouille. Die
24 Entwicklung vor der Krise hat gezeigt, dass Staaten bei einem Umfeld niedriger Zinsen
25 durchaus in der Lage sind ihre Schulden zu reduzieren. Das Argument, geringe Zinsen würde
26 die Staaten zum Schuldenmachen animieren und nur der Kapitalmarkt kann hier die richtigen
27 Anreize schaffen, ist somit als lächerlich zu bezeichnen.

28 Jedoch hat Keynes zu seinen Lebzeiten schon festgestellt, dass eine „lockere“ Geldpolitik alleine
29 nicht mehr reichen wird, falls die Zukunftserwartungen der Menschen negativ sind. Investieren
30 wird in diesem Umfeld niemand. Ist dieses Stadium erreicht und in Griechenland sind wir
31 sicher schon so weit, dann muss der Staat mit Konjunkturmaßnahmen einspringen. Da
32 Griechenlands Finanzen hier keinen Spielraum bieten und die Wirtschaft in der Depression
33 liegt, müssen die starken Staaten in der EU, wie Deutschland hier einspringen. Deshalb fordern
34 wir als Jusos Bayern neben der Finanzierung der Staaten durch die EZB:

- 35 • Die Abwärtsspirale, in der sich die Wirtschaft in der Euro-Zone befindet, muss beendet
36 werden. Um das Wachstum in Europa anzukurbeln, sind die Länder mit
37 Leistungsbilanzüberschüssen – allen voran Deutschland – gefordert, ihre öffentlichen
38 Investitionen zu erhöhen und ihre Binnenwirtschaft zu stärken. Für Deutschland
39 fordern wir daher, den Niedriglohnsektor auszutrocknen, einen allgemeinverbindlichen
40 Mindestlohn von mindestens 8,50 Euro einzuführen, die Leiharbeit strikt zu begrenzen
41 und die Gewerkschaften in ihrem Kampf für deutliche Lohnerhöhungen in den derzeit
42 laufenden Tarifrunden zu unterstützen.
- 43 • Wirksame Wachstumsprogramme in den Krisenländern: Anstatt kontraproduktiver
44 Spardiktate benötigen die in der Krise befindlichen Länder der Euro-Zone endlich echte
45 Wirtschaftshilfen. Wir fordern daher ein europäisches Investitionsprogramm für die

1 Krisenländer.

2 Die griechische Wirtschaft befindet sich in keinem robusten Zustand, auch die Infrastruktur
3 lässt noch schwer zu wünschen übrig. Die Militärdiktatur hat hier sicherlich ihren Anteil daran.
4 Deshalb sind die Vorwürfe zum großen Teil sehr fragwürdig und zeugen nicht von großer
5 Solidarität mit dem griechischen Volk, welches an diesem Zustand am aller wenigsten konnte.
6 Investitionsprogramme im Bereich der Infrastruktur würde das Land langfristig auf einen
7 stabileren Pfad bringen. Das Bildungssystem zu verbessern ist sowieso immer eine gute
8 Investition. Eine Verbesserung wäre im Bereich der Industriepolitik denkbar. Erneuerbare
9 Energien, beispielsweise Photovoltaik, hätte in Griechenland ein großes Potential. Auch eine
10 Steigerung der Industrie, wie in Deutschland, würde die Wirtschaft stabilisieren, die zu einem
11 großen Teil vom Tourismus lebt. Eine Diversifizierung von Wachstumsimpulsen wäre nicht nur
12 für Griechenland wünschenswert, sondern für viele andere Länder auch. In welche Bereiche
13 man genau investiert, müsste ein Expertengremium entscheiden.

14 Diese zwei Bereiche wären wichtig um die Wirtschaft anzukurbeln, die Arbeitslosigkeit
15 kurzfristig zu senken und die Steuereinnahmen wieder zu stabilisieren. Die Staatsschulden zu
16 konsolidieren ist nur auf einem Wachstumspfad möglich und nicht mitten in einer Depression.
17 Die Erfolge dieser Politik sind aber nicht sofort bemerkbar. Bis die Investitionen fließen, bis sich
18 die niedrigen Zinsen bemerkbar machen, dauert es eine gewisse Zeit. Jeder muss hinter diesem
19 Programm stehen und keine Zweifel äußern diesen Weg auch weiter zu gehen. Gerüchte oder
20 zweifelnde Kommentare oder das Zögern Geld für Investitionen bereitstellen zu wollen,
21 schadet nur dem Umfeld und könnte die Spekulation gegen Staaten auch weiter anfeuern.
22 Deshalb ist wohl das Wichtigste für die Rettung der Währungsunion in der derzeitigen Form:

- 23 • Unbedingte Solidarität mit den europäischen Partnern.

24

25 Diese drei Bausteine könnten die Krisenländer wieder zu einem Wachstumspfad zurückführen.
26 Einen weiteren positiven Effekt hätte, dass durch Investitionen in den Krisenstaaten das
27 Leistungsbilanzsaldo langfristig auch verkleinert werden kann. Wie oben dargestellt, ist dies
28 für das Funktionieren der Währungsunion unabdingbar.

29 Langfristige Maßnahmen für das Funktionieren der Währungsunion

30 Um das langfristige Überleben der Währungsunion zu gewährleisten ist eine bessere
31 Koordination der Staaten unumgänglich. Der Katalog der europäischen Union wäre eine gute
32 Sache, falls die Punkte ökonomisch zu rechtfertigen sind und nicht, beispielsweise, die
33 extreme Exportorientierung Deutschlands als nicht schädlich bezeichnet. Hier muss man ganz
34 nüchtern die Krisenursachen beleuchten und man würde sehr schnell erkennen, dass sowohl
35 Defizite als auch Überschüsse für eine Währungsunion von Dauer nicht gut sein können.
36 Deshalb müssen beide Seiten gleich behandelt und gegebenenfalls bestraft werden.

37 Ein zentrales Anliegen ist die Entwicklung der Lohnstückkosten und somit auch der
38 Inflationsraten der einzelnen Mitgliedsländer. Das Problem ist, dass die Länder sich in die
39 Lohnpolitik selten so einmischen können um die Lohnentwicklung zu beeinflussen. Eine
40 Installation eines Mindestlohnes ist wichtig, wenn man es auf Deutschland bezieht. Dieser
41 beeinflusst aber die Entwicklung der Lohnquote nach dem Fortschritt der Produktivität
42 langfristig aber nicht. Aber man kann ähnliche Voraussetzungen für die Mitgliedsstaaten

1 schaffen, dass alle Länder ungefähr die gleichen Rahmenbedingungen an ihre Wirtschaft
2 stellen und es somit für einzelne Länder keine Nachteile gibt.

3 • Ähnliche Sozialstandards in allen EU Ländern!

4 Die Länder der Währungsunion sind gänzlich unterschiedlich. Dies stellt ein Problem dar in
5 einem System ohne automatische Geldtransfers hin zu den Defizitländern, ähnlich einem
6 Länderfinanzausgleich wie in Deutschland. Deshalb sind einheitliche Sozialstandards wichtig
7 um eine kurzfristige Vorteilsnahme in der Wettbewerbsfähigkeit eines Landes zu begegnen.
8 Geringere Sozialstandards kosten weniger Geld und dafür benötigt man geringere
9 Steuereinnahmen. Unternehmen suchen oft nach Ländern mit geringer Steuerbelastung und
10 damit könnte man das Kapital durchaus ins Land locken. Die langfristigen Nachteile
11 überwiegen jedoch, da die Bevölkerung darunter leidet, vor allem wenn das Kapital
12 weiterzieht. Besonders heikel ist, wenn sich die Mitgliedsländer darum streiten die niedrigsten
13 Sozialstandards und Belastungen für Unternehmen zu haben. Diese Spirale nach unten ist
14 gefährlich und darf auf keinen Fall die tägliche Politik bestimmen.

15 Nötig ist deshalb eine gemeinsame Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Länder der Euro-Zone
16 brauchen eine stärkere Koordinierung, um ein erneutes Auseinanderdriften der
17 Wettbewerbsfähigkeit der einzelnen Volkswirtschaften und einen Wettlauf durch
18 Lohndumping und den Abbau von sozialen Standards zu verhindern.

19 Deshalb fordern wir Jusos Bayern:

20 1. Starke Sicherungssysteme wie Arbeitslosenhilfe oder ein effizientes und gutes
21 Gesundheitssystem. Niemand darf in einer Gesellschaft verloren gehen, jeder muss
22 unterstützt und gefördert werden. Das Prinzip Solidarität muss in jedem Land
23 wieder an der Tagesordnung sein. Die aktuellen Sparmaßnahmen in Griechenland,
24 wie beispielsweise die Kürzung der Arbeitslosenhilfe oder der Rente, werden
25 abgelehnt. Natürlich kann sich ein Land wie Irland die Höhe der Rentenzahlung wie
26 in Deutschland (noch) nicht leisten, allerdings kann man Grenzzraten festlegen –
27 dass die Sozialausgaben einen Mindestwert nicht unterschreiten darf. Dies ist wohl
28 der wichtigste Schritt um aus der Währungsunion endlich eine Sozialunion zu
29 machen.
30

31 2. Einheitliche Steuersätze. Irland beispielsweise hat sehr niedrige
32 Unternehmenssteuern und weigern sich diese zu erhöhen, da sie sonst um ihre
33 Attraktivität bei Unternehmen fürchten. Besonders im Bereich der Finanzindustrie
34 war Irland durchaus beliebt. Dies kann für andere Länder zum Nachteil werden, vor
35 allem wenn sonst ähnliche Strukturen herrschen. Ein Unterbieten der Länder oder
36 ein Wettlauf der niedrigen Steuersätze, wie es Deutschland unter rot-grün ebenfalls
37 betrieben hat, ist abzulehnen. Reiche und Unternehmen müssen sich an die
38 Finanzierung des Staates beteiligen und zwar zu einem beträchtlichen Teil. In
39 Deutschland ist dieses Gleichgewicht nicht mehr vorhanden, da vor allem
40 Lohnabhängige mit extrem hohen indirekten Steuern die Finanzierung des Staates
41 sicherstellt. Reiche und Unternehmen kapseln sich immer mehr ab, deshalb darf es
42 keinen wundern, dass die Verschuldung in Deutschland auch in Boomjahren, wie im
43 Vergleich zu anderen Ländern, kaum zurückgefahren werden konnte. Das IMK hat

1 errechnet, dass die Steuersenkungsorgien unter rot-grün dem Staat pro Jahr 40
2 Mrd. € an Mindereinnahmen bringen. Selbst wenn man nur die Hälfte davon
3 zurücknimmt, wäre die Einnahmehbasis des Bundes, nicht der Kommunen, auf einer
4 soliden Basis. Eine stärkere Koordinierung der Staaten ist in diesem Gebiet sehr
5 vorteilhaft und muss endlich angegangen werden.
6

7 3. Endlich eine gerechte Wachstumspolitik. Wachstum war schon immer Fokus der
8 Europäischen Union. Auch sie sieht ein, dass nur durch Wachstum Arbeitsplätze
9 entstehen können – doch sah die politische Realität immer anders aus. Die
10 Wirtschaft muss sich entfalten können, der Staat soll keinen Platz einnehmen um
11 private Investitionen zu stören. Die Vergangenheit hat jedoch gezeigt, dass ein auf
12 Ausbeutung und Raubzug orientierter Kapitalismus, welcher alle Freiheiten besaß
13 keine Arbeitsplätze auf Dauer schuf, sondern vernichtet, wie man es an der
14 Finanzkrise gut sehen kann. Die Marktwirtschaft braucht klare Grenzen und
15 Regelungen um dauerhaft wirklich Wohlstand für alle garantieren zu können. Die
16 Geschichte der Nachkriegszeit hat gezeigt, dass dies funktioniert wenn das
17 Profitstreben nicht überhandnimmt. Die Löhne stiegen auf allen Ebenen und die
18 Armut konnte wirksam bekämpft werden. Doch nach dem Siegeszug des
19 Neoliberalismus wurde alles aufgegeben. Die Auswirkungen sieht man überall,
20 auch in Deutschland, wo die Lohnquote massiv zurückging und zurückgeht, der
21 Sozialstaat zusammengespart wurde und die Profite des Kapitals in unermessliche
22 Höhe stieg. Wir brauchen wieder einen Konsens darüber wie Wirtschaft wirklich
23 funktioniert, wir brauchen überall Arbeitnehmerrechte, welche nicht nur gute
24 Arbeitsbedingungen garantieren, sondern das Zusammenleben garantiert und
25 niemand ausgeschlossen wird. Der Neoliberalismus hat ausgedient! Auch
26 benötigen wir in jedem Land dieselben Umweltauflagen, damit Unternehmen keine
27 Vorteile ziehen können, falls ein Land es zulässt die Umwelt zu zerstören. Es bringt
28 nichts, wenn einzelne Länder für eine gute Umweltpolitik stehen, während der Rest
29 darauf verzichtet. Es beschränkt nicht nur die Lebensqualität in den betreffenden
30 Ländern auf Dauer, sondern bestraft die Länder durch Arbeitsplatzvernichtung für
31 ein „tadelloses“ Verhalten.
32

33 4. Ebenfalls benötigt die EU eine übergeordnete Stelle um Fehlentwicklung früh zu
34 erkennen. Hier ist nicht gemeint, dass bei einer übermäßigen Staatsverschuldung es
35 der EU erlaubt sein sollte die Finanzhoheit des Landes zu beschneiden, wie es
36 schwarz/gelb gerne hätte. Aber die Demokratie darf in keinem Land beschnitten
37 werden – Deutschland würde es sicher auch nicht gefallen, wenn „Andere“
38 bestimmen würden welche Ausgaben wir tätigen sollen und welche nicht. Dieser
39 Aspekt richtet sich durchaus auf den Katalog der EU, welcher schon existiert. Nur
40 sollte der „neue“ Punktekatalog ausführlicher und ökonomisch sinnvoller sein.
41 Keynes hatte zu Lebzeiten schon erwähnt, dass Überschüsse weitaus gefährlicher
42 sind als Defizite. Wie gezeigt ist in einer Währungsunion es unerlässlich, dass ein
43 außenwirtschaftliches Gleichgewicht herrscht, damit kein Land in eine übermäßige
44 Verschuldung hineinschlittert. Vor allem muss der Augenmerk auf die
45 Handelsbilanz innerhalb der Währungsunion gelegt werden. Keynes schlug vor,
46 Überschussländer, die das Gleichgewicht, zum Beispiel durch eine gestärkte

1 Binnenkonjunktur, nicht erreichen wollen, zu bestrafen und zwar in Höhe des
2 Überschusses. Diese Konsequenz muss für alle Mitgliedsländer und kann nicht
3 umgangen werden. Somit hätte kein Land einen Anreiz durch Lohndumping ihre
4 Wirtschaft auf einen Exportkurs zu trimmen und die Lohnentwicklung zu bremsen,
5 zum Beispiel durch eine Kürzung der Arbeitslosenhilfe wie in Deutschland
6 geschehen. Die Verschuldung des Privatsektors oder der Finanzindustrie sind sicher
7 auch gute Kennzahlen um die Stabilität zu überwachen, aber hier geht es wohl eher
8 um die Entwicklung bestimmter Vermögens oder Finanzblasen.
9

10 5. Eine Beteiligung der Finanzmärkte und Spekulanten an den Kosten der Krise: Diese
11 muss über einen höheren Spitzensteuersatz und die Wiedereinführung der
12 Vermögenssteuer erfolgen. Daneben brauchen wir die Einführung einer
13 Finanztransaktionssteuer. Ob eine solche Steuer die Volatilität der Finanzmärkte
14 mindert oder nicht sei dahin gestellt. Das kann man eventuell besser mit einer
15 vorgeschriebenen Haltedauer erreichen oder diese Haltedauer mit einer besseren
16 Steuer auf Gewinne aus Finanztransaktionen erreichen. Was eine
17 Transaktionssteuer aber auf alle Fälle schafft ist die Finanzindustrie an den Kosten
18 der Finanzkrise in einem besseren Umfang zu beteiligen. Das Heimatlandprinzip
19 muss aber installiert werden, sonst würde diese Steuer sofort verpuffen. Die Gefahr,
20 dass Banken oder größere Unternehmen deshalb das Land oder die EU verlassen ist
21 sehr gering. Es wäre wünschenswert diese Steuer weltweit zu implementieren, aber
22 dieser Wunsch wird wohl nie in Erfüllung gehen. Aber Europa kann hierdurch ein
23 starkes Signal aussenden an andere Länder oder Kontinente dieser Welt es ihnen
24 nachzumachen, vor allem wenn das dadurch eingenommene Geld sinnvoll
25 verwendet wird. Sei es zum Schuldenabbau oder zur Stärkung der Sozialsysteme
26 oder die Unterfinanzierung der Bildung endlich zu beheben. Genügend Ebenen
27 existieren (leider) auf alle Fälle. Leider greift der Vorschlag der Europäischen
28 Kommission, Geschäfte mit Aktien und Anleihen mit 0,1% und den Derivatehandel
29 mit nur 0,01% zu besteuern, deutlich zu kurz. Gerade Derivate machen die großen
30 Volumina des Finanzhandels aus und sind oft besonders risikoreich. Wir fordern
31 auch hier einen einheitlichen Steuersatz von 0,1%.

32
33 6. Eine echte Regulierung der Finanzmärkte: Obwohl die unregulierten Finanzmärkte
34 als Auslöser der Krise identifiziert worden sind, ist eine Regulierung bisher völlig im
35 Sande verlaufen. Wir fordern daher, endlich klare Richtlinien für Finanzprodukte
36 aufzustellen. Reine Spekulationsinstrumente wie beispielsweise Leerverkäufe oder
37 die sog. „Credit Default Swaps (CDS)“, mit denen gegen ganze Volkswirtschaften
38 spekuliert wird, müssen verboten werden.

39
40 7. Ebenso muss die Europäische Zentralbank reformiert werden. Die einseitige Sicht
41 nur für Preisstabilität zu sorgen hilft der Währungsunion nicht weiter, vor allem
42 weil man zwei verschiedene Formen der Inflation unterscheiden muss: Die
43 Einkommens- und die Rohstoffinflation. Leider unterscheidet die EZB nicht, wie
44 andere Notenbanken, zwischen diese beiden Inflationsarten sondern nimmt die
45 gesamte Teuerungsrate als Referenzgröße und bestimmt ihr Verhalten danach.
46 Jedoch sind Zinserhöhungen bei einer Rohstoffinflation eher nutzlos – kann aber
47 die Wirtschaftsentwicklung nachhaltig negativ beeinflussen. Die EZB muss erstens

1 hier unterscheiden und sich ein Vorbild an die FED nehmen. Zweitens, und auch hier
2 kann die FED als Vorbild erhalten, auch die Wirtschaftsentwicklung im Blick
3 haben. Zinserhöhungen bei lahmender Entwicklung sind tödlich und müssen in
4 Zukunft unterbleiben. Es ist bezeichnend, dass die EZB kurz vor dem Ausbruch der
5 Krise, als es in den USA schon heftig gekriselt hat, ihre Zinsen sogar noch erhöht
6 haben. Die Beschäftigungsquote, ebenso das Wirtschaftswachstum müssen
7 gleichberechtigt zur Überwachung der Inflationsrate stehen. Nur so ist eine positive
8 Entwicklung der Währungsunion gegeben.
9

- 10 8. Eine Stärkung des Europäischen Parlaments: Auf europäischer Ebene herrscht ein
11 enormes Demokratiedefizit. Solange die Nationalstaaten ihre Interessen in
12 Ministerrunden und Geheimabsprachen ohne Beteiligung des Parlaments und der
13 Bürgerinnen und Bürger treffen, solange ist auch das Vertrauen in Europa nicht
14 gegeben. Das Europäische Parlament benötigt mehr Stärke und mehr Kompetenz,
15 um nationalstaatlichen Interessen entgegenzuwirken, die Kommission wirksam zu
16 kontrollieren und die von den Bürgerinnen und Bürger der Europäischen Union
17 übertragenen Vertretungsrechte wahrzunehmen. Beschlüsse, Verträge usw. dürfen
18 nicht von nicht demokratisch legitimierten Gremien gefasst werden, sondern
19 müssen den parlamentarischen Weg durchlaufen.
20
- 21 9. Ein konsequentes Austrocknen von sogenannten Steuerparadiesen und Off-Shore
22 Finanzplätzen, allen voran in den Ländern der Europäischen Union.
23
- 24 10. Den Kampf gegen sogenannte „Schattenbanken“ voranzutreiben: Ein erster guter
25 Schritt in diese Richtung sind die Vorschläge von Binnenmarktkommissar Michael
26 Barnier.
27
- 28 11. Höhere Eigenkapitalquote für Banken (Basel III Richtwert), Hedgefonds, Private-
29 Equity-Fonds, Geldmarktfonds und ähnliche Institutionen.
30

31 Die Entwicklung Europas ist auf dem Scheideweg. Mit der aktuellen Politik ist ein Scheitern
32 vorprogrammiert, auch wenn man sich durch immer mehr Hilfspakete sich Zeit kauft. Aber wer
33 die Währungsunion und ihr Wirken und ihre Zusammenhänge nicht versteht, wird nie die
34 Ursachen beheben, sondern nur an der Oberfläche kratzen. Wir haben gezeigt wie es möglich
35 ist die EU wieder auf ein stabiles Fahrwasser zu bekommen. Deshalb brauchen wir einen
36 Politikwechsel, und zwar einen radikalen! Hin zu einer solidarischen Währungsunion mit einer
37 starken Sozialdemokratie!

1 **Beschlusnummer: B 5**

2 AdressatInnen: SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, SPD-Landtagsfraktion Bayern,

3 **Leiharbeit überwinden – Wirtschaftsförderung an soziale**
4 **Mindeststandards knüpfen**

5 Wir Jungsozialistinnen und Jungsozialisten fordern die flächendeckende Einführung
6 sozialer Mindeststandards in der Wirtschaftsförderung.

7

8 Die Bundesländer und ihre Landesförderinstitute werden hiermit aufgefordert, in ihre
9 Richtlinien zur Förderung von Investitionen von Unternehmen, für die Mittelstandsförderung
10 und die Tourismusförderung folgende Punkte aufzunehmen:

11

12 – Unternehmen, in denen der Anteil der Leiharbeiter 20 Prozent der Gesamtbelegschaft
13 überschreitet, werden künftig von der Wirtschaftsförderung ausgeschlossen,

14

15 – Kleinst-, kleine und mittlere Unternehmen mit einem Anteil von Leiharbeitern zwischen 10
16 und 20 Prozent aller Beschäftigten erhalten reduzierte Fördersätze (10 Prozent der
17 Investitionssumme). Großunternehmen mit einer Leiharbeitsquote zwischen 10 und 20 Prozent
18 aller Beschäftigten werden künftig von der Förderung ausgeschlossen. Maßgeblich für die
19 Einstufung als Kleinst-, kleines oder mittleres Unternehmen ist die Empfehlung der EU-
20 Kommission.

21

22 – Dabei werden künftig nur die mit einer Investition neu geschaffenen Arbeitsplätze für die
23 Förderung zugrunde gelegt.

24

25 – Dabei gilt: Die der Förderung zugrunde gelegten neuen Arbeitsplätze müssen ebenfalls mit
26 festen, betriebsangehörigen Beschäftigten und nicht mit Leiharbeitern besetzt werden.

27

28 Das Ergebnisziel „Gleiche Arbeit – Gleiches Geld“ und Flexibilitätszuschüsse für betroffene
29 Leiharbeitskräfte wird darüber hinaus weiterhin nachdrücklich verfolgt, um möglichst
30 kurzfristig Lohndumping auf dem Rücken der Leiharbeiter/-innen zu stoppen.

31

32 **Begründung:**

33 Unsicher und unterbezahlt: Die bundesweit ausufernde Leiharbeit verdrängt auch in Bayern
34 reguläre Beschäftigung und leistet dem Lohndumping Vorschub. Im verarbeitenden Gewerbe,
35 in Dienstleistungsberufen, letztendlich in allen Branchen stellen die derzeitigen Gesetze zur
36 Arbeitnehmerüberlassung für Unternehmen weiterhin Anreize dar, Leiharbeit zu nutzen. Die
37 marktwirtschaftlichen Druckmittel kommen ebenfalls nicht zu kurz: „Konjunkturabhängige
38 Randbelegschaften“ werden tendenziell in den Leiharbeits-Status abgedrängt, um Kosten zu
39 senken. Werden bestehende Tarifverträge durch billiger bezahlte Leiharbeitskräfte
40 unterlaufen, können dadurch Stammbeschafteten in innerbetrieblichen und tariflichen
41 Interessenauseinandersetzungen unausweichlich in die Defensive gezwungen werden. Den
42 Preis zahlt vor allem die junge Bevölkerung. Die Leiharbeitskräfte sind im Durchschnitt
43 erheblich jünger als die sozialversicherungspflichtig Beschäftigten insgesamt, zudem ergeben

1 sich erhebliche Einkommensnachteile im Vergleich zur Stammebelegschaft. In Folge dessen
2 lässt in vielen Regionen der Abwanderungsdruck nicht lange auf sich warten.

3 **Beschlusnummer: B 6**

4 Adressat/en: SPD-Parteivorstand, SPD-Bundestagsfraktion, SPD-Landesverbände mit
5 Regierungsbeteiligung, Juso-Bundeskongress

6 7 **Merkels Fiskalpakt ablehnen. Souveränität europäischer Staaten** 8 **bewahren**

9 Wir fordern die SPD-Bundestagsfraktion und die SPD in Landesregierungen auf, den
10 sogenannten "Europäischen Fiskalpakt" im Bundestag bzw. Bundesrat abzulehnen.

11 2008 kam es nach der Lehman-Pleite zur schwersten Weltwirtschaftskrise seit den 30er
12 Jahren des vorherigen Jahrhunderts. Die Staaten zogen aus der größten Finanzkrise des 20.
13 Jahrhunderts die richtigen Konsequenzen und verabschiedeten Konjunkturpakete, um die
14 Wirtschaft zu stimulieren. Auch dank dieser Maßnahmen wuchs in den Jahren 2010 und 2011
15 das BIP in Deutschland. Es sah danach aus, als würde man sich wieder auf Keynes besinnen,
16 nachdem man dessen Wirtschaftspolitik in den letzten Jahrzehnten verteufelt hatte.

17 Nach der raschen Erholung der Konjunktur in Deutschland verabschiedete man sich jedoch
18 wieder von Keynes und kehrte zur neoliberalen Politik vor der Krise zurück. Schuld an der
19 wirtschaftlichen Misere waren nicht mehr die außer Rand und Band geratenen Finanzmärkte,
20 sondern die hohen Schulden der Staaten.

21 Mit dieser Argumentation rechtfertigt die schwarz-gelbe Bundesregierung das
22 Durchpeitschen der verheerenden Sparpakete in Griechenland. Denn nur so würde man laut
23 Merkel das Vertrauen in die Märkte zurückgewinnen, die eigentlich die Staaten erst in so eine
24 Krise gestürzt haben. Trotz heftigster Proteste im eigenen Land setzt die griechische Regierung
25 das Sparprogramm um. Aufgrund der hohen Einkommens- und Staatsausgabenkürzungen
26 brach die Nachfrage in Griechenland regelrecht ein. Dennoch wunderte sich die Troika, dass die
27 Wirtschaft in den letzten zwei Jahren stärker als erwartet eingebrochen ist. Spätestens nach
28 diesen Nachrichten müsste klar sein, dass man auf diese Weise das Staatsdefizit, das am BIP
29 gemessen wird, so nicht in Griff bekommen wird. Altbundeskanzler Helmut Schmidt wies auf
30 dem Bundesparteitag zu Recht darauf hin, dass man dieses Problem nicht ohne ein
31 Investitionsprogramm lösen kann.

32 Auch wenn man bei Griechenland auf den ersten Blick von einer Staatsschuldenkrise sprechen
33 kann (auf den zweiten allerdings auch nicht mehr), so trifft das sicherlich nicht auf die anderen
34 PIIGS-Staaten zu. Insbesondere Irland und Spanien haben gemessen am BIP eine niedrigere
35 Staatsverschuldung als Deutschland. Diese haben im Gegensatz zu Deutschland in Boom-
36 Zeiten ein Haushaltsüberschuss erzielt. Dennoch hat Spanien ähnliche Probleme wie
37 Griechenland und muss ähnlich hart sparen. Im Gegensatz zu Deutschland stiegen in den
38 anderen Staaten, aufgrund der guten Wirtschafts- und Produktivitätsentwicklung, die Löhne.

1 Den deutschen ArbeitnehmerInnen predigte man allerdings die Lohnzurückhaltung. Aufgrund
2 dessen stieg die deutsche Wettbewerbsfähigkeit zuungunsten der anderen europäischen
3 Staaten an. In Folge dessen stieg in Deutschland der Außenhandelsüberschuss und in den
4 anderen Staaten, insbesondere in Spanien und Griechenland, das Außenhandelsdefizit.

5 Wenn diese Staaten ihr Nachfrageniveau halten möchten, sind sie dazu gezwungen, Schulden
6 aufzunehmen. Der deutsche Exportboom wird also durch Privatschulden anderer Länder
7 finanziert. Letztere können in Gegensatz zu Deutschland kein Wachstum aus dem Export
8 generieren. Zur negativen Entwicklung der Binnennachfrage, die durch den konjunkturellen
9 Einbruch verursacht worden ist, kommt eine Austeritätspolitik der Regierungen hinzu, die
10 diesen Trend verstärkt. In dieser Entwicklung wird deutlich, dass ein neuer Marshall-Plan
11 alleine das Problem langfristig nicht lösen wird.

12 Für eine harmonische Wirtschaftsentwicklung innerhalb der Europäischen Union sind also
13 nicht primär Haushaltsdefizite, sondern Außenhandelsbilanzen von Relevanz. Es muss also
14 dafür gesorgt werden, dass die Mitgliedsstaaten der europäischen Union relativ ausgeglichene
15 Außenhandelsbilanzen aufweisen. Dafür ist eine abgestimmte Lohnpolitik notwendig.
16 Insbesondere in Deutschland müssten die Löhne stärker steigen, um den Exportüberschuss zu
17 schmälern. In Folge dessen würde auch der schwache deutsche Binnenmarkt sich stabilisieren,
18 womit Deutschland auch nicht mehr so stark von der Weltkonjunktur abhängig wäre.

19 Aus diesen Gründen halten wir die Politik der schwarz-gelben Bundesregierung und der Troika,
20 wie sie sich im Fiskalpakt manifestiert, für grundlegend falsch. Sie bedarf einer
21 Generalüberarbeitung zugunsten einer Politik, die zugunsten der Bevölkerung und nicht der
22 Interessen der Banken und Spekulanten gemacht wird.

23 Da der Fiskalpakt, auf Merkels Wunsch hin, das Klagerecht anderer Staaten im Falle eines
24 Verstoßes gegen die strengen Defizitregeln einräumt, wird die Souveränität Deutschlands
25 durch dieses eingeschränkt. Es bedarf deswegen einer Grundgesetzänderung, und somit einer
26 Zweidrittel-Mehrheit in Bundestag und -rat, um das Gesetz zu verabschieden. Union und FDP
27 sind also auf die Stimmen von SPD und Grüne angewiesen.

28 Merkel und Schäuble haben es durch ihre Politik geschafft, innerhalb weniger Monate
29 Deutschlands Image, das mühevoll von Adenauer, Brand, Schmidt und Kohl aufgebaut wurde,
30 innerhalb der EU zu ruinieren. Diese Politik darf auf keinen Fall unterstützt werden. Wir fordern
31 deswegen die SPD-Fraktion und die SPD-geführten Länder auf, den Fiskalpakt abzulehnen.

32

Bildung

1 **Beschlusnummer: C 1**

2 AdressatInnen: SPD-Landtagsfraktion Bayern

3

4 **Schule des 21. Jahrhunderts**

5 Die Jusos Bayern fordern die Landtagsfraktion der Bayern SPD auf, sich mehr für modernere
6 Medien in Schulen einzusetzen und die notwendigen finanziellen Landesmittel dafür
7 bereitzustellen.

8 Um den SchülerInnen ausreichend Medienkompetenz zu vermitteln und auf Studium und
9 Beruf vorzubereiten, ist es dringend erforderlich, dass digitale Medien häufiger zum Einsatz
10 kommen. Dafür wird eine bessere technische Ausstattung an den Schulen benötigt:
11 Smartboards, Einzel-PCs für die Lehrkräfte und SchülerInnen, Breitbandanbindung für die
12 Benutzung von Internet und eine bessere IT-Weiterbildung der Lehrkräfte für den
13 Medieneinsatz ist erforderlich. Damit sichergestellt wird, dass auch sozial benachteiligte
14 SchülerInnen an dieser Unterrichtsform teilnehmen können, ist es erforderlich, dass diesen
15 benachteiligten Gruppen unserer Gesellschaft günstige PC's zur Verfügung gestellt werden.

16

17 In der heutigen Gesellschaft haben sich elektronische Medien mehr und mehr etabliert. Der
18 Umgang mit Technik ist der Schlüssel zum Einsteigen, beziehungsweise Überleben im
19 Berufsleben.

20 Deswegen fordern wir einen im Schulalltag eingegliederten Umgang mit Technik. Hierzu muss
21 den Schulen ermöglicht werden veraltete Geräte zu ersetzen und das eine ausreichende
22 Ausstattung für ein sinnvolles didaktisches Konzept angeschafft werden kann.

23 Das bedeutet, dass im normalen Schulalltag elektronische Medien sinnvoller eingesetzt
24 werden sollen, beispielsweise durch das Mitschreiben des Lehrstoffes während der
25 Unterrichtszeit an einem Computer.

26 Wie eine Studie von bitkom (Bildung 2.0 – Digitale Medien in Schule) belegt, geben 23% aller
27 Lehrer an weiterführenden Schulen an, keine Medien wie Beamer oder Smartboards zu nutzen,
28 da unter anderem das Geld zur Finanzierung dieser Medien fehle. Dies scheint uns nicht
29 gerechtfertigt, da Bildung ein wichtiger Teil unseres Staates bzw. unserer Gesellschaft darstellt
30 und die Verbesserung dieses Systems wertvoll und notwendig ist.

31 Aus diesem Grund fordern wir die Neuanschaffung von modernen Präsentationsmedien, wie
32 beispielsweise Smartboards für Schulen, sowie die Einführung von umfangreichen und
33 verpflichtenden Fortbildungsmaßnahmen für LehrerInnen im Umgang und sinnvollen Einsatz
34 von digitalen Medien an Schulen. Eine Investition in moderne Technik ist eine Innovation für
35 eine bessere Schule.

36 Wir setzen uns für den technischen Fortschritt an den Bildungsstätten Deutschlands ein, damit
37 die SchülerInnen die Vorteile der modernen Technik nutzen und dadurch fortschrittlich und
38 effektiver lernen können.

39

1 **Beschlusnummer: C 2**

2

3 **Kostenfreies Mittagessen für alle SchülerInnen**

4 Die Jusos Bayern fordern die Einführung eines kostenfreien Mittagessens an allen bayerischen
5 Schulen auf Kosten des Freistaats. Dieses Mittagessen soll sowohl frisch, gesund und
6 ausgewogen sein als auch den Essensbedürfnissen aller SchülerInnengruppen entsprechen
7 (Vegetarismus, religiös bewegt, etc.). Die SchülerInnen-Vertretung hat der Entscheidung über
8 die Auswahl des/der VersorgerIn mit zuzustimmen.

9 An Tagen mit Nachmittagsunterricht können sich bayerische Schülerinnen und Schüler in der
10 Mittagspause oft gar nicht oder nur unzureichend und ungesund ernähren. Aber gerade für
11 Kinder und Jugendliche, die sich physisch noch entwickeln, ist ein gesundes Mittagessen nach
12 einer anstrengenden Arbeitsphase besonders wichtig. Das gemeinsame Essen stärkt außerdem
13 das Gemeinschaftsgefühl der Gruppe und wirkt sich positiv auf die Konzentrationsfähigkeit im
14 darauffolgenden Unterricht aus. Jüngere SchülerInnen, denen es normalerweise untersagt ist,
15 das Schulgelände während der Pausen zu verlassen, müssen sich ihr Essen in der Schule kaufen.
16 Dieses ist aber oft überteuert und ungesund. Ältere SchülerInnen verlassen während der
17 Pausen die Schule, um sich anderweitig mit günstigerem und ungesundem Fast- und Junkfood
18 zu versorgen. Traurige Realität jedoch ist, dass es sich viele SchülerInnen im reichen Bayern
19 finanziell nicht erlauben können, sich mittags etwas zu essen zu kaufen. Dieser Missstand
20 verstößt eklatant gegen den Gleichheitsgrundsatz, der auch und gerade in der Schule gerechte
21 Versorgung unabhängig vom finanziellen Vermögen garantiert und kann und darf nicht länger
22 geduldet werden. Daher ist es unbedingt notwendig, dass an allen Schulen Bayerns, an denen
23 Jugendliche am Nachmittag unterrichtet werden, allen SchülerInnen, unabhängig vom
24 Geldbeutel der Eltern, gesunde und kostenfreie Nahrung zur Verfügung steht. Diese
25 Verbesserung würde auch die Akzeptanz und Attraktivität des Ganztagsunterrichts an sich
26 steigern.

27 Gerade in diesem Punkt darf der Freistaat Bayern nicht sparen. Ein faires und gerechtes
28 Bildungssystem ist eine Investition in die Zukunft und der leere Geldbeutel der Eltern darf
29 keinen Schüler und keine Schülerin daran hindern, seine oder ihre Talente und sein oder ihr
30 Potenzial voll auszuschöpfen.

31 **Beschlusnummer: C5**

32 AdressatInnen: Juso-Bundeskongress. SPD- Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

33

34 **Öffentlich-Rechtliche Audio-, Video-, und Multimediainhalte zeitlich** 35 **unbegrenzt im Internet zur Verfügung stellen**

36 Die von den öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunkanstalten produzierten Inhalte
37 (Fernsehsendungen und Radiobeiträge) sollen zukünftig wieder zeitlich unbegrenzt und ohne
38 Einschränkungen im Internet abrufbar sein.

39 Begründung:

1 Mit dem am 1. Juni 2009 in Kraft getretenen 12. Rundfunkänderungsstaatsvertrag wurde der
2 rechtliche Rahmen der Verfügbarkeit der von öffentlich-rechtlichen Sendeanstalten
3 produzierten Inhalte (Audio- und Videodateien) eingeschränkt. Seitdem dürfen nur noch
4 Dateien mit "zeit- und kulturhistorischen Inhalten" zeitlich unbegrenzt online stehen. Wie
5 lange ein bestimmter Inhalt online gestellt wird, wird in einem sog. Dreistufentest-Verfahren
6 festgestellt, welches die Sender, und damit indirekt auch die Bevölkerung als Gebührenzahler
7 vor einen erheblichen Aufwand stellt.

8 Wir fordern im Hinblick auf die Online-Verfügbarkeit der produzierten Inhalte eine rechtliche
9 Neuregelung des Rundfunkstaatsvertrages, da, insbesondere durch die kommende
10 Gebührenneuregelung, jede Bürgerin und jeder Bürger das Recht haben muss, die von ihm
11 bezahlten Inhalte ohne Einschränkung nutzen zu dürfen.

Auch die Pläne von ARD/ZDF und den deutschen Zeitungsverlegern, das öffentlich-rechtliche
Onlineangebot zukünftig auf Audio- und Videoinhalte zu beschränken und auf Texte gänzlich
zu verzichten lehnen wir ab.

12

13 **Beschlusnummer: C 6**

14

15 Adressat: SPD Landesparteitag

16

17 **Vollständige Finanzierung der Schulwegbeförderung**

18 Eine Familie muss für einen Schüler, welcher die 11. beziehungsweise 12. Jahrgangsstufe
19 besucht, einen jährlichen Betrag von 370 Euro an Beförderungskosten für das Busticket
20 aufbringen. Da dieser Betrag sich hinderlich für die Bildung von finanziell schlechter gestellten
21 SchülerInnen auswirkt, fordern die Jusos Rottal-Inn die Änderung des
22 Schulwegkostenfreiheitsgesetzes, welches bisher besagt: „Die notwendige Beförderung der
23 Schülerinnen und Schüler auf dem Schulweg ist bei öffentlichen und staatlich anerkannten
24 privaten Realschulen, Gymnasien, Berufsfachschulen (ohne Berufsfachschulen in Teilzeitform),
25 zweistufigen Wirtschaftsschulen und drei- bzw. vierstufigen Wirtschaftsschulen bis
26 einschließlich Jahrgangsstufe 10 sowie bei Vollzeitunterricht an Berufsschulen Aufgabe der
27 kreisfreien Gemeinde oder des Landkreises des gewöhnlichen Aufenthalts der Schülerin oder
28 des Schülers (Aufgabenträger).² Satz 1 gilt auch bei öffentlichen und staatlich anerkannten
29 privaten Realschulen, Gymnasien, Berufsschulen, Berufsfachschulen (ohne Berufsfachschulen
30 in Teilzeitform), Wirtschaftsschulen, Fachoberschulen und Berufsoberschulen ohne
31 Begrenzung auf bestimmte Jahrgangsstufen für Schülerinnen und Schüler, die wegen einer
32 dauernden Behinderung auf eine Beförderung angewiesen sind.“

33 Dieser Artikel wird folgendermaßen geändert: „Die notwendige Beförderung der Schülerinnen
34 und Schüler auf dem Schulweg ist bei öffentlichen und staatlich anerkannten privaten
35 Realschulen, Gymnasien, Berufsfachschulen (ohne Berufsfachschulen in Teilzeitform),
36 zweistufigen Wirtschaftsschulen und drei- bzw. vierstufigen Wirtschaftsschulen sowie bei
37 Vollzeitunterricht an Berufsschulen Aufgabe der kreisfreien Gemeinde oder des Landkreises des
38 gewöhnlichen Aufenthalts der Schülerin oder des Schülers (Aufgabenträger).“ Die Beförderung
39 soll folglich bis Abschluss der Schullaufbahn von den kreisfreien Gemeinden oder des
40 Landkreises getragen werden und nicht nur bis Abschluss der 10. Jahrgangsstufe befristet sein.

1 Artikel 3 (2) wird gänzlich gestrichen, da dieser mit Inkrafttreten der Änderung von Artikel 1
2 nichtig wird. Zudem wird Artikel 4 (2)³ gestrichen und Artikel 4 (2)⁴, welcher bisher besagt: „Die
3 Staatsministerien der Finanzen und des Innern werden ermächtigt, im Einvernehmen mit dem
4 Staatsministerium für Unterricht und Kultus die näheren Voraussetzungen für die pauschalen
5 Zuweisungen und die Abgeltung der Belastungen durch Art. 3 Abs. 2 durch Rechtsverordnung
6 zu regeln“, in „Die Staatsministerien der Finanzen und des Innern werden ermächtigt, im
7 Einvernehmen mit dem Staatsministerium für Unterricht und Kultus die näheren
8 Voraussetzungen für die pauschalen Zuweisungen zu regeln“ geändert.

9 **Begründung:** Aufgrund der Tatsache dass Bildung frei und kostenlos zur Verfügung gestellt
10 werden soll, muss auch die Beförderung, einschließlich der SchülerInnen ab der 11.
11 Jahrgangsstufe, für private Haushalte kostenlos zur Verfügung gestellt werden. Deshalb
12 fordern wir eine vollständige Finanzierung der Beförderungskosten durch den Landkreis
13 beziehungsweise die kreisfreie Gemeinde. Da die meisten SchülerInnen der 11. und 12.
14 Jahrgangsstufe kein Auto besitzen und oder nicht volljährig sind, ist es eine Zumutung, diese
15 Kosten nicht zu übernehmen. Eine derartige Summe wirkt sich hinderlich auf die Bildung von
16 Arbeiterkindern aus und ist deshalb vollständig zu finanzieren. Die Pauschalen Zuweisungen
17 des Freistaats Bayern an die Landkreise und kreisfreien Städte sind im Einklang mit dem
18 Konnexitätsprinzip entsprechend um die den Aufgabenträgern entstehenden
19 Mehraufwendungen zu erhöhen.

Beschlusnummer: C7

Adressat: Jusos Bayern Landeskonzferenz

Recht auf Bildung

20 Aufnahme des Rechts auf freie, politisch neutrale, im Sinne der freiheitlich demokratischen
21 Grundordnung und kostenlose Bildung in das Grundgesetz. Die Einordnung soll zu Artikel 7
22 (Schulwesen) erfolgen. Es soll Absatz 2 werden. Die anderen Absätze bleiben erhalten
23 verschieben sich aber in der Nummerierung. Der bisherige Absatz 2 wird zu Absatz 3 und so
24 weiter.

25 Formulierung des Absatzes:

26 Bildung ist für jeden Einwohner der Bundesrepublik Deutschland, besonders für
27 Schulpflichtige und Studierende, frei, politisch neutral, im Sinne der freiheitlich
28 demokratischen Grundordnung und kostenlos. Dies schließt nicht nur die Bildung selbst
29 mit ein. Es ist die Pflicht der staatlichen Gewalt jedem Einwohner dies zu ermöglichen.
30 Das Recht auf Bildung ist Grund- und Menschenrecht.

31 Begründung:

32 In Artikel 1 des Grundgesetzes heißt es „ Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu
33 achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Es gehört zur Würde eines
34 jeden Menschen, dass er sich bilden kann. Daher muss es für den zum Schutz der Würde der
35 Menschen verpflichteten Staat ebenso eine Verpflichtung sein, die Bildung der Menschen zu

1 gewährleisten. Um Bildung für alle Menschen in Deutschland zu ermöglichen, muss sie
2 kostenlos sein wie die Erreichbarkeit (zum Beispiel: Fahrtkostenübernahme).

3 Aus Artikel 4 („Die Freiheit der Glaubens, des Gewissens und die Freiheit der religiösen und
4 weltanschaulichen Bekenntnisse sind unverletzlich.“) ergibt sich, dass die Bildung in
5 Deutschland politisch neutral sein muss und dass jeder, der sie genießt, sich frei nach Artikel 4
6 des Grundgesetzes entfalten kann. Die Vorschrift der politischen Neutralität in der Bildung
7 beinhaltet also ein Verbot jeglicher Form von Propaganda in deutschen Bildungseinrichtungen.

8 Der Hinweis: *basierend auf der freiheitlich demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik*
9 *Deutschland* erschließt sich aus dem freiheitlich demokratischen Geist des Grundgesetzes, dem
10 der deutsche Staat verpflichtet ist.

Beschlusnummer: C 8

Adressat: Landesparteitag der BayernSPD, Landtagsfraktion

Schulsozialarbeit und Offene Jugendarbeit: Kooperation statt Konkurrenz

11 Wir fordern, dass bei neu errichteten und bestehenden (Ganztags-)Schulen mit eigener
12 Schulsozialarbeit (durch eigenes Personal) auch die vor Ort existierenden Strukturen der
13 offenen Kinder- und Jugendarbeit berücksichtigt sowie mit einbezogen werden. Die
14 Schulsozialarbeit soll nicht „am grünen Tisch“ und losgelöst von bereits existierenden und
15 funktionierenden Strukturen eingerichtet oder fortgeführt werden, sondern soll mit der
16 Offenen Jugendarbeit sinnvoll kooperieren. Die Fraktion der SPD im Bayerischen Landtag wird
17 dazu aufgefordert, die Erarbeitung von Konzepten und Maßnahmen zur Förderung der
18 Kooperation bestehender und neuer Strukturen der Schulsozialarbeit und Jugendarbeit zu
19 fördern und in ihren eigenen Entwicklungen (beispielsweise der Gemeinschaftsschule) zu
20 verankern.

21 Im Zuge der Einrichtung von Ganztagsangeboten an Mittelschulen, Gymnasien und künftig
22 wohl auch an Gemeinschaftsschulen wird oftmals überhaupt nicht darauf eingegangen, dass
23 es in Kommunen möglicherweise bereits Strukturen der Jugendarbeit gibt. Die Befürchtung,
24 dass neu geschaffene Stellen und Konzepte sowie der Ganztagsbetrieb an sich zum Ausbleiben
25 der Kinder und Jugendlichen in den Einrichtungen der Offenen Jugendarbeit führen könnten,
26 macht auch unter PädagogInnen die Runde. Bisher gibt es nur vereinzelt Konzepte, wie man
27 eine sinnvolle Zusammenarbeit und Ergänzung von bestehenden Strukturen und zweifelsfrei
28 nötigen neuen Einrichtungen der Schulsozialarbeit bewerkstelligen könnte.

29 (nach: *Thimm, Karlheinz: Jugendarbeit im Ganztage der Schule, S. 13 f.)*

30

Beschlusnummer: C 10

AdressatInnen: SPD-Landesparteitag und SPD-Bundesparteitag.

Bundeswehr an den Schulen

- 1 Die möglichst baldige Auflösung der Kooperationsvereinbarungen zwischen Bundeswehr und
- 2 Schule, bezüglich der Schulbesuche durch Jugendoffiziere, soll in das Wahlprogramm der SPD
- 3 übernommen werden.

- 4 Schulen müssen immer ein ziviler Raum sein. Genau das sind sie jedoch nicht mehr, wenn
- 5 speziell ausgebildete Jugendoffiziere an Schulen unterwegs sind. Sicherlich sind Debatten zu
- 6 sicherheitspolitischen Themen notwendig, auch an Schulen, diese müssen dann jedoch auch
- 7 als Debatte geführt werden. Das bedeutet dass auch VertreterInnen pazifistischer Initiativen
- 8 eingeladen werden müssen. Bis eine derartige Lösung gefunden worden ist, ist die
- 9 Kooperationsvereinbarung aufzukündigen. Die Behauptung, Jugendoffiziere würden nur bilden
- 10 und nicht rekrutieren, lehnen wir ab, da allein die Präsenz und der inhaltliche Fokus der
- 11 ReferentInnen eine Form der Militarisierung ist.

- 12

Verband, Partei, Ehrenamt

Beschlusnummer: E 3

Adressaten Juso Bundeskongress, SPD-Landesvorstand, SPD-Bundesvorstand, Schatzmeisterin der SPD Barbara Hendricks

Mitfahrgelegenheit zur Fahrtkostenabrechnung zulassen!

1 Wir fordern die AdressatInnen auf, bei der Fahrtkostenerstattung zukünftig auch die Nutzung
2 der Mitfahrzentralen zu beachten. Es ist eine unbürokratische Lösung bei der Erstattung dieser
3 umweltfreundlichen und vor allem ökonomisch sinnvollen Reisevariante zu finden. Grundlage
4 der Vergütung ist der empfohlene Km-Satz.

5

Begründung:

7 Aktuell werden von der SPD nur Bahntickets sowie die Fahrt im eigenen PKW mit den
8 entsprechenden Mitfahrern bezahlt. In Ausnahmefällen auch das Flugzeug. Die ökonomisch
9 sinnvolle, meistens kostengünstigere und ökonomisch sehr sinnvolle Variante der
10 Mitfahrzentrale findet keine Beachtung. Dabei ließe sich hier gleichzeitig Geld sparen sowie ein
11 Beitrag zu weniger Staus und weniger überfüllten Zügen leisten.

12 Eine unbürokratische Lösung für die Abrechnung wäre es, den beispielsweise bei
13 mitfahrzentrale.de angegebenen empfohlenen Km-Satz anzurechnen.

Beschlusnummer: E 4

Beschlussadressaten: LaKo Jusos Bayern

Barrierefreie Veranstaltungen der Jusos Bayern

14 Die Jusos Bayern mögen sich dafür einsetzen, dass alle Veranstaltungen der Jusos Bayern in
15 Zukunft in barrierefreien Räumlichkeiten stattfinden werden.

16 Mit barrierefrei sei gemeint:

- 17 - Barrierefreier Zugang zum Tagungsort, wichtigen Punkten im Tagungsort und
- 18 Unterbringung
- 19 - Überwindungsmöglichkeiten von vorhandenen Stufen per Rampen, Aufzügen, etc. sei
- 20 gegeben

21 Sollte bei mangelnder Barrierefreiheit der angestrebte Austragungsort nicht geeignet sein, ist
22 in Zusammenarbeit mit dem jeweiligen Bezirk ein alternativer Ort zu finden. Sollte in einem
23 Bezirk keine barrierefreie Tagung möglich sein, so wird dieser Bezirk in der Vergabe von
24 Veranstaltungen der Jusos Bayern übergangen, bis der Bezirk einen geeigneten Ort vorschlagen
25 kann.

1 **Beschlusnummer: E 7**

2 **Beschlussteller:** Jusos Oberfranken

3 **AdressatIn:** SPD Landesparteitag

4

5 **Gleichstellung der Mitglieder der Rettungsdienste mit den Angehörigen** 6 **der Freiwilligen Feuerwehren**

7 Das Ehrenamt bildet in Deutschland eine wichtige Stütze in unserer Gesellschaft. Ohne
8 Menschen, die sich ehrenamtlich engagieren, wäre unser Zusammenleben nicht möglich.
9 Daher gibt es auch aus Reihen der Politik immer wieder Versprechungen, das Ehrenamt zu
10 fördern und attraktiv zu gestalten.

11 Neben den Freiwilligen, die sich z.B. in der Versorgung und Pflege älterer Mitmenschen
12 engagieren, gibt es unzählige Freiwillige im Bereich des Katastrophenschutzes. In diesem
13 unbestritten wichtigen Gebiet scheint es aber Ehrenamtliche erster und zweiter Klasse zu
14 geben. Die Angehörigen der Freiwilligen Feuerwehren werden in Bayern durch das Bayerische
15 Feuerwehrgesetz gesetzlich unterstützt. Beispielsweise heißt es dort im Paragraphen 9, Abs. 1,
16 Satz 1: „Arbeitnehmern dürfen aus dem Feuerwehrdienst keine Nachteile im Arbeitsverhältnis
17 (...) erwachsen.“ Das Feuerwehrgesetz regelt weiterhin die Freistellung von der Arbeit während
18 und nach einem Einsatz sowie die Ruhezeit nach einem Einsatz in der Nacht.

19 Solch eine Regelung gibt es bei den Rettungsdiensten nicht. Daraus entsteht der unverschämte
20 Fall, dass beispielsweise bei einem nächtlichen Verkehrsunfall, bei dem Personen aus ihren
21 Fahrzeugen gerettet sowie rettungsdienstlich versorgt werden müssen, die Angehörigen der
22 Feuerwehr am nächsten Morgen für eine gewisse Zeit von der Arbeit freigestellt sind, um ihre
23 durch den Einsatz entfallene Ruhezeit nachzuholen.

24 Die Mitglieder des Rettungsdienstes, deren Arbeit unerlässlich ist, müssen am nächsten
25 Morgen regulär auf die Arbeit, obwohl sie ihre Ruhezeit ebenfalls nicht nutzen konnten.
26 Ähnliches gilt bei einem Einsatz, der zwar vor der Arbeitszeit beginnt, in diese aber
27 hineinreicht. Der Feuerwehrdienstleistende ist „zur Arbeitsleistung nicht verpflichtet“ und
28 somit für die Dauer des Einsatzes vom Beruf freigestellt. Sollte er Probleme mit seinem
29 Arbeitgeber bekommen, kann er dieses Recht vor Gericht einklagen, da ihm aus dem
30 Feuerwehrdienst keine Nachteile entstehen dürfen. Das Mitglied des Rettungsdienstes
31 dagegen besitzt keines solcher Rechte. Im Zweifelsfall hat er keine rechtliche Handhabe, um
32 sich vor Gericht verteidigen zu können.

33 Da diese Ungerechtigkeit nicht länger tragbar ist, fordern wir, für die Mitglieder des
34 Rettungsdienstes eine rechtliche Grundlage auf Basis des Bayerischen Feuerwehrgesetzes zu
35 erstellen, um alle Ehrenamtlichen, die sich um dasselbe Ziel bemühen, gleichzustellen.

Gesicht zeigen für die SPD auch im Wahlkampf

- 1 In letzter Zeit konnte man vermehrt beobachten, dass SPD-KandidatInnen für öffentliche
- 2 Ämter auf ihren Wahlplakaten und Wahlpublikationen auf einen sichtbaren Hinweis auf die SPD
- 3 verzichtet haben. Da stellt sich die Frage, ob sich die KandidatInnen für ihre Parteizugehörigkeit
- 4 schämen oder sie die Verwendung des SPD-Logos als wahlkampfschädlich empfinden.

- 5 Wer sich für die SPD aufstellen lässt, sollte auch zeigen, dass sie/ er für die SPD antritt. Daher
- 6 sollte öffentlich auf allen Wahlplakaten und Wahlpublikationen der von der SPD aufgestellten
- 7 KandidatInnen gut sichtbar das SPD-Logo zu sehen sein. Dabei darf es keine Ausnahmen geben.
- 8 Wer jedoch weiterhin darauf verzichten möchte, ist automatisch von einer Kandidatur für die
- 9 SPD und den Wahlkampfgeldern der SPD ausgeschlossen.

10

Gesundheit und Verbraucherschutz

Beschlusnummer: F 2

Adressaten: Juso Bundeskongress

Stärkung von Prävention und Gesundheitsförderung

1 Für uns bedeutet eine gute Gesundheitspolitik Maßnahmen zu ergreifen, die an verschiedenen
2 Punkten bei den Themen Gesundheit und Krankheit ansetzen. Nicht nur die Behandlung von
3 Krankheiten und Leiden darf im Fokus stehen, vielmehr müssen die Anstrengungen im Bereich
4 der Vorbeugung von Erkrankungen deutlich verstärkt werden. In besonderem Maße soll hierbei
5 die sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen Beachtung finden. Für uns gilt auch
6 im Bereich von Prävention der Grundsatz „Freiheit vor Zwang“, gleichwohl befürworten wir
7 gesetzliche Regelungen, wenn diese nicht unangemessen in Freiheitsrechte des Einzelnen
8 eingreifen und zum Schutze Dritter wirken.

9 Im Sinne einer verbesserten Prävention schlagen wir deshalb vor:

- 10 - Die Verabschiedung eines Präventionsgesetzes auf Bundesebene, um die Aufgaben für
11 Prävention und Gesundheitsfürsorge bei einem Träger zusammenzuführen. Hiermit
12 würde eine neue, eigenständige Säule der gesundheitlichen Versorgung geschaffen. Die
13 derzeitige Verteilung auf verschiedene Sozialleistungsträger und Behörden führt zu
14 Ineffizienz, grenzt den Nutzerkreis oftmals ein und schmälert die nachhaltige
15 Wirksamkeit von Programmen. Ziel muss die Anwendung wissenschaftlicher
16 Erkenntnisse aus der Präventionsforschung auf die gesamte Bevölkerung unter
17 Berücksichtigung gruppenspezifischer Merkmale (z.B. Alter, Bildung) im jeweiligen
18 unmittelbaren Lebensumfeld sein.

19 Im Gesetz wird festgelegt:

- 20 • Es wird eine Stiftung öffentlichen Rechts mit dem Namen „Stiftung Prävention und
21 Gesundheitsförderung“ als eigenständige und unabhängige Einrichtung errichtet. Dort
22 soll die bundesweite Koordination in diesem Bereich gebündelt werden. Neben der
23 Erarbeitung an Empfehlungen für die Politik, erfolgt eine Zusammenarbeit mit den
24 Akteuren in Gesellschaft und Gesundheitswesen und es werden konkrete Kampagnen
25 und Projekte entworfen.
26
- 27 • Die Festlegung einer verbindlichen Finanzierung durch die Sozialversicherungsträger
28 und aus Steuermitteln zur Sicherung der Tätigkeit der Stiftung. Diese ist Grundlage für
29 eine eigene materielle und personelle Ausstattung, die eine längerfristige Tätigkeit
30 ermöglicht.
31
- 32 • Die Neugründung eines Nationalen Instituts für Präventionsforschung zur
33 Grundlagenforschung, wissenschaftlichen Bewertung und Qualitätssicherung.
34

- 1 • Im Rahmen der gewonnenen Erkenntnisse die Entwicklung von nationalen
2 Präventionszielen, welche durch den Deutschen Bundestag beschlossen werden. Die
3 Koordinierung der Umsetzung wird durch die Stiftung übernommen. Nach einem
4 angemessenen Zeitraum findet eine Überprüfung der Wirksamkeit durchgeführter
5 Maßnahmen im Abgleich mit der ursprünglichen Zielsetzung statt und es erfolgen
6 nötige Änderungen.
7
- 8 - Die Einrichtung eines Fördermittelfonds für betriebliche Prävention. Gefördert werden
9 sollen herausragende Projekte einer gesundheitserhaltenden Gestaltung von
10 Arbeitsplätzen, die das Potential einer breiteren Nutzung in sich tragen. Der Fonds ist
11 nicht als finanzielle Ersatzquelle für die den Arbeitgebern obliegenden, grundsätzlichen
12 Pflichten im Rahmen bestehender gesetzlicher Regelungen (z.B. dem
13 Arbeitsschutzgesetz) gedacht.
14
- 15 - Eine gesetzliche Regelung von Werbeeinschränkungen für Produkte, die bei starkem
16 Konsum gesundheitliche Beeinträchtigungen hervorrufen können. Verboten werden soll
17 die Bewerbung mit scheinbar gesundheitsfördernden Eigenschaften und das
18 Suggestieren eines gesundheitlichen Mehrwerts von verzehrfähigen Produkten, wenn
19 sich die Gesamtheit der Inhaltsstoffe bei hohem Verbrauch des Nahrungsmittels eher
20 gesundheitsschädlich auswirken, auch wenn daneben gesundheitsfördernde
21 Bestandteile vorhanden sind. Dies gilt insbesondere für Produkte, für die Kinder und
22 Jugendliche als Hauptkonsumenten in Frage kommen. Ein komplettes Werbeverbot für
23 die betroffenen Lebensmittel soll nicht geschaffen werden.
- 24 - Die Festschreibung einer Verpflichtung, die sogenannten „U“s (ärztliche Untersuchung
25 zu bestimmten Zeitpunkten während des Kindesalters) wahrzunehmen. Basis sind
26 hierfür die bisher lediglich empfohlenen „U“s bis zum Schuleintritt.
27

28 Trotz der modernen Medizin heutzutage gibt es weiterhin viele Krankheiten, deren Heilung
29 nicht oder nur eingeschränkt möglich ist, oder andererseits das größte Therapieziel das
30 Verhindern eines weiteren Voranschreitens darstellt. Auch bei einem weiter anhaltenden
31 Fortschritt der medizinischen Forschung innerhalb der nächsten Jahrzehnte besteht
32 keineswegs die Aussicht auf bahnbrechende Erfolge bei den meisten Krankheitsbildern.

33 Gleichzeitig nimmt der Anteil der sogenannten zivilisationsbedingten Krankheiten in
34 Deutschland, wie auch in den anderen Industrienationen, kontinuierlich zu. Gemeinsamkeit
35 besteht bei den meisten dieser Krankheiten darin, dass sie auf Lebensgewohnheiten beruhen
36 und damit ein Großteil grundsätzlich verhindert werden könnte.

37 Dabei lassen sich in der Bevölkerung große Unterschiede beim Wissen über diese Umstände
38 ausmachen und selbst beim Anteil derjenigen, die über das Wissen darüber verfügen, wird die
39 Möglichkeit des eigenen Einflusses auf Krankheit zu niedrig eingeschätzt. Auf der anderen
40 Seite besitzt ein beträchtlicher Teil der Menschen nur sehr geringe Kenntnisse über
41 krankmachendes und gesundheitsförderndes Verhalten.

42 Paradoxerweise besteht ein breiter gesellschaftlicher und auch parteienübergreifender
43 Konsens über die Bedeutung von Prävention, gleichwohl mündete dies bisher nicht in
44 umfassende Initiativen des Gesetzgebers. Stattdessen dominierte der Streit um die

1 Finanzierung (wahrscheinlich würde jeder eingesetzte Euro später an anderer Stelle zu
2 Kosteneinsparungen führen) und Zuständigkeiten von Behörden und
3 Sozialversicherungsträgern. So schlummert seit der Regierungszeit von Rot-Grün ein
4 kompletter Referentenentwurf zu dieser Thematik in ministeriellen Schubläden vor sich hin,
5 der schon kurz vor der Beratung im Bundestag als Gesetzesentwurf stand.

6 Dabei ist es höchste Zeit endlich konkrete Maßnahmen zu ergreifen, wie die Inzidenzraten der
7 „Zivilisationskrankheiten“ zeigen. Hierfür ist eine Gesamtstrategie nötig, welche ständig
8 weiterentwickelt wird, im Unterschied zu den derzeit vorherrschenden Einzelvorhaben auf
9 unterschiedlichen Ebenen. Aufklärungskampagnen zu den diversen Problemen von
10 Krankheitsentstehung zeigen erwiesenermaßen so gut wie keine Wirkung (auch hier gibt es
11 natürlich Ausnahmen) und sind trotzdem so gut wie das einzig eingesetzte Werkzeug der
12 Präventionspolitik heute. Hinzu kommt die Verteilung von Aufgaben in der Prävention auf viele
13 ganz verschiedene Institutionen, ohne dass eine echte Zuständigkeit irgendwo geregelt wäre,
14 ganz abgesehen von der Tatsache, dass so eine Beurteilung der Wirksamkeit präventiver
15 Ansätze unmöglich ist.

16 Eine stärkere Beachtung muss die sozial bedingte Ungleichheit von Gesundheitschancen
17 finden, ist es doch gerade so, dass bei Menschen mit niedrigem sozioökonomischen Status die
18 größten Gesundheitsrisiken beheimatet sind, während bei ihnen im Moment die meisten
19 präventiven Vorhaben noch ins Leere laufen (ein gutes Beispiel ist die signifikant
20 unterdurchschnittliche Nutzung von Vorsorgeuntersuchungen).

21 Ein praktisches Beispiel mit einer relativ unkomplizierten Umsetzbarkeit ist die Einführung
22 einer „Lebensmittelampel“, wie schon in anderen Staaten geschehen. Die momentane Praxis
23 der Deklaration ist für Viele unverständlich und entspricht oft nicht den im Alltag verzehrten
24 Mengen. Auch die vielfache Angabe der GDA (Guideline Daily Amount) als Richtwert für den
25 Tagesbedarf an Energie und bestimmten Nahrungsbestandteilen ist wissenschaftlich
26 umstritten und wird dem individuellen Bedarf nicht gerecht. Bei der Ampel erfolgt die
27 Kennzeichnung für Fett, gesättigte Fettsäuren, Zucker und Salz in drei Farben je nach Anteil
28 dieser Stoffe an 100 Millilitern bzw. 100 Milligramm. Die Werte richten sich nach den Angaben
29 der britischen Lebensmittelbehörde Food Standards Agency (FSA).

30 In Deutschland ist in den letzten Jahren eine Abnahme der Impfbereitschaft zu verzeichnen.
31 Dies führt wieder zu einem vermehrten Auftreten bestimmter Krankheiten, während
32 gleichzeitig Impfziele der WHO zur Ausrottung von Infektionskrankheiten in weite Ferne
33 rücken. Die Banalisierung als Kinderkrankheiten und das Unvermögen zu einer rationalen
34 Nutzen-Risiko-Abschätzung oder einfach die Vernachlässigung von Impfungen dürften
35 Hauptgründe hierfür sein. Krebskranke Kinder und Kinder mit Immunschwäche bauen oft
36 keinen effektiven Impfschutz auf, sie können nur vor impfbaren Erkrankungen geschützt
37 werden, wenn Immunität der unmittelbaren Kontaktpersonen besteht. Empfohlen wird der
38 Impfnachweis für Gemeinschaftseinrichtungen für Kinder von der Deutschen Gesellschaft für
39 Pädiatrische Infektiologie und dem Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte in Deutschland.
40 Beispielsweise sterben laut WHO weltweit jedes Jahr 240.000 Kinder an Masern, bei einer
41 geschätzten Zahl von 30 – 40 Millionen. Auch Deutschland ist immer wieder von
42 Masernepidemien betroffen, in deren Verlauf regelhaft Todesfälle auftreten.

Antragsnummer: F 4
Antragssteller: Jusos Oberpfalz
Adressaten: Juso Bundeskongress

Zukünftige Struktur des Gesundheitswesens

1 Jeder Mensch hat das Recht auf Gesundheit, unabhängig seines Vermögens und seiner
2 persönlichen Situation. Die Erfüllung dieses Anspruchs ist für uns eine solidarische Aufgabe der
3 gesamten Gesellschaft. Zugunsten des übergeordneten Interesses der Gewährleistung einer
4 höchstmöglichen Gesundheit für jeden Einzelnen, im Gegensatz zur Erzielung von monetären
5 Gewinnen, bedarf es einer umfassenden Regulierung der Rahmenbedingungen.
6 Deshalb setzen wir uns ein für:

- 7 • Die Einführung einer Krankenversicherung im Sinne der Bürgerversicherung: jede
8 BürgerIn ist pflichtversichert, dies gilt auch für Beamte, Freiberufler und Selbständige.
9 Die Gesetzliche Krankenversicherung wird in eine Bürgerversicherung überführt,
10 ebenso werden alle neu Versicherten automatisch Mitglied in der Bürgerversicherung.
11 Bisherige Mitglieder der Privaten Krankenversicherung haben die Wahlmöglichkeit in
12 die Bürgerversicherung zu wechseln unter Mitnahme des Teiles der Rücklagen, der
13 verfassungs- und vertragsrechtlich möglich ist. Die Privaten Krankenversicherungen
14 haben im System der Bürgerversicherung einen Basistarif anzubieten, welcher die
15 Leistungen in der Gesetzlichen Krankenversicherung abdeckt. Kinder und
16 Familienmitglieder ohne eigenes Einkommen werden kostenfrei mitversichert, hier
17 erfolgt die Finanzierung durch Steuermittel.
18
- 19 • Die Abschaffung der Beitragsbemessungsgrenze wird geprüft. Sollten einer
20 Abschaffung verfassungsrechtliche Gründe entgegen stehen, ist sie deutlich
21 anzuheben.“
22
- 23 • Die Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung durch Arbeitnehmer und
24 Arbeitgeber in der Gesetzlichen Krankenversicherung.
25
- 26 • Die Berücksichtigung von Kapitaleinkünften (aus Vermietung, Zinsen und
27 Kapitalanlagen) bei der Finanzierung des Gesundheitssystems. Jede Art von Einkünften
28 findet Berücksichtigung bei der Finanzierung des Gesundheitswesens, die Höhe der
29 Zahlungen zur Krankenversicherung erfolgt einkommensabhängig. Es ist ein
30 Steuermodell zu entwickeln, welches das tatsächlich im Jahr erzielte
31 Gesamteinkommen als Berechnungsgrundlage heranzieht. Der Finanzierungsanteil des
32 Gesundheitssystems über Steuern wird erhöht, im Rahmen des Möglichen können die
33 Krankenversicherungsbeiträge sinken.
34
- 35 • Die Abschaffung der kassenindividuellen Zusatzbeiträge.
36
- 37 • Die ersatzlose Streichung von Zuzahlungen: die Eigenbeteiligung im Krankenhaus und
38 in der Rehabilitation, Zuzahlungen zu Medikamenten und Hilfsmitteln, Zuzahlungen zu
39 Heilmitteln, die Praxisgebühr.
40

- 1 • Die Verlagerung versicherungsfremder Leistungen aus dem Katalog der Gesetzlichen
2 Krankenversicherungen heraus. Dies sind konkret: die beitragsfreie Versicherung
3 während der Elternzeit, Leistungen rund um die Schwangerschaft, Leistungen zur
4 Empfängnisverhütung, Betriebs- und Haushaltshilfen, das Mutterschaftsgeld und das
5 Krankengeld bei der Betreuung eines kranken Kindes. Die Finanzierung soll in Zukunft
6 über Steuermittel erfolgen, die oben genannten Leistungen sollen erhalten bleiben.
7
- 8 • Die Anwendung des ermäßigten Mehrwertsteuersatzes von 7 Prozent auf Arzneimittel,
9 Heil- und Hilfsmittel.
10
- 11 • Die Umstellung der Preisbindung von verschreibungspflichtigen Arzneimitteln in der
12 Arzneimittelpreisverordnung (AMPreisV) von einer indirekten zu einer direkten
13 Steuerung der Endpreise. Die Höhe soll sich am EU-Durchschnitt der jeweiligen
14 Medikamentenpreise orientieren, eine Regelung auf europäischer Ebene ist zu
15 bevorzugen.
16
- 17 • Die Optimierung bei der Zulassung von neuen Medikamenten. Die Zulassung neuer
18 Medikamente muss an den Kriterien einer verbesserten Wirksamkeit gegenüber
19 bestehenden Arzneimitteln, Zusatznutzen oder der Verringerung von unerwünschten
20 Arzneimittelwirkungen orientiert sein.
21
- 22 • Die Überprüfung des DRG-Systems auf Kosteneinsparungen seit der Einführung,
23 Versorgungssicherheit, sowie Verbesserung der therapeutischen Ergebnisse im
24 Vergleich zur Situation vor dessen Einführung. Berücksichtigt werden sollen auch die
25 Veränderungen im Verwaltungsaufwand im Vergleich zum vorherigen Zustand. Je nach
26 Ergebnis ist eine Abschaffung oder Vereinfachung des bisherigen Systems umzusetzen.
27
- 28 • Eine einheitliche Vergütung der Leistungen im ambulanten Bereich. Die zurzeit
29 bestehende Differenz bei der Behandlung von gesetzlich und privat
30 Krankenversicherten wird in einer neuen Gebührenordnung aufgehoben. Es erfolgt
31 somit eine Angleichung von EBM und GOÄ, bzw. BEMA und GOZ.
32
- 33 • Die Reduzierung der Individuellen Gesundheitsleistungen (IgeL) auf diagnostische und
34 therapeutische Verfahren, welche einen möglichen medizinischen Nutzen mit sich
35 bringen.
36
- 37 • Den Ausbau der psychiatrischen und psychotherapeutischen Behandlung im
38 ambulanten Bereich. Dies schließt unter anderem eine Stärkung der
39 sozialpsychiatrischen Dienste, vor allem auf medizinischer und pflegerischer Ebene ein,
40 sowie eine bessere Vernetzung ambulanter und stationärer Behandlung.
41
- 42 • Keine weitere Privatisierung von Krankenhäusern, die sich in öffentlicher Hand
43 befinden. Die Finanzierung der Krankenhäuser ist hierbei sicherzustellen, indem die
44 jetzige Duale Finanzierung auf eine monistische Krankenhausfinanzierung umgestellt
45 wird.

- 1 • Finanzierung, Förderung und Auf- und Ausbau eines Angebots präventiver
2 Maßnahmen. Der Entstehung vieler Krankheiten kann durch frühzeitige, präventive
3 Maßnahmen vorgebeugt werden. Es können dadurch Leiden des Patienten verhindert
4 sowie große Kosten im System eingespart werden. Ein geeignetes Angebot reicht von
5 der Förderung präventiver Maßnahmen im Beruf bis zu kostenlosen, regelmäßigen
6 Screenings beim Arzt.

7 **Begründung:**

8 Während der letzten Jahrzehnte dominierte die Kostendebatte, wann immer es um Probleme
9 und mögliche Reformen im Gesundheitswesen ging. Auch wenn man die sogenannte
10 Kostenexplosion als Märchen bezeichnen kann, ist doch ein leichter Anstieg der Ausgaben im
11 deutschen Gesundheitswesen auszumachen. So stieg der Anteil der Gesundheitsausgaben am
12 Bruttoinlandsprodukt in den Jahren von 2000 bis 2009 von 10,3 Prozent auf 11,6 Prozent.
13 Weitere Kostenanstiege sind in Zukunft zu erwarten, hier dürfte insbesondere die
14 demographische Entwicklung treibende Kraft sein. Problematisch wird dies im Zusammenspiel
15 mit einem gleichzeitigen Wegfall auf der Seite der Einnahmen im bestehenden System,
16 hervorgerufen durch den Rückgang beitragspflichtiger Arbeitsplätze. Unter der Perspektive
17 dieses Kostendrucks und zu erwartender demographischer Veränderungen, welche das
18 Gesundheitssystem in besonderem Maße betreffen werden, entsteht ein Zwang zu Reformen.

19 Im konservativ-bürgerlichen Lager und noch ausgeprägter bei den Liberalen setzte sich die
20 Ansicht durch, dass die richtigen Antworten gegenüber diesen Umständen nur in mehr Markt,
21 Privatisierung und Deregulierung bestehen würden. Dabei wird geflissentlich die Tatsache
22 ausgeblendet, dass es zum Teil deutliche Ungleichheiten der „Marktteilnehmer“ bezüglich
23 Macht und Wissen gibt und dass medizinische Leistungen nicht einfach nur Produkte sind. Es
24 widerspricht weiterhin dem sozialdemokratischem Verständnis von Gesundheit als
25 Menschenrecht und damit verbunden dem freien Zugang zu medizinischer Versorgung für Alle.

26 Damit stehen sich im Wettstreit der Versicherungssysteme derzeit das neoliberale Modell der
27 Kopfpauschalen und das Modell der Bürgerversicherung gegenüber. Während im ersten
28 System die Abgaben jedes Versicherten gleich hoch sind, erfolgt bei letzterem die Höhe der
29 Belastung nach finanzieller Leistungsfähigkeit – der Stärkere unterstützt den Schwächeren.

30 Vor diesem Hintergrund kam in den letzten Jahren eine deutliche Bewegung in den Umbau der
31 Versicherungssysteme, die sich besonders unter der schwarz-gelben Koalition in Richtung
32 Individualversicherung entwickelt hat. So ist in dieser Legislaturperiode ein Umbau begonnen
33 worden, weg von der solidarischen Krankenversicherung hin zu einer privaten Absicherung von
34 Krankheitsrisiken. Die Zusatzbeiträge in der Krankenversicherung in Kombination mit einem
35 Einfrieren der Beitragssätze sind derart ausgestaltet, dass die Versicherten alle künftigen
36 Kostensteigerungen einseitig zu tragen haben. Der mittelfristige Übergang zu einem System
37 der Kopfpauschalen wurde somit eingeleitet, sollte keine Änderung des Finanzierungsmodus
38 durch die Bundesregierung der nächsten Legislaturperiode erfolgen.

39 Momentan geplante und beschlossene Verfahren, um einen Sozialausgleich herbeizuführen
40 sind nicht geeignet, die Solidarität innerhalb der Krankenversicherung zu wahren. Zum einen
41 wird ein Großteil der Versicherten auf diese Weise zukünftig zu Bittstellern staatlichen

1 Behörden gegenüber degradiert, zum anderen werden gerade niedrige Einkommen tendenziell
2 belastet, vom zusätzlichen Verwaltungsaufwand ganz abgesehen.

3 Im Gegenteil ist der Solidaritätsgedanke in der Gesundheitsversorgung wieder zu stärken.
4 Schließlich geht es hierbei um Risiken des Lebens, die jeden treffen können und deren
5 Bewältigung nicht von den eigenen finanziellen Mitteln abhängen darf. Das immer wieder
6 vorgebrachte Argument der Verantwortung für die eigene Gesundheit findet seine Grenzen an
7 den äußeren Umständen, die sich der Kontrolle des Individuums entziehen und den
8 persönlichen Möglichkeiten, welche in den meisten Menschen unbewusst angelegt sind. Das
9 heißt nicht, dass es gar keine Verantwortlichkeit des Einzelnen gibt, wohl aber dass diese in
10 einer starken Abhängigkeit von Wissen, Fähigkeiten und Lebensumwelt steht.

11 Mehrere Studien belegen den fehlenden Zusammenhang zwischen individuellen Zahlungen
12 und erwartetem gesundheitsfördernden Verhalten. Besonders deutlich wird dies bei Menschen
13 mit einem niedrigen sozioökonomischen Status, verkehrt sich hier doch der Effekt ins Gegenteil
14 und es tritt eine verringerte Inanspruchnahme medizinischer Versorgung (und Vorsorge) auf.

15 Die Verlagerung der Erstattung ärztlicher Leistungen in den Bereich der Selbstzahlung trifft
16 eigens auf die sogenannten Individuellen Gesundheitsleistungen (IgEL) zu. IgEL sind zum
17 Beispiel: Reisemedizinische Beratung und entsprechende Impfberatung, Reise-Impfungen
18 ,Eignungsuntersuchungen (zum Beispiel für Reisen, Flugtauglichkeit, Tauchsport),
19 Sportmedizinische Untersuchungen und Beratungen, Allergologische Berufseignungstests (z.B.
20 Bäcker, Friseur), Medizinisch-kosmetische Leistungen wie Entfernung von Tätowierungen,
21 Ästhetische Operationen, Tests zur Prüfung der Verträglichkeit von Kosmetika,
22 Blutgruppenbestimmung auf Wunsch, Zusätzliche Vorsorgeuntersuchungen auf Wunsch, usw.

23 Im Zuge der Einführung einer Bürgerversicherung ist ergänzend eine Änderung des bisherigen
24 Vergütungssystems im ambulanten Sektor sinnvoll. Bisher entschied der Status gesetzlich oder
25 privat versichert über den Betrag, den die Ärztin oder der Arzt für eine Behandlung erhielt. So
26 ergaben sich teils gravierende Unterschiede bei komplett gleicher Diagnostik und Therapie. Ein
27 Umstand, der nicht selten dazu führt, dass sich Ärztinnen und Ärzte vermehrt in Regionen mit
28 vielen Privatversicherten niederlassen, PrivatpatientInnen tendenziell eher übertherapiert
29 werden und Behandlungstermine von Kassenpatienten aus Abrechnungsgründen in das
30 nächste Quartal verschoben werden. Um gleiche Behandlung aller Versicherten zu
31 ermöglichen, muss ebenfalls Gleichheit auf der Ebene der Preise ärztlicher Arbeit bestehen. Die
32 bestehenden Gebührenordnungen sind der Einheitliche Bewertungsmaßstab (EBM) und der
33 Bewertungsmaßstab zahnärztlicher Leistungen (BEMA) bei der Abrechnung von
34 Kassenpatienten und die Gebührenordnung für Ärzte (GOÄ) bzw. Zahnärzte (GOZ) bei
35 Privatpatienten.

36 Während die Entwicklung eines neuen Versicherungsmodells vornehmlich die Seite der
37 Einnahmen umfasst, sind ebenso Einsparungen auf der Ausgabenseite erstrebenswert.
38 Gleichwohl ist das hier noch ausschöpfbare Potential eher als gering einzustufen. Will man
39 den jetzigen Standard in der Versorgung halten und zukünftigen Fortschritt für alle
40 ermöglichen, sind grundsätzlich bestimmte Strukturen erforderlich, was aber Veränderungen
41 an selbigen nicht ausschließt.

1 Seit Jahren in der Debatte stehen die sogenannten versicherungsfremden Leistungen im
2 Katalog der Gesetzlichen Krankenversicherung. Hierbei handelt es sich um gesellschaftlich
3 erwünschte Leistungen, die zurzeit durch die Sozialbeiträge bezahlt werden. Das Volumen wird
4 in unterschiedlichen Quellen mit einer Summe im Bereich von vier bis 45 Milliarden Euro pro
5 Jahr beziffert. Eine Finanzierung über Steuermittel würde die einseitige Belastung der
6 Versicherten beenden und die gesamte Gesellschaft an der Aufbringung der nötigen
7 Geldmittel beteiligen. Gleichzeitig wäre eine Entlastung der Lohnnebenkosten gegeben.

8 Weiteres Einsparpotential ergibt sich im Bereich der Arzneimittel. Es ist unverständlich
9 weshalb die Preise für Medikamente in Deutschland über dem Niveau in anderen
10 Industriestaaten liegen und deshalb keine regulierenden Schritte seitens des Gesetzgebers
11 unternommen werden. Die Preisbildung muss wesentlich transparenter gestaltet werden und
12 eine Preissteuerung näher an den Endpreisen erfolgen. Ebenso fraglich ist die relativ höhere
13 Besteuerung von Arzneien, Heil- und Hilfsmitteln über den normalen Mehrwertsteuersatz,
14 während andere Güter dem ermäßigten Steuersatz unterliegen.

15 Ein weiterer Punkt betrifft die gängige Praxis der Pharmaunternehmen die Preisregelungen
16 auszuhebeln, indem neue Medikamente auf den Markt geworfen werden, die sich von ihren
17 Vorgängerpräparaten lediglich molekular-chemisch unterscheiden, während die Wirkung
18 gleich ist. Durch den Patentschutz, den diese sogenannten Analogpräparate genießen, entfällt
19 der im Segment der Generika übliche Konkurrenzdruck und führt zu höheren Preisen.

20 Änderungsbedarf besteht weiterhin bei der Finanzierung der Krankenhäuser, die von einer
21 chronischen Unterfinanzierung betroffen sind. Der Investitionsstau wird je nach Publikation
22 mit bis zu 50 Milliarden Euro angegeben. Wesentliche Ursache hierfür ist die Duale
23 Finanzierung, nach der die Betriebskosten durch die Krankenkassen gedeckt werden, während
24 die Länder die Investitionskosten aufbringen. Da viele Bundesländer seit Jahren
25 Haushaltsdefizite aufweisen, wurde besonders in diesem Bereich gespart.

26 Abseits der pekuniären und organisatorischen Probleme im Gesundheitswesen sollte bedacht
27 werden, dass Gesundheit nur zu einem bestimmten Teil im Gesundheitswesen „produziert“
28 wird. Wichtig ist die Erkenntnis, Gesundheit als Ergebnis politischer Entscheidungen auf vielen
29 verschiedenen Feldern zu begreifen. Der starke Zusammenhang zwischen niedrigem
30 sozioökonomischen Status und dem gehäuftem Auftreten von Krankheit und Behinderung,
31 bedeutet Armutsbekämpfung energischer zu betreiben und für gleiche Entwicklungs- und
32 Lebensbedingungen zu sorgen.

Beschlusnummer: F 10

Präservativpflicht in pornographischen Bildmaterial

33 Die JungsozialistInnen im Unterbezirk Mainspessart-Miltenberg fordern die Bundesregierung
34 auf, eine Präservativpflicht für PornodarstellerInnen in pornographischen Bildmaterial bei allen
35 sexuellen Handlungen und beim Akt des Geschlechtsverkehrs einzuführen.

1 Zusätzlich soll der gesundheitliche Schutz dieser in regelmäßigen Abständen durch HIV-Tests,
2 Hepatitis – Test, Untersuchungen nach diversen Geschlechtskrankheiten und
3 Gesundheitszeugnissen nachgewiesen werden kann.

4 Die Einführung einer Präservativpflicht für die bereits angesprochene Personengruppe ist
5 primär aus zwei Gründen sinnvoll.

6 Erstens: Der/Die ArbeitnehmerIn – abhängig von Tätigkeit und Umfeld – unterschiedlichen
7 Gefahren ausgesetzt. Die Aufgabe des Staates ist es dabei unter Anderem Regelungen zu
8 treffen, um zumindest das Risiko etwaiger Folgeschäden für den/die ArbeitnehmerIn
9 einzugrenzen.

10 Bedauerlicherweise werden PornodarstellerInnen bis dato innerhalb des Gesetzes nur
11 ungenügend unter diesem Aspekt beachtet.

12 Während sich in den Vereinigten Staaten von Amerika beispielsweise sogar eine
13 Gesundheitsbehörde eigens für PornodarstellerInnen, die bundesstaatenübergreifend agiert,
14 etabliert hat, werden diese hierzulande ohne jegliche Absicherung diesbezüglich
15 Geschlechtskrankheiten, dem HIV-Virus und Ähnlichem ausgesetzt.

16 Von Zeit zu Zeit auftretende Fälle von HIV-Neuinfizierungen legen deutlich dar, wie schnell sich
17 diese Krankheiten aufgrund von häufig wechselnden GeschlechtspartnerInnen und
18 Sexualpraktiken ausbreiten.

19 Aus diesem Grund wäre eine Präservativpflicht ein geeignetes Mittel, um
20 Geschlechtskrankheiten einzudämmen, und dabei langfristig auch die Gesundheit von
21 PornodarstellerInnen zu schonen.

22 Zweitens: Es ist Fakt, dass ein Großteil der in Deutschland lebenden Kindern und Jugendlichen
23 spätestens im Verlauf der Pubertät in der Entdeckung ihrer eigenen Sexualität mit
24 pornographischen Bildmaterial in Berührung kommen. Pornographisches Bildmaterial wirkt
25 dabei prägend auf die KonsumentInnen im jungen Alter, da sie als realistische Vorführungen
26 des Sexuallebens wahrgenommen werden. Umso verheerender ist es, das in diesem
27 prägenden Medium Präservative vorwiegend nicht genutzt bzw. angewendet werden.

28 Präservative werden dadurch im späteren Sexualleben der KonsumentInnen als störend und
29 nicht selbstverständlich empfunden. Eine solche Einstellung kann unter Umständen den
30 gesundheitlichen Schutz jener gefährden. Dieser Missstand könnte durch die Einführung einer
31 Präservativpflicht in pornographischen Bildmaterial ebenso behoben werden.

Kommunales, Verkehr, Leben

Beschlusnummer: G 2

AdressatIn: SPD Landesparteitag

Gemeinnützige Wohnbauunternehmen und kommunalen Wohnungsbau besser fördern.

1 Die staatlichen Wohnungsbauunternehmen bzw. kommunalen Wohnbauträger stehen vor
2 großen Aufgaben und Verpflichtungen. Nachdem viele Wohnungen dieser staatlichen
3 Akteur_innen mittlerweile oft veraltet sind und den heute standardmäßig vorhandenen
4 Strukturen nicht mehr entsprechen, besteht hier großer Handlungsbedarf. Dabei tragen die
5 Wohnungsbauunternehmen und Kommunen immer noch einen großen Teil des früher als
6 „Sozialen Wohnungsbaus“ bezeichneten Bestandes, welcher es auch ökonomisch
7 benachteiligten Menschen ermöglicht eine eigene Wohnung zu haben, auch wenn diese
8 oftmals erhebliche Probleme aufweisen. Dies geht dabei von Schimmelbildungen über eine
9 schlechte Heizsituation bis hin zu erheblichen Mängeln an den sanitären Einrichtungen. Doch
10 auch diese Menschen haben ein Recht darauf Wohnungen zu beziehen, welche zumindest
11 einigermaßen Rahmenbedingungen aufzeigen, die dem einfachen Standard entsprechen.
12 Manche Wohnungsbauunternehmen und Kommunen haben diesen Handlungsbedarf auch
13 durchaus erkannt. Sie stehen aber vor großen Herausforderungen: Auf der einen Seite sollen
14 diese Wohnungen renoviert werden, auf der anderen Seite ist dies aber auch mit einem
15 erheblichen finanziellen Aufwand verbunden. Dieser wird unter anderem auch durch die hohen
16 Anforderungen einer energetisch effektiven Sanierung vergrößert. So tritt im Jahre 2012 eine
17 neue Energieeinsparverordnung (Enef) in Kraft, welche die Messlatte für Sanierungsarbeiten
18 noch höher legt.

19 Viele Wohnungsbauunternehmen und Kommunen können diese Sanierungen in der Folge
20 nicht mehr wirtschaftlich darstellen. Sie müssten in der Folge diese Kosten auf die Miete
21 umlegen, was diese enorm in die Höhe treiben kann. Das Publikum, welches diese Wohnungen
22 nutzt, kann sich dies aufgrund mangelnder ökonomischer Mittel aber oft nicht leisten und
23 müsste dann aus diesen Wohnungen ausziehen und ihr gewohntes Lebensumfeld verlassen,
24 um sich schließlich wieder eine Wohnung mit sehr niedrigem Standard zu suchen, welcher für
25 sie noch bezahlbar ist.

26 Natürlich ist die Energiewende zu befürworten, die Jusos Oberfranken sprechen sich auch
27 absolut für eine Verwirklichung aus. Diese jedoch muss auch so gestaltet werden, dass
28 Menschen mit stark eingeschränkten Mitteln nicht unter ihr zu leiden haben.

29 Deshalb fordern wir:

- 30 1.) Höhere Zuschüsse (Bsp. KfW-Mittel) für gemeinnützige
31 Wohnungsbauunternehmen und Kommunen, sodass diese die notwendigen
32 Sanierungsarbeiten auch durchführen können, ohne dass die vorhandene
33 Mieterschaft verdrängt wird.
- 34 2.) Eine professionelle Beratung der Wohnbauunternehmen und Kommunen vor Ort
35 zum Thema Fördermöglichkeiten im kommunalen bzw. gemeinnützigen
36 Wohnbausektor.

1 Resolutionen/Initiativ

2

3 Internationaler Austausch nur mit Nicht-Regierungsorganisationen

4 In den letzten Jahren hat die Regierung Taiwans wiederholt Einladungen zu Delegationsreisen
5 nach Taiwan an einzelne Landesverbände der Jusos geschickt. Nachdem es bereits eine
6 Delegation unter der leitenden Organisation eines größeren Landesverbandes gab, ist
7 innerhalb der mit internationaler Politik befassten Teile des Verbandes eine Diskussion darüber
8 ausgebrochen, wie man sich zu solchen Einladungen zu verhalten habe. Der Juso
9 Bundesverband, dem die Einladung zuerst zugegangen war, hat sie mit dem Verweis darauf
10 abgelehnt, dass wir als Jusos nicht mit Regierungen, sondern nur mit Nicht-Regierungs-
11 Organisationen oder politischen Jugendverbänden Austausch pflegen. Werbeveranstaltungen
12 für Regierungen, deren Ziele offenkundig die Beeinflussung der politischen Willensbildung
13 sind, lehnen wir ab.

14 Daher sehen wir es als notwendig an, für uns als Jusos Bayern gewisse Grundregeln für
15 internationale Begegnungen und die Teilnahme an internationalen Delegationen zu
16 formulieren, die für alle Genossinnen und Genossen, von der AG vor Ort bis zum
17 Landesverband verbindlich sein sollen.

18 1. Die Jusos Bayern pflegen internationalen Austausch nur mit Nichtregierungsorganisationen
19 und folgen keinen Werbeeinladungen von Regierungen. Unter NRO verstehen wir andere
20 Jugendorganisationen von Parteien, Gewerkschaften und anderen Jugendverbänden.

21 2. Im Vorfeld ist abzuklären, ob die Organisationen Vollmitglieder oder „observing members“
22 von ECOSY bzw. IUSY, von IFM-SEI oder anderweitig verbündete Organisationen sind (z.B.
23 Gewerkschaften). Ist dies nicht der Fall, so ist im Einzelfall zu diskutieren und abzuklären, ob
24 die Jusos Bayern einen Austausch befürworten. Gründe für die Aufnahme von Beziehungen
25 können die Förderung demokratischer Strukturen, Unterstützung beim Aufbau einer
26 funktionierenden Organisation oder politische Aufbauhilfe sein, unter der Voraussetzung, dass
27 die Ziele der betreffenden Organisation nicht mit unseren Grundwerten im Widerspruch
28 stehen.

29 3. Grundsätzlich soll jede Austauschmaßnahme auf Wechselseitigkeit beruhen. Es dürfen nicht
30 nur Besuche in einem Land stattfinden, sondern es muss immer auch Gegenbesuche geben.

31 4. Der Arbeitskreis Internationales der Jusos Bayern sowie der Juso-Landesvorstand sollen vor
32 der Aufnahme von Austauschbeziehungen informiert und die geplante Maßnahme ggf. mit
33 ihnen diskutiert werden.

34

1 „Hof ist bunt – 1. Mai 2012“

2 Es vergeht momentan kein Wochenende in Bayern ohne Nazi-Aufmarsch! Die Freien
3 Kameradschaften haben ein hohes Mobilisierungspotential und treten massiv mit der
4 Kampagne „Zeitarbeit abschaffen“ in die Öffentlichkeit.

5 Oberfranken ist eines der Schwerpunktgebiete bayerischer Neonazis und das Freie Netz Süd als
6 sogenannte Dachorganisation der Freien Kräfte ist äußerst aktiv. Der Hofer Landkreis wurde zu
7 einem Gebiet, in dem sich Aktivitäten bündeln. Oberprex wurde zu einem Symbol der Szene
8 stilisiert und dient als Treffpunkt und Schulungszentrum der Neonazis.

9 Nachdem seit einigen Monaten immer wieder kleinere Kundgebungen in Oberfranken
10 stattgefunden haben, mobilisiert das Freie Netz Süd nun seit März bundesweit für ihre
11 "revolutionäre" 1. Mai-Demo unter dem Motto „Zeitarbeit abschaffen“ nach Hof an der Saale.

12 Wir Jusos Bayern nehmen es nicht hin, dass Neonazis den 1. Mai jedes Jahr aufs Neue
13 umdeuten und missbrauchen, dass sie Forderungen der Gewerkschaftsbewegung und
14 Sozialdemokratie unter dem Deckmantel sozialen Engagements für ihr undemokratisches
15 Gedankengut verwenden.

16 Die Kampagne des Freien Netz Süd "Zeitarbeit abschaffen", ist ein Affront für die
17 Gewerkschaften und die Sozialdemokratie. Als Trittbrettfahrer versucht sich das Freie Netz Süd
18 durch eine rassistische Umdeutung von sozialen Fragen einen scheidemokratischen Anstrich
19 zu geben.

20 Die Sozialdemokratie führt nicht nur der Kampf um faire Arbeitsbedingungen und Löhne,
21 sondern auch der Kampf gegen Neonazis und Rechtsextremismus. Dieser gesellschaftliche
22 Anspruch ist für uns historisch begründet und hat hohen Stellenwert. Deshalb werden die
23 Jusos Bayern an einem Tag wie dem 1. Mai geschlossen stehen, den Hofer Bürgerinnen und
24 Bürgern unsere Solidarität zeigen und den Neonazis nicht die Straße überlassen.

25 Hof hat ein breites Bündnis aller demokratischen Organisationen und Institutionen gegründet,
26 um am 1. Mai den Neonazis nicht die Stadt zu überlassen. Die Stadt Hof hat Rechtsmittel
27 eingelegt, um die Demonstration des Freien Netz Süd verbieten zu lassen. Leider wurde das
28 Verbot aufgehoben. Wir Jusos Bayern begrüßen das Vorgehen der Stadt Hof, denn Kommunen,
29 die sich auf rechtlichen Richtlinien ausruhen und nicht jedes Mittel in Erwägung ziehen, Nazis
30 aus ihrer Stadt rauszuhalten, verharmlosen die Gefahr und gefährden das Image ihrer Stadt
31 nach außen! Abgesehen davon gibt es genug Fälle, die belegen, dass man mit der Vogel-
32 Strauß-Mentalität und dem St. Florians-Prinzip nicht weiterkommt.

33

1 **Unvereinbarkeit mit den Grauen Wölfen**

2 Die SPD wird aufgefordert, die Mitgliedschaft bei den Grauen Wölfen in ihrer
3 Unvereinbarkeitsklausel mit aufzunehmen.

4 Begründung:

5 Die Grauen Wölfe sind eine rechtsextremistische türkische Organisation, die für viele
6 Gewaltaktionen und Morde in der Türkei verantwortlich sind. Ihr Ziel ist es, ein
7 großosmanisches Reich vom Balkan bis China zu errichten und die anderen Ethnien und
8 Nationen zu unterdrücken. Zu diesen Feindbildern gehören unter anderem Juden, Christen,
9 Kurden, Griechen, Armenier, Freimaurer, der Vatikan und die Vereinigten Staaten. So gehörte
10 zum Beispiel Mehmet Ali Agca, der das Attentat auf den Papst Johannes Paul II ausübte, zu den
11 Grauen Wölfen.

12 Doch treibt die Organisation nicht nur in der Türkei ihr Unwesen, sondern auch in Europa,
13 besonders in Deutschland. Dabei geben sie sich als Demokraten aus, um in deutschen Parteien
14 Einfluss zu gewinnen. So nutzen sie das Interesse der Parteien, Mitgliedern mit
15 Migrationshintergrund für sich zu gewinnen, aus, treten massenhaft ein und beanspruchen
16 Verantwortung innerhalb der Organisation. Auch innerhalb der SPD.

17 Gerade die SPD, die die Partei für Integration und Migration darstellt, sollte nicht wie andere
18 wahllos Migranten aufnehmen, sondern genau darauf achten, welcher Gesinnung
19 derjenige/diejenige vorher angehört hat, um Wölfe im Schafsfell zu verhindern. Wir nehmen
20 schließlich auch keinen auf, der vorher der NPD oder einer anderen rechten, deutschen
21 Organisationen angehört hat.

22 Diese Verantwortung haben wir gerade gegenüber der absoluten Mehrheit der Migranten, die
23 sich in unserer Partei engagieren und mit diesen Faschisten nichts zu tun haben. Die SPD hat
24 sich dem Kampf gegen den Faschismus verschrieben; egal, aus welchem Land er kommt und
25 gegen wen er sich richtet. Das sind wir unseren Genossinnen und Genossen, die selbst dem
26 Faschismus ausgeliefert waren, schuldig!

27

28 Adressaten: Juso-BuKo, SPD-Landesparteitag, SPD - Bundesparteitag

29 **Keine Zahlung von Bischofsgehältern durch den Staat**

30 Die Finanzkrise kostet Deutschland enorm viel Geld. So viel Geld, dass die Regierung über
31 Steuererhöhungen, Stellenabbau im Öffentlichen Dienst und Abbau von Sozialleistungen
32 nachdenkt. Nur bei einem Posten denkt niemand an Einsparungen: bei der Kirche.

33 Im Jahr 2009 überwiesen die deutschen Ländern zusammen mehr als 442 Mio € an die
34 katholische und evangelische Kirche. Mit diesem Geld werden die Gehälter zahlreicher
35 Kirchenmitarbeiter, wie z.B. Bischöfe, bezahlt. Diese Zahlungen sind als Entschädigung für die
36 über 200 Jahre zurückliegende Säkularisierung, also die Verstaatlichung von Kircheneigentum,
37 gedacht.

1 Forderung: Die Zahlungen an die Kirche sollen gemäß Art. 140 GG i.V.m. Art. 138 Abs. 1 WRV
2 eingestellt werden.

3 1) Die Relevanz der damaligen Abmachung ist inzwischen nicht mehr gegeben, da seit
4 dem Reichsdeputationshauptschluss von 1803 mehr als 200 Jahre vergangen sind. Laut dem
5 Kirchenrechtler Prof. Horst Herrmann war es eigentlich nicht gedacht, dass diese Zahlungen
6 dermaßen lange fortgeführt würden. Dadurch sollten vor allem die finanziellen Verluste der
7 damaligen Bischöfe ausgeglichen werden.

8 2) Die Ausübung der sozialen und gemeinnützigen Aufgaben, die die Kirchen
9 wahrnehmen, sind von diesen Zahlungen **nicht** abhängig oder betroffen. Der Staat bezahlt n e
10 b e n h e r noch extra den Löwenanteil der Kosten, die Dienste wie die Caritas verursachen. Laut
11 Spiegel-Online liegt der Anteil des Staates bei 98%.

12 3) Unserem Staat geht das Geld aus. Deutschland hat durch die Finanzkrise und die daraus
13 resultierenden Rettungsschirme enorme Kosten zu bewältigen. Bevor man über Kürzungen bei
14 Hartz 4, Einsparungen bei der Bildung oder eine Steuererhöhung nachdenkt, sollte man lieber
15 hier Geld einsparen. Jeder in der Gesellschaft wird Einbußen hinnehmen müssen, da darf auch
16 der Klerus nicht darüber erhaben sein. Schließlich sitzen wir alle in einem Boot und das Geld
17 könnte wahrlich besser verwendet werden.

18 4) Das Argument, der Staat habe den Kirchen ja etwas gestohlen, zählt nicht. Denn erstens
19 wäre der Schaden inzwischen längst gedeckt, zweitens ist allgemein bekannt dass der
20 Kirchenbesitz größtenteils auch nicht lauter erworben wurde und drittens ist der Staat kein
21 Eigentümer als solcher sondern eine Gemeinschaft der Bürger, denen dieser Kirchenbesitz ja
22 meist davor abgepresst wurde. Mit der Auflösung der Monarchie 1919 verloren die Zahlungen
23 ihre Berechtigung.

24 5) Wir haben eine grundrechtlich verankerte Trennung von Kirche und Staat. Auch deshalb
25 kann es nicht angehen dass der deutsche Staat die Gehälter bestimmter Kirchen zahlt.

26 6) Selbst im Grundgesetz ist festgelegt, dass diese Zahlungen einmal eingestellt werden
27 können: Art. 140 GG i.V.m. Art 138 Abs. 1 WRV. Deshalb wird es jetzt höchste Zeit.

28

Adressat: Juso Bundeskongress, SPD Landesparteitag, SPD Bundesparteitag

29 **Sofortiger Stopp von Spekulationen auf Grundnahrungsmittel**

30 Forderung:

31 Wir Jusos fordern den sofortigen Stopp von Spekulationen an den Finanzmärkten auf
32 Nahrungsmittel wie Wasser, Getreide usw.

33 Begründung:

34 Die seit Jahren ansteigende Zahl an Spekulationen auf Grundnahrungsmittel an den
35 Finanzmärkten ist für uns Jusos nicht mehr tragbar. Finanzexperten prangern immer wieder
36 an, dass solche Spekulationen für Hungerkatastrophen mitverantwortlich sind und der
37 ständige Kampf um Nahrungsmittel, auch ausgelöst durch die Casinospiele an den weltweiten
38 Börsen, drastisch zugenommen hat und drastisch zunehmen wird.

- 1 Es ist menschenverachtend, dass ausgerechnet die Länder, die sowieso eine enorme
2 Überproduktion an Nahrungsmittel haben, mit den knappen Nahrungsmitteln von
3 schwächeren Ländern spekulieren, die sowieso von Naturkatastrophen geplagt sind. Es kann
4 nicht sein, dass die Bevölkerung in Äthiopien für die Fehlspekulationen des millionenschweren
5 Bankers in Frankfurt büßen muss.
- 6 Diesem Vorgehen kann nur durch ein sofortiges Verbot solcher Spekulationen
7 entgegengewirkt werden.

Überwiesene Anträge: G 3, A 5, G 4, D 1, D 2

Nichtbefassung: E 6, E 9, Initiativ Unterfranken

Abgelehnt: E 8; A 12, E 5, E 13, A 3